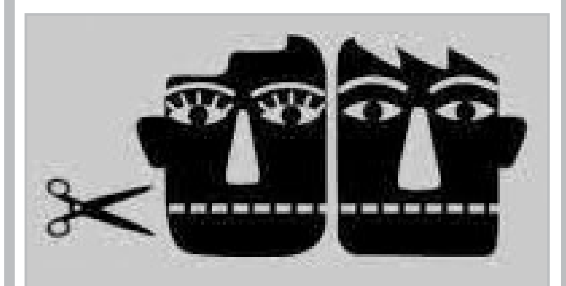


DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung
H20318 · 37. Jahrgang
221 | Januar/Februar 2014 EUR 1,50

Aus dem Inhalt





WWW.DIREKTEAKTION.ORG

Direkte Aktion · Feldbergstraße 14, 79115 Freiburg
Deutsche Post AG · PVSt · „Entgelt bezahlt" · VKZ H20318

Raus aus der Misere

Krise als kapitalistischer Normalvollzug und Interventionsmöglichkeiten

Krisen. Darüber, was sie sind, was sie ausmacht, wie sie entstehen und wie sie gelöst werden können, gibt es eine Vielzahl an Theorien und Interpretationen. Das ist sicherlich mit gutem Grund so, doch eines sollte klar sein – sie sind kapitalistischem Wirtschaften inhärent, immer wiederkehrend und nur zeitweise lösbar.

Dennoch tritt im Angesicht jeder neu aufkommenden Krise das große Vergessen darüber ein, dass es vergleichbare Situation seit dem Anbeginn kapitalistischer Vergesellschaftung immer wieder gegeben hat. So partiell die Suche nach den Verantwortlichen geführt wird, so partiell sind auch die jeweiligen Lösungsansätze. Die gesellschaftlichen Folgen dieser „Lösungen" hingegen wirken sich mit aller Härte auf große Teile der Gesellschaft aus.

In Deutschland erleben wir seit einigen Jahren einen Krisendiskurs, der suggeriert, dass die vermeintlich Schuldigen der EU-Schuldenkrise im europäischen Süden nun „zu Recht" in ihren Ansprüchen auf ein gutes Leben kürzer treten müssten, während wir im Hier und Jetzt noch ganz gut davonkommen würden. Während der Export-Weltmeister Deutschland sich selbst feiert und Politik und Medien stetig bemüht sind, ein mögliches Ankommen der Krise bei uns als drohenden Zeigefinger gegen Forderungen sozialen Ausgleichs zu nutzen, sieht die Realität für viele Menschen auch hierzulande brutal aus.

Zehn Jahre nach Einführung der Agenda 2010 und den dazugehörigen „Reformen des Arbeitsmarkts", von der Grünen Göring-Eckardt damals „Frühling der Erneuerung" genannt, verdienen acht Millionen Menschen ihren Lebensunterhalt im Niedriglohnbereich. Ein Viertel aller Beschäftigten lebt mit prekären Arbeitsverhältnissen. Teilzeit-Beschäftigungen, befristete Arbeitsverträge, Leiharbeit und Minijobs haben die „Normal-Beschäftigung" teilweise verdrängt, so dass der Lohn immer häufiger nicht zum Leben reicht. So kommt es, dass es in Deutschland 2013 42 Mio. Beschäftigte gab – so viel wie noch nie – während gleichzeitig 12 Millionen Menschen in Armut lebten oder als armutsgefährdet galten. Fast 20 Prozent aller Personen unter 18 Jahren sind von sogenannter Einkommensarmut betroffen. Würde der Hartz-IV-Regelsatz 50 Euro höher sein als jetzt, hätten eine halbe Million mehr Menschen Anspruch auf Transferleistungen. Privatisierungen, steigende Mieten und höhere Lebenshaltungskosten tun ihr übriges, die Situation zu verschärfen.

Urheber: Findus

Unabhängig von der Einkommenssituation ist praktisch überall ein immens gestiegener Konkurrenz- und Leistungsdruck zu verzeichnen, sowie eine steigende Arbeitsdichte. Ein zwanghaftes Bestreben nach einem lückenlosen Lebenslauf auf der einen Seite und ein Zuwachs an psychischen (Stress-)Erkrankungen wie Burnout auf der anderen Seite sind entsprechende Folgen. Die Angst vor dem sozialen Abstieg ist größer denn je, denn das soziale Netz besteht inzwischen größtenteils aus Löchern. Die Behauptung, die Menschen in Deutschland seien von der Krise kaum betroffen, ist also nicht nur grob fahrlässig, sondern faktisch falsch.

Trotzdem scheint ein Großteil der Bevölkerung darauf zu warten, dass die Krise wie eine Gewitterwolke vorbeizieht oder sich nur über den Nachbarn abregnet. Sicherlich ist dies häufig nicht einmal als Bosshaftigkeit zu fassen, den „Nachbarn" im globalen Kontext gegenüber, in Europa, am eigenen Arbeitsplatz, im Viertel oder in der Supermarktschlange. Doch die Hoffnung, sich irgendwie durchzuwuseln, der Versuch, den Kopf in den Sand zu stecken oder alle Probleme auszusitzen, scheinen weiterhin Oberhand zu behalten. Selbst dort, wo die Krise eigentlich lange angekommen ist.

Konkrete Interventionsmöglichkeiten gegen die beschriebenen Zustände scheinen deshalb bei einem Großteil der Bevölkerung wenig Anklang zu finden. Dies verwundert in Anbetracht der beschriebenen Situation. Zumal es im Kapitalismus normal ist, dass es Gruppen von Menschen gibt, bei denen das vorhandene Geld nicht zum Leben reicht. Unterstützung von Kämpfen im europäischen Süden, wo sich mehr Menschen gegen ihre Lebensbedingungen wehren als hierzulande, bis hin zur Initiative eines europäischen Generalstreiks, sollten deshalb nicht nur aus gelebter Solidarität heraus unterstützt werden. Vielmehr gibt es offensichtlich auch hier mehr als genug Gründe, die alltäglichen Bedingungen aufzudecken und anzugreifen, um sie zu verändern. Wann, wenn nicht jetzt!?!

Laura Fischer und Matthias Nicolaus

Dauerzustand Krise

Fließbandarbeit im Krankenhaus – 10 Jahre „diagnosebezogene Fallpauschalen"

Nachts in einem Krankenhaus in Norddeutschland: Eine Nachtschwester muss 42 frisch operierte PatientInnen versorgen. Um alle Zimmer auf dem ca. hundert Meter langen Flur schnell zu erreichen, hat sie einen Tretroller. Morgens im Klinikum Ludwigshafen: Ein Team teilzeitbeschäftigter „BlutabnehmerInnen" geht über die Station und entnimmt den PatientInnen Blut. Ökonomen hatten ausgerechnet, dass der tägliche Zeitaufwand für die Blutentnahmen klinikweit bei 46,2 Stunden lag – und zwar teuren Arztstunden. Aufs Jahr umgerechnet entspricht das 7,5 Vollzeitkräften oder rund 450.000 Euro. Die zehn teilzeitbeschäftigten MitarbeiterInnen machen es für insgesamt 180.000 Euro.

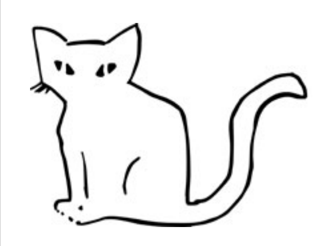
Seitdem 2004 die Finanzierung der Krankenhäuser in Deutschland auf diagnosebezogene Fallpauschalen (DRG) umgestellt wurde, seitdem die Krankhäuser in Konkurrenz zueinander stehen, herrscht dort eine unerbittliche betriebswirtschaftliche Logik. Dies gilt zunächst unabhängig von der Träger- bzw. Eigentümerschaft: Der Druck, Profite machen zu müssen, kommt in privatwirtschaftlichen Krankenhäusern wie denen der Rhönklinik AG oder der Helios Kliniken GmbH lediglich noch oben drauf. Alle Krankenhäuser versuchen im Moment mit der gleichen Strategie in diesem Konkurrenzkampf zu bestehen: Sie steigern die Fallzahlen sowie die Fallschwere und reduzieren die Liegezeiten, weil sie pro Fall Geld bekommen – je schwerer der Fall, umso mehr Geld. Gleichzeitig versuchen sie, an den Ausgaben zu sparen, wozu sich in personalintensiven Sektoren dann eben am besten das Personal eignet.

Nach Maßgabe der Betriebswirtschaft wird dabei ungeachtet der Kriterien einer guten Versorgung oder guter Arbeit versucht, Tätigkeiten von gut bezahlten Kräften an weniger gut bezahlte zu übertragen. Von den ÄrztInnen wird an die Pflege delegiert oder an neu geschaffene Berufe wie die „BlutabnehmerInnen", die operationstechnischen AssistentInnen usw. Das Spiel setzt sich fort: Von der examinierten Pflegekraft zur angelernten und schlechter bezahlten, von der angelernten Pflegekraft zur noch schlechter bezahlten Reinigungskraft. Der Patient und die Patientin werden dabei schon jetzt, zumindest von den BetriebswirtInnen und ControllerInnen, betrachtet wie ein Auto auf dem Fließband. Die andere Strategie ist der Personalabbau. Da die ÄrztInnen, mitunter durch leistungsabhängige Arbeitsverträge angespornt, die Cashcows der Krankenhäuser sind, fand schon vor der Einführung der DRG und in Vorbereitung selbiger der Personalabbau vorrangig in der Pflege statt. Für die Beschäftigten bedeutet dies eine extreme Arbeitsverdichtung. Sie müssen mehr und schwerer erkrankte PatientInnen mit weniger KollegInnen versorgen – und das bei tendenziell schlechteren Löhnen. Durch Privatisierung und Outsourcing von ganzen Häusern oder einzelnen Bereichen werden viele KollegInnen zu schlechteren Löhnen angestellt, oft auch nur noch befristet. In keinem westeuropäischen Land ist das Verhältnis der Anzahl von Pflegekräften zur Anzahl der zu versorgenden PatientInnen so schlecht wie in Deutschland. „Krise", werden deshalb viele KollegInnen sagen, „hatten wir schon lange vor 2008 im Gesundheitswesen! Wir arbeiten in der Dauerkrise!"

Naiv könnte man nun annehmen, dass dies am mangelnden Geld liege. So wird das der kaufmännische Direktor sicher auch erklären – und aus der Perspektive der EinzelkapitalistInnen mag da sogar etwas dran sein. Insgesamt kann aber von wenig Geld im deutschen Gesundheitswesen nicht die Rede sein. Sowohl die Pro-Kopf-Ausgaben als auch die Ausgaben gemessen am BIP sind in Deutschland mit ca. 12% sehr hoch. Dies allerdings schon seit Jahrzehnten! Das will aber nichts für die Versorgung oder gar für die Lage der Beschäftigten heißen.

Fortsetzung auf Seite 7

Catwalk



25. Kongress der IAA
Unter dem Motto „One World, One Fight" trafen sich 91 Jahre nach Gründung der Internationalen Arbeiter Assoziation (IAA) ihre Mitgliedssektionen im Dezember in Valencia. Das Hauptziel der IAA blieb über nahezu anderthalb Jahrhunderte hinweg das Gleiche: die ökonomische Emanzipation der Arbeiterklasse.

VioMe-Solidaritätsnetzwerk in Gründung
Auf der Blockupy-Aktionskonferenz in Frankfurt a.M. entstand die Idee, ein Netzwerk der praktischen Solidarität mit der selbstverwalteten Fabrik VIO.ME und darüber hinaus entstehen zu lassen. Das Ziel ist, die besetzten Fabriken und selbstorganisierten Initiativen hierzulande bekannter zu machen und eine Vertriebsstruktur für ihre Produkte aufzubauen.
Nächstes Treffen: 18. Januar um 12 Uhr in Düsseldorf, Corneliusstr. 108. Um Anmeldung wird gebeten: friedsofviome@riseup.net

M31-Netzwerk ruft zur Unterstützung eines europäischen oder spanischen Generalstreiks auf
Mitte 2013 veröffentlichte das M31-Netzwerk, in dem auch viele FAU-Syndikate aktiv sind, ein Diskussionspapier, das in Deutschland zur aktiven Unterstützung von Generalstreiks in europäischen Ländern aufruft. Es ist auch eine Kritik an einer Solidaritätsbewegung, deren Aktivität sich auf Kundgebungen und politische Events beschränkt. Es gelte vielmehr, auch unsere eigene Lebens- und Arbeitssituation zu reflektieren und den kapitalistischen Alltag in Frage zu stellen.
Bundesweite Aktionen sollen auf dem nächsten M31-Treffen am 16. Februar ab 13 Uhr in Frankfurt a.M. diskutiert werden. Mehr unter strikem31.blogsport.eu

Tarifeinheit - Streikrecht ade?
CDU und SPD planen, das Streikrecht in Deutschland durch die „Tarifeinheit" weitgehend zu beseitigen. Demzufolge soll es pro Betrieb nur noch einen Tarifvertrag geben, der von der Gewerkschaft mit den meisten Mitgliedern im Betrieb auszuhandeln ist.
Die FAU Berlin schrieb dazu: „Eine gesetzliche Regelung würde die tarifliche Friedenspflicht über die vertragsschließende Organisation hinaus auf den gesamten Betrieb ausdehnen und das Streikrecht anderer Gewerkschaften verletzen. Damit behindert das ‚betriebsbezogene Mehrheitsprinzip' auch die gewerkschaftliche Wahlfreiheit und privilegiert weiterhin staatlich anerkannte DGB-Gewerkschaften".
Dies sei „der gravierendste Eingriff in gewerkschaftliche Grundrechte seit Ende des Zweiten Weltkriegs", erklärte Armin Ehl vom Marburger Bund.

FAU-Ticker

+++ In mehreren Städten organisierten FAU-Syndikate Veranstaltungen im Rahmen der Kampagne „Leiharbeit abschaffen“ +++ Lohn erfolgreich eingeklagt: Die FAU Bielefeld unterstützte einen polnischen Kollegen, der für eine Leihfirma im westfälischen Sendenhorst arbeitete und dem der Lohn für seinen letzten Arbeitsmonat vorenthalten wurde. Zwar veranlasste erst die Drohung mit dem Gerichtsvollzieher die Firma dazu, auch wirklich zu zahlen, aber wie hoch ist die Dunkelziffer der Fälle, in denen die Lohnpreller mit ihren Praktiken sonst durchkommen? +++ Die FAU Berlin konnte einen weiteren Erfolg vermelden – gekämpft, geklagt, gewonnen: Ein FAU-Mitglied erhält nach fast zwei Jahren ausstehende Löhne. Das Arbeitsgericht Magdeburg verurteilte die Firma Messeshop aus Eimersleben zugunsten des Betroffenen, die Rechnungen in voller Höhe plus Zinsen zu begleichen und die Gerichtskosten zu tragen +++ Am 14. Dezember feierte die FAU Frankfurt ihr 33jähriges Bestehen mit einer gut besuchten Veranstaltung +++ Aus FAU Thüringen wird FAU Erfurt/Jena: Um dem FAU-Grundsatz der lokalen Arbeit stärkeren Ausdruck zu verleihen, benannte sich die FAU Thüringen in FAU Erfurt/Jena um. Die GenossInnen sind künftig unter fauef@fau.org, fauj@fau.org und fausm@fau.org zu erreichen +++ Im November fand das Regionaltreffen West der FAU statt. Neben vielen anderen Themen wurden verschiedene Aktivitäten zur „Revitalisierung der Region“ geplant. Die Regionalkoordination bleibt weiter bei der FAU Münsterland +++ Aufgelöst hat sich leider die FAU Aachen. Die verbliebenen GenossInnen arbeiten vorübergehend im Syndikat der nächstgelegenen Stadt mit und können sich hoffentlich bald wieder verselbständigen +++

Liebe LeserInnen,

…und wieder mal ist der Trubel um die alljährlichen arbeitsfreien Tage gen Jahresende, auch Weihnachtszeit genannt, vorüber und ein neues Jahr angebrochen. In diesem wird dank guter Vorsätze vieles besser, mögen manche Menschen immer noch glauben. Einige Legenden halten sich anscheinend trotz entgegengesetzter Fakten unverwüstlich. Vielleicht haben sie in Krisenzeiten wie der momentanen eine beruhigende Wirkung auf die Gemüter.



33 Jahre FAU Frankfurt mit Revolte Tanzbein

Silvester tritt Jahr für Jahr aufs Neue ein und im Kapitalismus entstehen regelmäßig Wirtschaftskrisen. Trotz dieser trivialen Feststellung kursieren auch in Bezug auf die Entstehung und den Umgang mit der sogenannten Finanzkrise diverse Legenden, die erklären sollen, warum und mit welchen Mitteln der Gürtel jetzt enger geschnallt wird, was für viele Menschen massive Auswirkungen auf ihr Alltagsleben hat. Wir beleuchten in dieser Ausgabe Hintergründe und Folgen der derzeitigen Krise des Kapitalismus sowie entsprechende Interventionsmöglichkeiten. Unter anderem geht es um die sich verändernden Bedingungen in Krankenhäusern und an Hochschulen und um die Durchkapitalisierung von öffentlichem Eigentum. Weiter um den Umgang von Behörden und Mehrheitsbevölkerung mit Menschen, die als „anders“ deklariert werden, wie ArbeiterInnen aus Südost-Europa in Mannheim oder Flüchtlinge in Rheinland-Pfalz. Beleuchtet wird zudem, ob das Labeln von Waren, die unter gewerkschaftlichen Bedingungen hergestellt wurden, ein Weg aus der Krise der Gewerkschaften sein kann.

Beinahe wären wir bei der Redaktionsarbeit doch in die Krise geraten – allerdings nicht aufgrund unserer sich verändernden Lebensbedingungen, sondern weil wir parallel zunächst mit der Organisation und dann mit den Nachwirkungen der 33-Jahre-FAU-Frankfurt-Feier beschäftigt waren. Einen Eindruck hiervon findet Ihr auf Seite 7.

Viele Spaß beim Lesen,

Laura Fischer

Redaktion „Betrieb und Gesellschaft“

Lokalföderationen, Syndikate und Kontakte der Freien Arbeiter/innen-Union (FAU-IAA)

REGION NORD

Bremen .... FAU Bremen, c/o Kurzschluss e.V., Lahnstraße 16, 28199 Bremen, <fauhb@fau.org>, (0151) 17 93 52 90
Flensburg........ FAU Flensburg, c/o Infoladen Subtilus, Norderstraße 41, 24939 Flensburg, <fau-flensburg@fau-fl.org>
Göttingen ...... Kontakt über Hannover
Hamburg .... FAU Hamburg, Fettstraße 23, 20357 Hamburg, Fr. 19 - 21 Uhr, <fauhh@fau.org>, (040) 78800783
Hameln .... Kontakt über Hannover
Hannover .... FAU Hannover, UJZ Korn, Kornstraße 28 - 30, 30167 Hannover. <fauh@fau.org>, Treffen: Di. 21 Uhr, Offener Abend: letzten Di. im Monat, 20 Uhr, Allgemeines Syndikat, 2. Di. im Monat, 21 Uhr, Gewerkschaft Gesundheitsberufe (GGB), 2. Di. im Monat, 21 Uhr, <ggb-hannover@fau.org>
Kiel .... FAU Kiel, Postfach 20 61, 24019 Kiel, <fauki@fau.org>, (0177) 5601030
Oldenburg ...... FAU Oldenburg, <fauol@fau.org>
Rostock .... FAU Westmecklenburg, Postfach 14 10 23, 18021 Rostock
Vorpommern.... Kontakt über Westmecklenburg
Wismar........... Kontakt über Westmecklenburg
Wolfsburg ...... Kontakt über Hannover

REGION SÜD

Dreieich .... Kontakt über Frankfurt/Main
Frankfurt/Main. FAU Frankfurt, c/o DFG/VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt, So. 19 Uhr, <fauffm@fau.org>, (0176) 51672990
Freiburg .... FAU Freiburg, <faufr@fau.org>, Treffen: 3. Fr. im Monat, 20 Uhr, Fabrik e.V., Habsburgerstr. 9, (Cafe im Hauptgebäude, 1 OG); Gewerkschaftliche Beratung: 1. Do. im Monat, 20 - 21 Uhr, Strandcafe, Adlerstr. 12
Karlsruhe........ FAU Karlsruhe, Viktoriastr.12 (Hinterhof), 76133 Karlsruhe, 1. Sa. im Monat, 16 Uhr, <fauka@fau.org>
Lich............... FAU Lich, Postfach 12 15, 35420 Lich, <fauli@fau.org>
Mainz............. Kontakt über Frankfurt/Main
Mannheim....... FAU Mannheim, <fauma@fau.org>
Marburg.......... FAU Marburg, Mo. 19 Uhr bei Radio Unerhört Marburg, R.-Bultmann-Str. 2b, <faumr@fau.org>
München .... FAU München, Schwanthalerstr. 139 (Rgb.), 80339 München, <faum@fau.org>, Mi. (gerade Wochen), 19 Uhr
Neustadt/W..... FAU Neustadt, 67433 Neustadt/Weinstraße, (0157) 34668916, <faunw@fau.org>
Nürnberg .... FAU Nürnberg, Eberhardshofstraße 11, 90429 Nürnberg, Newsletter: faun_newsletter@fau.org, <faun_sekretariat@fau.org>
Offenbach ...... Kontakt über Frankfurt/Main
Regensburg..... FAU Regensburg, Mo. 19 Uhr im L.E.D.E.R.E.R Lederergasse 25, 93047 Regensburg
Offenbach ...... Kontakt über Frankfurt/Main
Stuttgart........ FAU Stuttgart, c/o Demokratisches Zentrum, Wilhelmstr. 45/1, 71638 Ludwigsburg, 1. und 3. Do. im Monat, 19 Uhr, <faus@fau.org>, (0176) 9222 0137
Saarland......... Kontakt über Neustadt/Weinstraße
Trier.............. Initiative FAU Trier, Kontakt über Frankfurt/Main

REGION WEST

Aachen .... Kontakt über Düsseldorf
Bielefeld .... FAU Bielefeld/OWL, Metzerstraße 20, 33607 Bielefeld, Büro: Mo. 16 - 18 Uhr, Treffen: Mo. 18.30 Uhr, <faubi@fau.org>
Bonn .... FAU Bonn, Netzladen, Breite Straße 74, 53111 Bonn, Mi.20 Uhr, außer am 1. Mi. im Monat, <faubn@fau.org>, (0228) 90 93 171
Duisburg......... FAU Duisburg, Stammtisch: 4. Do. im Monat, 19 Uhr in der Heimat Hochfeld, Gerokstraße 1, 47053 Duisburg, <faudu@fau.org>, Fon/SMS: (0179) 325 8648
Düsseldorf ...... FAU Düsseldorf, Postfach 10 24 04, 40015 Düsseldorf, <faud@fau.org>, Fax: (01212) 5 110 29 174, Fon/SMS: (0179) 32 586 48,
Koblenz.......... FAU Koblenz, <fauko-kontakt@fau.org>
Köln .... FAU Köln, 2. Di. im Monat, 19 Uhr, <fauk@fau.org>
Moers .... FAU Moers, c/o „Barrikade“, Bismarckstr. 41a, 47443 Moers
Münster.......... FAU Münsterland, c/o Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Nieberdingstr. 8, 48155 Münster, <faums@fau.org>
Solingen .... FAU Solingen, 3. Fr. im Monat, 19.30 Uhr, Café Courage, Klemens-Horn-Str.3, 42655 Solingen, <fausg@fau.org>

REGION OST

Altenburg .... Kontakt über Leipzig
Brandenburg.... Kontakt über Berlin
Berlin .... FAU Berlin, Lottumstr. 11, 10119 Berlin (U2 Luxemburg-Platz/U8 Rosenthaler Platz), <faub@fau.org>, (030) 287 008 04, Offenes Büro: Fr. 17 – 20 Uhr. Infoveranstaltung für Interessierte und Neumitglieder „FAU – Wie funktioniert das?“, 1. Fr. im Monat, 19 Uhr. Allgemeines Syndikat, 2. Mi. im Monat, 19 Uhr. Sektion Kultur, 1. Do. im Monat, 20 Uhr, <faub-kultur@fau.org>. Sektion Bildung, 1. und 3. Di. im Monat, 19.30 Uhr <faub-bildung@fau.org>, Sektion Bau und Technik, 3. Mo. im Monat, 19 Uhr, <faub-bautec@fau.org>, Sektion Hartz-IV-Komplex, 2. und 4. Sa. im Monat, 16 Uhr, <faub-prekaer@fau.org>, Branchenkontakt Soziales <faub-soziales@fau.org>, Foreign Members Section <faub-aus@fau.org>
Chemnitz .... Initiave FAU Chemnitz, <fau_chemnitz@gmx.de>
Dresden.......... FAU Dresden, Rudolf-Leonhard-Straße 39, 01097 Dresden, <faudd@fau.org>, (0157) 38649518, Treffen: 2. Mi. im Monat, 20 Uhr, Trotzdem, Alaunstraße 81 und 4. Fr. im Monat, Wums e.V., Columbusstraße 2
Halle/Saale...... FAU Halle, Ludwigstraße 37, 06110 Halle, <fauhal@fau.org>, 1. So im Monat, 19 Uhr, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>
Leipzig .... FAU Leipzig – und Landkreise Leipzig und Nordsachsen, c/o „Libelle“, Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig, Präsenzzeit: Do. 17 – 18 Uhr, <leipzig@fau.org>, (0341) 22 46 650, IT-Kontakt: <it-l@fau.org>, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>
Magdeburg...... FAU Magdeburg, c/o Infoladen Salbke, Alt Salbke 144, 39122 Magdeburg, <faumd@fau.org>
Thüringen .... FAU Erfurt-Jena, c/o veto. Papiermühlenweg 33, 99089 Erfurt, <fau-thueringen@fau.org>

ANARCHOSYNDIKALISTISCHE JUGEND

Berlin .... ASJ Berlin, Lottumstraße 11 c/o FAU Berlin, 10119 Berlin <asj-berlin@riseup.net>, Vollversammlung: Di. 18 Uhr, Treffen der Jung und Billig Kampagne: 1. und 3. Do. im Monat, 19 Uhr <info@minijob.cc>
Bielefeld .... ASJ Bielefeld , Infoladen Anschlag, Heeper Str. 132, 33607 Bielefeld, <selbamachen@riseup.net>, Di. 18.30 Uhr
Bonn .... ASJ Bonn, Le Sabot c/o ASJ Bonn, Breite Straße 76, 53111 Bonn, <asjbonn@riseup.net>, 1. Mi. im Monat, im Netzladen, Wolfstr. 10
Göttingen ...... ASJ Göttingen, Nikolaikirchhof 7 c/o Buchladen Rote Straße, 37073 Göttingen, <asjgoe@riseup.net>
Herne/ Recklinghausen .... ASJ Herne/Recklinghausen, Wickingstr.7 c/o Schwarz & Weidensdorfer Gbr. 45657 Recklinghausen, <asjruhrgebiet@riseup.net>
Leipzig .... ASJ Leipzig, Kolonnadenstr. 19 04109 Leipzig, Mo. 20 Uhr, Tel./Fax: 0341/22 46 650, <asj-leipzig@googlegroups.com>
NRW .... Regionalföderation NRW, <asj-nrw@riseup.net>

FAU IM NETZ - WWW.FAU.ORG

Links zu den lokalen Homepages der FAU-Syndikate findet Ihr dort in der Rubrik „vor Ort“, Links zu den ASJ-Gruppen unter „Jugend“, Kontakte zu Branchengruppen in den Bereichen Bildung, Gastronomie, Gesundheits- und Sozialwesen, IT, Kultur und Medien unter „im Betrieb“.

REGIONALKOORDINATIONEN

Nord.............. FAU Hamburg <reko-nord@fau.org>
Ost .... FAU Berlin <reko-ost@fau.org>
West .... FAU Münsterland <reko-west@fau.org>
Süd .... FAU Frankfurt/M. <reko-sued@fau.org>

GESCHÄFTSKOMMISSION DER FAU-IAA

FAU-IAA, c/o Buchladen Le Sabot, Breitestr. 76, 53111 Bonn, <geko@fau.org>

INTERNATIONALES SEKRETARIAT DER FAU-IAA

FAU-IAA, c/o Buchladen Le Sabot, Breitestr. 76, 53111 Bonn, <is@fau.org>

INTERNATIONALE ARBEITERINNEN-ASSOZIATION (IAA)

IAA/IWA/AIT-Sekretariat, Oslo (Norwegen), Secretariat of the International Workers Association, Boks 1977, Vika, 0121 Oslo, NORVÈGE, Tel./Fax: +47 22 30 06 40, <secretariado@iwa-ait.org>

SCHWEIZ

Bern.............. FAU Bern, Quartiergasse 17, CH-3013 Bern

ÖSTERREICH

Wien.............. Wiener ArbeiterInnen Syndikat (WAS), c/o „Hängematte“, Stiftgasse 8, 1070 Wien, <W-AS@gmx.at>

Verkaufsschlager oder gewerkschaftliche Strategie?

Von ökologischen und sozialen Standards in der Textilindustrie zum Gewerkschaftslabeling

Nach dem ungebrochenen Hype um Fair-Trade- und Bio-Siegel in der Lebensmittelindustrie hat auch das Textil verarbeitende und produzierende Gewerbe längst das Labeling für sich entdeckt. Mit Gütesiegeln im Shirt suchen Firmen die Demonstration des Guten. Was „gut“ ist, hat sich dabei im Laufe der Jahre geändert. Stand Anfang der 1990er Jahre zunächst, dem Ökotrend folgend, eher die Gesundheit der KonsumentInnen im Vordergrund, ging es in einer zweiten Welle unter dem Stichwort der Nachhaltigkeit zusätzlich um eine umweltfreundliche Produktion und Agrarwirtschaft: *Blauer Engel, Öko-Tex, EU-Ecolabel* usw. zeugen hiervon. Vor dem Hintergrund der Brandkatastrophen in der Textilindustrie Bangladeschs und Pakistans gerät nun zunehmend auch die Frage der sozialen Standards, unter denen produziert wird, in den Blick. Plötzlich werben Frauenzeitschriften für die Beteiligung an der von NGOs und Gewerkschaften ins Leben gerufenen europäischen *Clean Clothes Kampagne*[1]. Das seit 14 Jahren bestehende Siegel der *Fair Wear Foundation* (FWF), welches Arbeitsbedingungen unter die Lupe nimmt, findet im Mainstream Verbreitung und die Presse fragt nach dem Sinn einer durch die Modeindustrie saisonal inszenierten Wegwerfkultur. Willkommen im Kapitalismus der Absatzmärkte!

Für stramme AnarchosyndikalistInnen mag diese Entwicklung unter dem Gesichtspunkt generell unerwünschter Lohnarbeit vielleicht zu belächeln sein. Angesichts einer uns vermutlich nicht aus heiterem Himmel ereilenden Revolution lohnt jedoch ein zweiter Blick.

Insgesamt ist eine inhaltliche Bewertung der bunten Schildchen für VerbraucherInnen schwierig. Von über 100 Nachhaltigkeitssiegeln und Gütestandards spricht die Arbeiterkammer Oberösterreich. Sie ließ die Siegel unter ökologischen und sozialen Kriterien begutachten[2] und kommt zu dem Schluss, dass kein Standard beide Kriterien durch alle Stufen der Lieferkette zufriedenstellend abdeckt. So bewertet der verbreitete Standard *Öko Tex 100* zum Beispiel lediglich die Schadstoffbelastung der Endprodukte. In Bezug auf die Ernsthaftigkeit der Bemühungen um soziale Standards schneidet das FWF-Siegel am besten ab. Vor allem das Bemühen um die Umsetzung existenzsichernder Löhne sei hier hervorzuheben. Auch in Bezug auf Glaubwürdigkeit und Effektivität machte das Siegel vor dem Hintergrund von sieben bewerteten Kriterien, darunter Transparenz, Rückverfolgbarkeit, Kontrolle und Verifizierung sowie Existenz eines Beschwerdesystems den ersten Platz. Ein Blick auf die Webseite der FWF erinnert zunächst an die alte, aus den USA stammende Idee des *Union Labeling* (siehe Interview auf Seite 4): Das Siegel bewertet ausschließlich die Erfüllung von Gewerkschaftsstandards in der Textilindustrie. Angelehnt an die Konventionen der ILO (International Labour Organisation) und an die UN-Menschenrechtskonvention, sind der Verzicht auf ausbeutende Kinderarbeit, Diskriminierung, Zwangsarbeit und unbegrenzte Arbeitszeiten sowie ein rechtsverbindlicher Arbeitsvertrag, sichere und gesunde Arbeitsbedingungen, Versammlungsfreiheit, das Recht auf Tarifverhandlungen und die Zahlung eines existenzsichernden Lohnes Bedingungen für den Erhalt des Siegels.

Verdrehte Welt

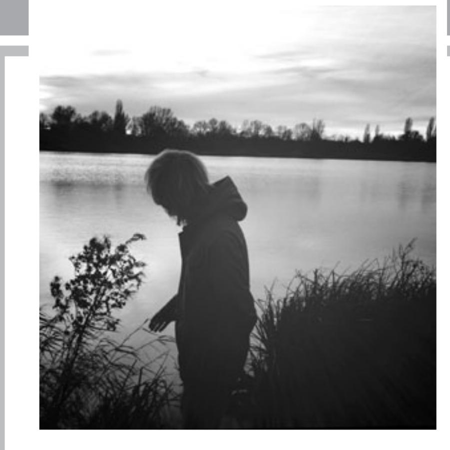
Angesichts der proklamierten Kriterien ist es umso erstaunlicher, dass unter den angebotenen Mitgliedschaftstypen in der FWF der Typus der Gewerkschaft vergeblich zu suchen ist, obwohl die FWF unter anderem von der christlichen Dienstleistungsgewerkschaft der Niederlande geleitet wird. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach einer breiten Durchsetzbarkeit der Standards ohne gewerkschaftliche Organisierung. Eine ausschließlich auf der Freiwilligkeit von Firmen basierende Strategie lässt eine „soziale Nachhaltigkeit“ im Hinblick auf die Verbesserung von Arbeitsbedingungen wohl kaum erwarten. Die Aktivitäten der FWF sind daher eher als Meta-Engagement zur Schaffung von Bedingungen für eine dringend notwendige gewerkschaftliche Organisierung zu verstehen. Auf der anderen Seite zeigt die mediale Prominenz des Siegels und der damit verbundenen Themen im vergangenen Jahr durchaus eine Nachfrage nach nunmehr auch unter sozialethisch vertretbaren Bedingungen hergestellter Ware – zumindest was die „Ferne“ der Herkunftsländer betrifft. Im Bestehenden ist das keine allzu schlechte Entwicklung, die eigentlich den Rückgriff auf das *Union Labeling* nahelegt, bei dem die Arbeitsbedingungen von gewerkschaftlich Organisierten und den die Waren Produzierenden bewertet werden. Hier beißt sich die Katze allerdings in den Schwanz: Ohne eine starke internationale Gewerkschaftsbewegung muss das Pferd wohl zunächst von oben à la FWF aufgezäumt werden. Es bleibt zu hoffen, dass jenen, die es wollen, ihre gewerkschaftliche Organisierung dadurch erleichtert wird.

Eine weitere Frage drängt sich angesichts der offensichtlichen KonsumentInnennachfrage auf: Warum in die Ferne schweifen, wenn die von der FWF eingeforderten ArbeiterInnenrechte nicht einmal vor der eigenen Haustür selbstverständlich sind? Nicht nur der Brand in der italienischen Textilfabrik in Prato mit sieben Toten, zeigte erst Anfang Dezember, wie nah die Indiens, Bangladeschs und Chinas sind. Seit Jahren ist in Deutschland branchenübergreifend die Zunahme von so genannten Hartz-IV-AufstockerInnen, die Zunahme von psychischen Erkrankungen durch Arbeitsverdichtung, die Zunahme von Arbeitsstunden und nicht zuletzt ein Klima der Gewerkschaftsfeindlichkeit festzustellen. Vielleicht wäre eine auf die Krise der Gewerkschaften in Deutschland angepasste Art der Bewertung produktgebundener Arbeitsbedingungen ein bescheidener, aber der Situation angemessener Weg, die allzu berechtigten Forderungen nach Einhaltung von sozialen Standards, ergänzend zu den üblichen gewerkschaftlichen Betätigungen, konsumentInnenkonform zu proklamieren und gleichzeitig dem Klima der Gewerkschaftsfeindlichkeit entgegenzutreten.

Dörthe Stein

[1] www.sauberekleidung.de
[2] www.getchanged.net/webautor-data/47/Standardbewertung-130925-Text-2-Seiten.pdf

Kolumne Durruti



Die Krise scheint hier weit weg. Die Geflüchteten, die bald die neuen Baucontainer beziehen, die übereinander gestapelt und aneinander gedrängt ein provisorisches Lager bilden, könnten wahrscheinlich mehr über Europas Krise erzählen als ihre zukünftigen Nachbarn. Auf dem Weg hierher werden sie Länder wie Italien oder Griechenland passiert haben und sie werden womöglich hoffen, in den Baucontainern bleiben zu können. Sie werden hoffen, dass ihre Fingerabdrücke nicht identifiziert werden und der deutsche Staat sie nicht gleich wieder abschiebt in jene Länder, wo die Ängste der Mittelschicht vorm Absturz in die Armut Realität sind.
Die Mittelschicht ihres zukünftigen deutschen Wohnorts trifft sich an diesem Abend, um über die neuen BewohnerInnen ihres Stadtteils zu sprechen. Die Stuhlreihen der Bürgerversammlung sind bis auf den letzten Platz gefüllt mit Angehörigen der Mittelschicht. Wer hier in Deutschland am stärksten von der Krise betroffen ist, als LeiharbeiterIn, als prekär Beschäftigte, als Arbeitsloser, nimmt nicht Teil an dieser Veranstaltung – kann es vielleicht gar nicht oder will es eben nicht. Die, die wollen, sind abgesichert und sie machen schnell klar, warum sie der Einladung gefolgt sind: Sie wollen helfen. Sie wollen eine *Willkommenskultur* im Stadtteil etablieren. Wollen ihre neuen Nachbarn mit offenen Armen empfangen. Ständig meldet sich jemand und hat eine neue Idee: Stadtteilfeste, Blumensträuße, Willkommensgeschenke, gemeinsam kochen, stricken, backen, Fußball gucken... Tolle Ideen, nette Gesten, aber nach zwanzig Minuten werden sie verworfen: Eine Person hat gerade angemerkt, dass Fußball gucken, backen, stricken und Blumensträuße den Geflüchteten keine Hilfe sein werden. Sinnvoller sei es, Sprachkurse anzubieten. Der Einwand findet allgemeine Zustimmung und fortan wird nur noch über Bildung gesprochen. Denn die, da sind sich alle einig, ist der Schlüssel zum Arbeitsmarkt. Ein Arbeitsmarkt, der Flüchtlingen allerfrühestens nach einer neunmonatigen Wartezeit die Chance auf Teilhabe eröffnet. Selbst nach den neun Monaten ist der strukturelle Rassismus in diesem Land weiterhin stark daran beteiligt, diese Chancen marginal zu gestalten.
Trotzdem ist seit dem Einwand allen klar, dass nur die Geflüchteten ihre Chance nutzen können, die fit gemacht sind für diesen Arbeitsmarkt und die entsprechende Sprachkenntnisse mitbringen. Man kann den Diskutierenden keinen Vorwurf aus der Zielrichtung ihres Engagements stricken. Sie haben ja Recht, die Blumensträuße werden verwelken, das Gebackene aufgegessen sein und die Feste vorüber gehen. Die Sprachkurse werden den Flüchtlingen nützlicher sein und die Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessern.
Trotzdem bleibt ein seltsamer Beigeschmack, wenn die Mittelschicht in Deutschland sich Gedanken über eine Willkommenskultur macht: Wenn Deutschland seine Arme ausstreckt und dich willkommen heißt, dann in Gestalt eines Oberlehrers, der dir vorturnt wie du hier schneller, besser, weiter kommst. Nämlich schlicht und einfach, indem du verwertbar wirst für diesen Arbeitsmarkt. In keiner Wortmeldung wird an diesem Abend davon gesprochen, dass Sprachkurse ganz grundsätzlich sinnvoll sind, um im Alltag klar zu kommen oder sich politisch zu artikulieren in einem noch fremden Land. Nein, es geht hier darum, dass die Menschen leistungsfähiger werden sollen. Kritik an diesem Engagement der Mittelschicht wäre fatal und unangebracht, weil zynisch. Trotzdem: Dass in diesem Land den Menschen zum Thema Solidarität und Menschlichkeit nichts weiter einfällt, das ist auch so eine Krise.

Enno Schmidt

TERMINE

☞Berlin
Fr. 17. Januar, 19.00 Uhr
FAU-Lokal, Lottumstr. 11,
(U2 Rosa-Luxemburg-Platz, U8 Rosenthaler Platz)
Veranstaltung: VIO.ME
Unter Arbeiterkontrolle

Fr. 24. Januar, 19.00 Uhr
FAU-Lokal, Lottumstr. 11
Lockere Runde: Happy birthday, Mediensektion!

Fr. 31. Januar, 19.00 Uhr
FAU-Lokal, Lottumstr. 11
Veranstaltung: Partizipation
Von der Mitmachfalle bis zur Verdrängung

☞Frankfurt am Main
Di. 21. Januar, 20.00 Uhr
Café ExZess, Leipziger Str. 91
Veranstaltung: Zeitzeugengespräch
mit dem Anarchisten und Widerstandskämpfer
Lucio Urtubia

So. 16. Februar, 13.00 Uhr
Frankfurt/Main
Bundesweites M31-Treffen
strikem31.blogsport.eu

☞Freiburg
Do. 23. Januar, 20.00 Uhr
Susi-BewohnerInnentreff, Vaubanallee 2
Veranstaltung: Streik an der verlängerten Werkbank in Polen

Do. 27. Februar, 20.00 Uhr
Susi-BewohnerInnentreff, Vaubanallee 2
Veranstaltung: Europäische Generalstreiks sind auch unsere Sache

☞Hameln
Do. 30. Januar und 27. Februar, jeweils 19.30 Uhr
Freiraum Hameln, Walkemühle 1a
Schwarz-Roter Tresen der FAU Hameln

☞Kiel
So. 19. Januar, 15.00 Uhr
Hansastraße 48
Lesung: Schwarze Flamme

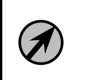
☞Mannheim
Do. 30. Januar, 20.00 Uhr
wildwest, Alphornstr. 38
(Haltestellen: Neumarkt oder Carl Benz Straße)
Veranstaltung: Die Mannheimer Räterepublik 1919 (II)

Do. 27. Februar, 20.00 Uhr
wildwest, Alphornstr. 38
Film: Babylon System
Arbeitskampf im Kino Babylon

☞Münster
Fr. 17. Januar, 18:00 Uhr
Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Nieberdingstr.8
Offenes Treffen der FAU Münsterland

☞Wiesbaden
Do. 16. Januar, 13. Februar und 20. Februar, jeweils 19.00 Uhr
AKU-Wiesbaden, Rüdesheimer Straße 19, Rheingauviertel
Lockere Runde: Wiesbadener Gärtner_innen Offensive 2020
Gemeinsam für gute Arbeitsbedingungen und Löhne

Zahlen, bitte!



Mehr Arbeitslose...
Die Zahl der Arbeitslosen ist zwischen 2009 und 2011 in 15 EU-Ländern insgesamt um knapp zwei Millionen Menschen oder fast 15 Prozent angestiegen. Das geht aus Statistiken hervor, die auf eine Anfrage an die Bundesregierung hin zusammengestellt worden sind.



...und weniger Empfänger von Leistungen
Im gleichen Zeitraum ist die Anzahl an Personen, die Einkommensunterstützung erhalten, aber nur um 110.000 oder ein Prozent angestiegen, was die immer größer werdenden Löcher im sozialen Netz verdeutlicht.



Missverhältnis am Beispiel Spanien
So ist die Arbeitslosigkeit in Spanien zwischen 2009 und 2011 um mehr als 20 Prozent angestiegen, die Zahl der EmpfängerInnen von Transferleistungen aber nur um 6 Prozent. Gleichzeitig verringerten sich die Arbeitsmarktausgaben um eine Milliarde Euro, weil die Leistungen gekürzt worden sind.

Weniger als die Bäckerei heißt immer noch Ausbeutung

Ein Interview zur Idee des Union Labeling und seiner Bedeutung in den USA

Zum Thema Union Label führte die DA *ein Interview mit Mike Harris. Mike lebt in den USA und ist in der anarcho-syndikalistischen* Workers Solidarity Alliance (WSA) *organisiert.*

Die Gewerkschaftsbewegung der USA blickt ja auf eine lange Geschichte des *Union Labeling* zurück. Sie nahm 1869 mit dem Kampf der Handwerker für einen 8-Stunden-Tag ihren Anfang. Kannst Du uns erzählen, was damals unter Union Labeling zu verstehen war und welche Ziele und Hoffnungen mit der Idee verknüpft waren?

Der Gebrauch von Gewerkschaftslabels hat eine lange Tradition. Die *London Blacksmiths* nutzen sie im 16. Jahrhundert ebenso wie die *Guild Masters of Stone & Wood* in Florenz seit dem 14. Jahrhundert. In den USA nutzt die Liga der kalifornischen Zimmerleute seit 1869 das Union Label. Sie hinterließen auf dem Material aus allen „8-Stunden-Sägewerken" einen Stempel. So konnte die Verwendung von Material aus „10-Stunden-Sägewerken" verhindert werden. Seit 1874 verbreiteten die ausgebeuteten Zigarrenmacher das Union Label auf allen Zigarren, die unter hygienischen und gewerkschaftlichen Bedingungen hergestellt wurden. Die Gewerkschaft der vereinigten TextilarbeiterInnen folgte den Zigarrenmachern ebenso wie die *Hatters Union*, die *Horseshoe Workers Union*, die Metallarbeiter und viele andere HandwerkerInnen. 1920 waren es um die 50 Gewerkschaften, die das Union Label unterstützten. Aber in einem rassistischen und ausländerfeindlichen Amerika erstreckte sich der Alltagsrassismus auch auf die meist konservativen Handwerker-Gewerkschaften. Das Union Label wurde häufig als Garantie für nicht „chinesische Arbeit" beworben. Die Zigarrenmacher verwendeten in Kalifornien neben dem Union Label auch ein *White Label*, um die „weiße Herkunft" der Produkte anstelle der chinesischen zu betonen, da viele Chinesen im Zigarrenhandwerk tätig waren. Häufig wurde das Union Label zum Symbol für kapitalistische Bosse, von den korrupten und kollaborierenden Gewerkschaftsbossen zu kaufen. Dennoch hielten FabrikarbeiterInnen beim Einkauf nach dem Union Label Ausschau, auch wenn es Geld in den Taschen der Ausbeuter und denen der korrupten Gewerkschaftsbürokraten bedeutete. Dennoch waren Union Labels ein Weg, die Öffentlichkeit wissen zu lassen, dass ein Produkt unter hygienischen Bedingungen in Fabriken und nicht in gemieteten Wohnungen, ohne Kinderarbeit, Nachtarbeit und zu fairen Löhnen hergestellt wurde. Auch die *Industrial Workers oft the World* (IWW) übernahmen nach ihrer Gründung 1905 die Praxis des Union Labeling. Dies allerdings zunächst nicht ohne Kontroversen. Einige Mitglieder befürchteten Missbrauch und Korruption, wie bei den Labels der AFL.

Der gewerkschaftliche Dachverband *AFL-CIO* wirbt auch aktuell noch für den Kauf von gelabelten Produkten und Dienstleistungen. Kannst Du uns etwas zu der Entwicklung der Idee im Zeitalter der Industrialisierung erzählen? Haben sich die mit dem Union Labeling verbundenen Ideen oder Strategien seit damals verändert?

Die *AFL-CIO* hat ein Union-Label-Ressort[1], das Union Labels auf gewerkschaftlich hergestellten Produkten fördern soll. Aber dessen Webseite ist alt und wird nicht aktualisiert. Ein Schwerpunkt der Werbeaktivitäten und die größte Wirkung erzielt das Union Label auf den Gewerkschafts-Industrie-Shows. Das sind große Messen, auf denen Gewerkschaftsmitglieder quasi die VerkäuferInnen für ihre kapitalistischen Ausbeuter sind.



HOW WIVES CAN HELP UNION MEN!

Einzelgewerkschaften fördern das Union Label ebenfalls, aber nicht so stark wie in der Vergangenheit. Die *International Ladies Garment Workers Union* (ILGWU) hat in den 1970ern und 80ern Millionen von Dollar für das Design eines Union Labels in der Frauen-Bekleidungsindustrie ausgegeben. Diese Kampagne war ein Irrtum: Die meisten Jobs der US-Bekleidungsindustrie sind Richtung globaler Süden verschwunden. Wir sind alle vertraut mit der schrecklichen Situation der ArbeiterInnen in der Bekleidungsindustrie Bangladeschs.

Interessant ist auch, dass in vielen größeren Städten und in Gegenden der Bergbauindustrie, wie in Butte, Montana, das Union Label ebenfalls ein sehr wichtiges Symbol war. In den Vierteln der ArbeiterInnen bedeutete das Union Label in den Fenstern der lokalen Fleischer, Bäckereien, Cafés, Restaurants, Bars oder Einzelhandelsgeschäfte eine wichtige Unterstützung für den Lebensunterhalt sichernde Gehälter und gute sanitäre Bedingungen. Für die Besitzer war das Union Label hilfreich, wenn sie Geschäfte mit der ArbeiterInnenklasse machen wollten und für Gewerkschaften ein Weg, ihre Organisation in der Nachbarschaft von Mitgliedern zu vergrößern. Heute ist das kaum mehr zu sehen. Und du wirst das Union Label heute auch kaum mehr auf frischem Brot finden, wie noch zu der Zeit als ich aufwuchs. Ich bin sicher, dass die Idee des Union Labels immer noch die gleiche ist wie am Anfang. Die Strategien haben sich natürlich geändert. Gewerbeshows haben eine zunehmend geringere Bedeutung. Vielleicht kann die Webseite *labor411.org* zur Frage der Strategien weiter helfen. Aber ein Union Label auf einer immer kleiner werdenden Anzahl von Produkten bewirkt wenig. Gerade mal 7% aller privatwirtschaftlichen Arbeitsplätze sind gewerkschaftlich organisiert. Nur der öffentliche Bereich hat mehr Gewerkschaftsmitglieder.

Welche Rolle spielt das Thema der globalisierten Produktion für die Idee des Union Labels?

Ich glaube, solange es keine starke globale gewerkschaftliche Vereinigung und Schulungen über das Union Label gibt, hat die Idee keine Zähne. Es stellt sich auch die Frage, ob das Union Label dasselbe ist, wie ein Sweat-Free- oder Fair-Trade-Label. Und was heißt dann das Gewerkschafts-Label? Es kann bedeuten, dass die Chefs ein paar Pfennig oberhalb des Minimums zahlen, zwei saubere Toiletten anstelle einer verdreckten dort sind und das Jungs und Mädchen im Alter von 14 anstatt mit acht oder zehn Jahren beschäftigt werden. Auch wenn das für einige bessere Bedingungen bedeutet, sind diese von geringer Bedeutung. Es besteht also die Gefahr, dass wir durch die Labels betrogen werden. Verbesserungen der Bedingungen der ArbeiterInnenklasse unterhalb einer Revolution sind zwar wichtig und wir müssen sie unterstützen, denn zu wissen, dass ein Produkt aus den Händen von GewerkschafterInnen stammt ist gut, aber nicht das Einzige. Das gilt nicht nur für den globalen Süden, sondern auch für den Rest der Welt.

Wie sieht die aktuelle Praxis des Union Labelings aus?

Um ehrlich zu sein: Solange Du nicht Mitglied einer Gewerkschaft oder einer organisierten Familie bist, siehst und hörst Du nicht viel vom Union Label. Hauptsächlich auf Gewerkschaftswebseiten und früher auch Gewerkschaftszeitungen sind Aufforderungen wie *„Be Union – Buy Union"* und Listen von Produkten, die von anderen Gewerkschaftsmitgliedern hergestellt wurden, zu finden. Man sollte sich keine Illusionen über die aktuelle Situation des Union Labels in den USA machen. Es ist so am Leben, wie die Gewerkschaftsbewegung selber – meiner Meinung nach mehr als halb tot!

Du bist ja in der WSA organisiert. Welche Erfahrung hat die WSA oder die nahestehende IWW mit der Strategie des Union Labeling gemacht und wie bewertet ihr die Strategie?

Nur zur Klarstellung, die WSA ist keine Gewerkschaft. Wir sind und waren immer eine spezielle anarcho-syndikalistische Organisation. Unsere Mitglieder gehören den Mainstream-Gewerkschaften ebenso an wie der IWW oder auch keiner Gewerkschaft. Entsprechend verfügen wir nicht wirklich über Erfahrung mit dem Union Label im organisationalen Sinn. Natürlich drucken wir bei gewerkschaftlich Organisierten und wir wollen immer ein Label, ein sogenanntes *„bug"* auf dem Produkt sehen. Auf der anderen Seite blickt die IWW auf eine lange Geschichte des Union Labelings zurück. Das Union Label der IWW ist hauptsächlich im Druckereisektor zu sehen. Unklar ist mir die Strategie, die die IWW verfolgt, ihr Label über diesen Sektor hinaus zu bewerben. Aber ich hoffe, dass sie mit ihren Erfolgen im Lebensmitteleinzelhandel und in der Getränkebranche eine Platzierung von Schildern in allen Ladenfenstern, auf denen das rote IWW-Logo und ein Spruch wie „dieser Shop ist ein IWW-Shop" zu sehen ist, anstrebt. Das wäre cool! Die Realität ist, dass die meisten Mitglieder der WSA und IWW wahrscheinlich nach dem Union Label auf den Dingen, die sie kaufen, Ausschau halten. Wahrscheinlich gilt das auch für Fair-Trade-Produkte. Alles in allem können wir nur hoffen, dass dort gute gewerkschaftliche Bedingungen existieren. Trotzdem sind wir für die Revolution anstelle von Armut im Kapitalismus.

Welche Chancen siehst Du aktuell in der Praxis des Union Labelings?

Ich denke, die Praxis des Union Labeling ist gut, aber ArbeiterInnen-Solidarität ist besser. Wie gut ist ein Union Label, wenn Gewerkschaftsmitglieder die Streikposten anderer ArbeiterInnen durchbrechen? Eine Praxis, die immer wieder zu beobachten ist. Ich favorisiere den Aufbau einer Bewegung, die sowohl auf Solidarität als auch auf Labels basiert.

Glaubst Du, dass Union Labeling aktuell und international etwas zur Stärkung der Gewerkschaftsbewegung beitragen kann und sich als Weg zur Minimierung des sozialen Klimas der Repression gegen Gewerkschaften eignet?

Union Labeling ist vielleicht ein universeller Weg, damit andere Lohnarbeitende wissen, dass die Konditionen und Standards in der produzierenden Firma besser sind. Ich denke allerdings nicht, dass es hilft, die Repression gegen Gewerkschaften zu minimieren. Wenn Du dir all die weltweiten Vereinbarungen und die Standards der *International Labor Organisation* (ILO) anschaust, die sich progressiv gegen die verschiedenen Formen



der Unterdrückung wenden, siehst du: Es gibt viele Länder, die sie unterzeichnet haben und dennoch ignorieren. Ich denke also nicht, dass Union Labeling das gewerkschaftsfeindliche Klima ändern kann. Das Einzige, was das ändern kann, ist die ArbeiterInnensolidarität, und aus der Perspektive der Bosse ist das Einzige, was sie davon abhält, ArbeiterInnen zu unterdrücken, die Möglichkeit guter Geschäfte. Zusammenfassend möchte ich sagen, dass Labels vielleicht hilfreich sein können und dass der Kampf für bessere und weniger unterdrückerische Arbeitsbedingungen im Hier und Jetzt wichtig ist. AnarchosyndikalistInnen sollten die Bemühungen unterstützen, aber sie sollten nicht glauben, dass Labels alleine die Einstellung der Bosse zu ihren ArbeiterInnen ändern. Ein Label kann den Boss unter Umständen zu etwas Zurückhaltung zwingen und bewirkt vielleicht besser ernährte ArbeiterInnen. Alles schön und gut, aber alles was weniger als die ganze Bäckerei ist, wird das Problem unterdrückerischer Arbeitsbedingungen nicht ändern. Abschließend möchte ich der FAU stellvertretend für die GenossInnen aus den USA noch viele Jahrzehnte eines erfolgreichen Kampfes wünschen.

Das Interview führte Dörthe Stein

[1] www.unionlabel.org

Ups, they did it again!

DGB Gewerkschaften verhindern „gleichen Lohn für gleiche Arbeit" in der Leiharbeit

Zum 31. Oktober 2013 hatte die DGB-Tarifgemeinschaft die Tarifverträge mit den Leiharbeitsverbänden iGZ und BAP gekündigt. Damit war der letzte Tarifvertrag vom Tisch, der die Realisierung von Equal Pay und Equal Treatment für ca. eine Million Beschäftigte in der Leiharbeit verhinderte.

Zehn Jahre nach Einführung der Agenda 2010 durch SPD und Grüne schien jetzt endlich die Umsetzung der gesetzlichen Regelung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) möglich, nach der LeiharbeiterInnen gleichen Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen wie in den Entleihbetrieben bekommen. Die christlichen „Gewerkschaften" hatten schon vorher – nachdem ihre Tarifgemeinschaft CGZP vom Bundesarbeitsgericht rückwirkend für nicht tariffähig erklärt wurde – alle ihre Tarifverträge nachwirkungsfrei abgewickelt und sind in der Leiharbeit nicht mehr vertreten. Schon ab Mai 2013 veröffentlichten DGB und Ver.di-Bundesvorstand Texte wie „Leiharbeit braucht Equal Pay und einen Tarifvertrag". Mit einer Reihe von nicht belegten Behauptungen und vielen Falschinformationen wurde Stimmung für einen neuen Tarifvertrag gemacht: „Mit den Tarifverträgen ... soll Rechtssicherheit ... geschaffen werden. Die Tarifverträge sollen ... vor Lohndumping schützen.". Dabei sind die DGB-Tarifverträge – auch der Neue – selbst Dumpingtarifverträge und die Behauptung, nur Tarifverträge würden in der Leiharbeit einen Mindestlohn und eine Lohnuntergrenze sichern, ist Quatsch. Ebenso falsch ist die häufig vorgetragene Behauptung von Ver.di- und IGM-FunktionärInnen, dass die Bezahlung der entleihfreien Zeit ohne Tarifvertrag ein großes Problem sei, welches nur durch jahrelange Klagen über die Arbeitsgerichte zu lösen sei. All dies diente nur dem Zweck, die in zwischen kritischere eigene Mitgliedschaft auf das Kommende vorzubereiten: Equal Pay ist bis mindestens 31. Dezember 2016 nicht gewollt.

Warum die DGB-Tarifgemeinschaft unbedingt Tarifverträge für die Leiharbeit abschließen will, ist schwer nachvollziehbar. Teilweise wirkt es wie reiner Selbstzweck. Die wenigen LeiharbeiterInnen, für die sie sprechen kann, sind hauptsächlich in der IG Metall organisiert; der Organisationsgrad soll bei 4,5% liegen – normalerweise bedeutet das die Nicht-Tariffähigkeit.

In der Auseinandersetzung um die Leiharbeit haben die DGB-Gewerkschaften eine extrem negative Rolle gespielt. Sie hätten seinerzeit erfolgreich gegen die „Christentarife" klagen können, statt selber fast identische Dumpingtarife abzuschließen. Sie haben es nicht getan. Sie haben die Agenda 2010 samt ihrer dramatischen Folgen kampflos hingenommen und damit u.a. die Reduzierung der Arbeitskosten durch massives Lohndumping ermöglicht. Sie haben dazu beigetragen, einen Niedriglohnsektor mit 8 Millionen Menschen zu schaffen.

Die Hauptlast des „Tributs für den Standort" müssen die Menschen im Niedriglohnsektor erbringen, die jedoch mehrheitlich nicht zu den BeitragszahlerInnen der Gewerkschaften gehören. Die prekären „Randbelegschaften" haben sich z.B. in der Metallindustrie als Puffer und flexible Reservearmee im Standortwettbewerb bewährt – nicht zuletzt zum Nutzen und Schutz der organisierten Stammbelegschaften. Aber die DGB-Gewerkschaften betreiben auch selber diverse Leiharbeitsfirmen, von denen sie sich Menschen zu Dumpinglöhnen ausleihen. Um Kosten zu senken wurden z.B. Angestellte des gewerkschaftseigenen Berufsfortbildungswerks (bfw) in die DGB-eigene Leiharbeitsfirma Inab ausgegliedert und als zurückverliehene LeiharbeiterInnen zu Niedriglohn weiter beschäftigt. So ist es ein Hohn, wenn der Ver.di-Bundesvorstand jetzt verkündet: „Gleiches Geld für gleiche Arbeit ist weiterhin die zentrale gewerkschaftliche Forderung".

Leider haben wir vom Treffen der DGB-Tarifgemeinschaft mit den Bossen der Leiharbeitsverbände im Frankfurter DGB-Haus zum Tarifvertragsabschluss zu spät erfahren und konnten so kurzfristig keine Blockade oder Besetzung des Gebäudes organisieren.

Das Ergebnis in Kurzfassung

Das Überleben der Leiharbeitsbranche wurde gesichert. Es wurden Löhne auf Armutsniveau vereinbart, die häufig die Bedingungen zur Aufstockung mit Hartz IV erfüllen.
Die Tarifverträge (Entgelt-, Entgeltrahmen- und Manteltarifvertrag) traten am 1. November 2013 in Kraft und können erstmals zum 31. Dezember 2016 gekündigt werden.
Ab 1. Januar 2014 steigt der Grundlohn in drei Stufen, der Mindestlohn erhöht sich bis Juni 2016 auf 9,00 Euro im Westen und auf 8,50 Euro im Osten.
Besser gestellt sind nur die LeiharbeiterInnen in Betrieben, in denen zusätzlich zu den Tariflöhnen noch Branchenzuschläge gezahlt werden, wie zum Beispiel in der Stahl- und Metallindustrie.
Änderungen im Mantel- und Entgeltrahmentarifvertrag sollen (theoretisch) dafür sorgen, dass Arbeitszeitkonten nicht mehr so einfach missbraucht werden.
Das Urlaubsgeld und die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall berechnen sich künftig nach der durchschnittlichen Arbeitszeit und dem Durchschnittsverdienst der letzten drei abgerechneten Monate.
Im sogenannten Helferbereich soll die unterste Entgeltgruppe durch geänderte Eingruppierungsmerkmale nur noch im Ausnahmefall zur Anwendung kommen. FacharbeiterInnen sollen nach einem Jahr Betriebszugehörigkeit automatisch höher gruppiert werden.
Zum Schutz der Stammbelegschaften (!) ist der Einsatz von LeiharbeiterInnen in bestreikten Betrieben künftig unzulässig, auch wenn die LeiharbeiterInnen zum Zeitpunkt des Streiks bereits im Betrieb tätig sind.
Das Arbeitsministerium war so begeistert von der Vereinbarung, dass es die Mindestlöhne nun für allgemeinverbindlich erklären will. Die bisherige Arbeitsministerin von der Leyen fand, dass die Einigung eine „überragende Bedeutung für die Mindestlohndebatte in Deutschland" habe.

Rolf Schneider, FAU-Frankfurt

Die Krise an der Hochschule

Hintergründe und Auswirkungen der Ökonomisierung der Uni-Landschaft

Die Entwicklungen des Kapitalismus seit den 1970er Jahren und dessen Krise, die sich in den letzten fünf Jahren immer offener zeigt, haben auch auf das Bildungssystem und die Situation an den Hochschulen spürbare Auswirkungen.

Nicht dass Bildung in den vermeintlich goldenen Jahren des Fordismus der Entfaltung der Persönlichkeit gedient hätte, doch fand in den 1960er Jahren eine Öffnung der Universitäten für breitere Teile der Gesellschaft statt. Das hatte vor allem damit zu tun, dass der Produktionsprozess technisch komplizierter wurde und eines höheren Anteils an geistiger Arbeit bedurfte, für die Menschen an den Hochschulen ausgebildet werden mussten.

Grundsätzlich übernehmen die Bildungsinstitutionen als Funktionsträger des kapitalistischen Staates eine ganze Reihe von Funktionen: Von der Erzeugung qualifizierter Arbeitskräfte für die Privatwirtschaft und den Staatsdienst bis zur Entwicklung von Hochtechnologien und Innovationen durch Grundlagenforschung sind sie in die Reproduktion der Klassenverhältnisse eingebunden und in nicht unbedeutendem Maße mit der die Vermittlung entsprechender Ideologien betraut. Die konkreten Bedingungen, unter denen die Hochschulen all das erfüllen (sollen), haben sich in den letzten Jahrzehnten angesichts einer krisenhaften kapitalistischen Dynamik stark verändert.

Neoliberaler Angriff

Es sind die üblichen neoliberalen Angriffe auf die Lohnabhängigen, wie Privatisierungen und die Steuerung aller gesellschaftlichen Bereiche durch Marktmechanismen, die sich spätestens seit der Bologna-Reform im Jahre 1999 auch im Bildungsbereich zeigen.

Insgesamt nähern sich die Hochschulen seitdem unter dem Schlagwort der Autonomie dem Vorbild durchrationalisierter kapitalistischer Unternehmen an. Dies zeigt sich mustergültig am ständigen Kampf der Hochschulen um die Einwerbung von Drittmitteln oder Exzellenzclustern. Fachbereiche oder Forschungsprojekte, die sich nicht mehr „lohnen", werden gnadenlos gestrichen. Eine besondere Stilblüte der sogenannten „public-private partnership", also der Drittmittelfinanzierung durch das Kapital, stellt an der Frankfurter Universität das „House of Finance" dar. Im „Deutsche Bank Lecture Room" sitzend darf man hier dem Inhaber der T-Mobile-Stiftungsprofessur für „Mobile Business & Multilateral Security" horchen und lernen, „Mobilität als Schlüsselelement der heutigen Märkte zu begreifen und die durch mobile Netzwerke neu entstehenden Geschäftsmöglichkeiten zu erschließen."

Klassiker der Krisenpolitik

Zu dieser neoliberalen Verballhornung von Bildung kommt in den letzten fünf Krisenjahren ein zusätzlich verschärfter Sparzwang. Neben Restrukturierungen und Kürzungen im Bereich Arbeit, Soziales und Gesundheit gehören auch Kürzungen im Bildungssektor zu den „Klassikern" der Krisenpolitik. Sie zielen darauf ab, die Kosten der Reproduktion vom Staat auf die Lohnabhängigen selbst zu verschieben. Blicken wir zwei Jahre zurück, lässt sich dies in Hessen mustergültig wiederfinden. 2010 setzte die CDU-Landesregierung durch, dass die hessischen Hochschulen in den Jahren 2011 bis 2015 insgesamt 150 Millionen einzusparen haben. Die Begründung: Hessen leide unter sinkenden Steuereinnahmen und einer Rekord-Neuverschuldung. In den Jahren 2008 bis 2010 mussten zwecks Krisenlösung Abwrackprämie, Kurzarbeit und Bankenrettung finanziert werden – und da Bildung meist nicht unmittelbar rentabel ist, kann hier gespart werden. Eine Fortsetzung dieser Politik findet sich im aktuellen schwarz-grünen Koalitionsvertrag. In diesem wurden weitere Kürzungen im Hochschulbereich festgeschrieben, etwa für das Forschungsprogramm „Loewe" und das Bauprogramm „Heureka". Dass die Unis dann kein Geld mehr haben, um ihre Angestellten und Hilfskräfte ordentlich zu entlohnen, wundert da nicht mehr. Ein Studium in Überschallgeschwindigkeit, Ellenbogenkampf um Seminarplätze und ein Fünkchen Aufmerksamkeit der zu wenigen und unterbezahlten Lehrenden gehören daher mittlerweile selbstverständlich zum Studium. Zeit und Raum für eine kritische Reflexion gesellschaftlicher Verhältnisse bleibt im täglichen Dauerlauf zwischen Nebenjob, Unistress und Wohnungssuche nur wenig. Die Verkürzung des Studiums durch den Bachelor-Abschluss spart Geld für die Ausbildung der Studierenden und senkt außerdem den Wert ihrer Arbeitskraft.

Um den geschilderten Entwicklungen entgegenwirken zu können, kann die Situation an den Hochschulen nicht isoliert betrachtet werden, sondern nur in Zusammenhang mit der Durchkapitalisierung weiterer Lebensbereiche. Daher sollten antikapitalistische Studierendenproteste in weitere gesellschaftliche Auseinandersetzungen, die aus der gleichen Perspektive heraus geführt werden, eingebettet werden. So halten wir es z.B. für sinnvoll, Widerstand an den Hochschulen in die vom M31-Netzwerk vorgeschlagene Unterstützung eines möglichen europäischen Generalstreiks einzubinden. Zu diesem Zweck haben wir in Frankfurt am Main eine M31-Hochschulplattform gegründet.[1] Wir schlagen vor, in verschiedenen Städten solche Plattformen zu gründen, um sich über die Perspektiven für ein Agieren in der aktuellen Situation zu verständigen.

campusantifa frankfurt

Die Stadt ist kein Konzern

Über die Folgen der Privatisierung in Wiesbaden

„Eigentum verpflichtet!". Das gilt insbesondere für öffentliches Eigentum, das über Generationen von BürgerInnen geschaffen wurde, um im Sinne der öffentlichen Daseinsvorsorge der Allgemeinheit zu dienen. Es geht um die Energie- und Wasserversorgung, die Abwasser- und Abfallentsorgung, um Krankenhäuser, Friedhöfe, soziale Wohnbaugesellschaften, den öffentlichen Nahverkehr oder Sport- und Freizeitangebote. Ein großer Teil dieser Leistungen wird über kommunale Betriebe erbracht. Durch die komplette Durchkapitalisierung der Gesellschaft und das durch die schwarz-grüne Regierung in Hessen erneut betonte Austeritätsdogma der Schuldenbremse geraten immer mehr Kommunen in akute Finanznot und übertragen kommunale Dienstleistungen an Aktiengesellschaften, GmbHs und gemeinnützige GmbHs.

Nach Angaben der Bürgerinitiative *Gemeinwohl hat Vorfahrt – Privatisierung stoppen* machen in Wiesbaden städtische GmbHs und AGs mittlerweile rund 1,6 Milliarden Euro Umsatz pro Jahr. Diese formal privatisierten Unternehmen sind nicht mehr dem Gemeinwohl, sondern der Gewinnerzielung verpflichtet, mit allen bekannten unangenehmen Folgen. Nachdem die Stadt Wiesbaden 49% der zuvor städtischen Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken 2012 an die Rhön AG verkaufte, wird dort nach Aussagen von Beschäftigten brutalstmöglich durchsaniert. ÄrztInnen kündigen, Pflegekräfte beklagen die dauerhafte Unterbesetzung der Schichten und Beschwerden über schlechtes Krankenhausessen oder die unzureichende Hygiene aufgrund des unmöglich zu leistenden Putzpensums der Reinigungskräfte reißen nicht ab. Nach einem Artikel des *Wiesbadener Kurier* vom 19.12.2013 ermittelt inzwischen die Staatsanwaltschaft gegen die HSK Service AG, der für Küche und Reinigung zuständigen Tochtergesellschaft, wegen millionenschwerer Hinterziehung von Sozialabgaben. Oft über Leiharbeitsfirmen ausgeliehene Putzkräfte und Küchenpersonal hätten nach übereinstimmenden Aussagen täglich nach dem Ausstechen noch eine unbezahlte Überstunde leisten müssen.

Ähnlich katastrophal geht es im öffentlichen Nahverkehr der Landeshauptstadt zu. Dort gibt es zwei Busunternehmen, deren FahrerInnen auf denselben Bussen die gleichen Strecken fahren, dies jedoch zu unterschiedlichen Löhnen und Arbeitsbedingungen. Während die Angestellten der städtischen ESWE Verkehrsbetriebe nach dem TVöD bezahlt werden, bekommen die FahrerInnen der 2004 von der Wiesbadener Versorgungs- und Verkehrs Holding GmbH gegründeten Wiesbadener Busgesellschaft mbH (WiBus) bis zu einem Drittel weniger Lohn bei schlechteren Arbeitsbedingungen. Auch im Gartenbau wird öffentliches Lohndumping groß geschrieben. Bei Neuausschreibungen für Pflegeaufträge der umfangreichen Grünflächen von Wohnanlagen der gemeinnützigen Wiesbadener Wohnungsbaugesellschaft (GWW) bekamen zuletzt Billiganbieter den Zuschlag. Gartenbauunternehmen, die noch den – sowieso zu niedrigen – Tariflohn zahlen, können mit den Preisen der Billiganbieter nicht konkurrieren, verlieren die Aufträge und entlassen ihre Angestellten, die sich in der Folge beim Billiganbieter zu Dumpinglöhnen bewerben.

Leftéris Epanastátis

Krisenausweg Betongold

Warum Mieten steigen wenn der Kapitalismus in die Krise kommt

Phänomene wie steigende Mieten, Gentrifizierung und damit einhergehende Verdrängung, neue Prestigeobjekte in Großstädten und Wohnungsnot sind Gegenstand aktueller gesellschaftlicher Auseinandersetzungen (siehe *DA* 220). Diese lassen sich ebenso auf generelle Funktionsweisen der gungen aus und haben auch darüber hinaus Auswirkungen auf die städtischen Lebensbedingungen. So hat das Einfließen von Investmentkapital in den Boden- und Häusermarkt die Gentrifizierung – die soziale Verdrängung ökonomisch schlechter Gestellter durch finanzkräftigere Schichten – zwar



Kreative Zerstörung – Platz schaffen für neue Investitionen

kapitalistischen Mehrwertschaffung zurückführen wie auf die gegenwärtige Krise.

Es existiert eine Vielzahl an Interpretationen zur Entstehung von Krisen im Kapitalismus und der Frage, welche Rolle die Stadt hierbei spielt. David Harvey beschreibt in *Rebel Cities*[1], dass Krisen ein immer wiederkehrendes Phänomen darstellen, die kapitalistischem Wirtschaften inhärent und jeweils nur temporär lösbar sind.

Wir alle kennen den kapitalistischen Normalzustand und dessen allgegenwärtiges Streben nach Profit – eine ständiges Schneller, Höher, Mehr. Güterproduktion soll in möglichst kurzer Zeit Gewinne abwerfen, um diese dann wieder möglichst schnell und gewinnbringend erneut anlegen zu können. Krisen bahnen sich in diesem System an, wenn es an potentiellen Anlegemöglichkeiten mangelt, anhand derer im Produktionsprozess akkumuliertes Kapital erneut mit Gewinnaussicht reinvestiert werden kann.

Ist nun mit keinem schnellen Umschlag von Produktion zu Gewinn und erneuter gewinnbringender Produktion zu rechnen, bricht die Suche nach Lösungsstrategien der Krise an – nach Auswegen für das Kapital, um dieses nicht „brachliegen“ zu lassen, sondern weiter vermehren zu können. So erscheint die Investition in Immobilien als ein vermeintlicher Ausweg. Auch dieser Tage wird das „Betongold“ wieder als eine der wenigen verlässlichen Anlagemöglichkeiten angepriesen und Kapital, das zuvor in die Produktion von Gütern gesteckt worden wäre, wird nun in die gebaute Umwelt investiert. Harvey und andere nennen dies den sekundären Kapitalkreislauf, den Versuch, trotz stagnierender Gewinnaussichten in vielen Sektoren dennoch mit Aussicht auf Profit Geld anzulegen – in Häuser, Wohnungen, Grundstücke und z.B. städtische Prestigeobjekte. Das Bewusstsein dafür, dass Krisen immer wiederkehrende Phänomene sind und dass diese Ausweichmanöver schnell zu Immobilienblasen mutieren, scheint mit ebensolcher Regelmäßigkeit in einer Amnesie unterzugehen, die erstaunlich weite Kreise zieht.

Partielle Lösung mit hohen Kosten

Was bedeutet dies nun für unser aller Alltäglichkeiten? Letztlich ist ein genereller Prozess schnell zu benennen: Prekarisierung. Was nämlich für die partielle und vorübergehende Lösung der Krisentendenzen innerhalb des Kapitalismus gut sein mag, hat massive gesellschaftliche Folgen. Diese drücken sich etwa in sinkenden Reallöhnen, zunehmender Konkurrenz am Arbeitsplatz und Verschlechterung von Arbeitsbedin- nicht alleine ausgelöst, aber doch massiv befördert. Spekulativer Leerstand und Investitionen in Luxusprojekte, aber auch die in vielen deutschen Städten aufgelegten Mietspiegel, mit denen steigende Mieten legitimiert werden, tun das ihre, um Mieten in die Höhe zu treiben. BewohnerInnen werden aus den Stadtteilen vertrieben, verlieren ihre sozialen Netze und nicht selten auch die Anbindung an ihren Arbeitsplatz. Dies führt zu höheren Mobilitätskosten oder steigert die Kosten für Kinderbetreuung, da diese länger in Anspruch genommen werden muss. Dass sich diese Verdrängungstendenzen verschärfen, belegen die steigenden Zahlen von Zwangsräumungen in fast allen Großstädten der BRD. In vielen Ländern des europäischen Südens hängt das Zusammenspiel aus Verlust von Arbeit, ausstehenden Kreditraten und Zwangsräumungen noch offensichtlicher mit der aktuellen Krise des Kapitalismus in Europa zusammen.

Den Zusammenhängen Rechnung tragen

Die in Ansätzen skizzierte Analyse Harveys und die sozialen Auswirkungen der Krisen des Kapitalismus legen dabei in aller Deutlichkeit nahe, dass Städte und die aktuellen Tendenzen ihrer ökonomischen Verwertung nicht ein beliebiges Zufallsprodukt der kapitalistischen Vergesellschaftung darstellen.

Vielmehr ist Stadtentwicklung und gebaute Umwelt an zentraler Stelle in kapitalistische Prozesse eingebunden und hält diese am Laufen. Konflikte um Aneignung der Stadt sind also nicht Nebenkämpfe, sondern Konflikte um die ganze Gesellschaft.

So muss ganz deutlich festgestellt werden, dass Phänomene wie steigende Mieten und das Nebeneinander von benachteiligten Stadtteilen und Luxusprojekten neben sinkenden Löhnen und verschärfter Repression gegen Erwerbslose nicht nur eine weitere Belastung der Massen in der Krise darstellt. Vielmehr sind es diese Phänomene, die die Krise für die Kapitalseite abschwächen sollen.

Deswegen gilt es ganz besonders im Zuge von Krisenprotesten, gewerkschaftliche Ansätze nicht losgelöst von MieterInnen- und Stadtteilbewegungen zu verfolgen, sondern dem Bewusstsein der Zusammenhänge Rechnung zu tragen und gemeinsame Kämpfe und Perspektiven zu erarbeiten.

Erich Warm und Matthias Nicolaus

[1] Tipp zum Weiterlesen: David Harvey (2012): *Rebel Cities – From the Right to the City to the Urban Revolution.* London/New York: Verso



...und plant die Massenüberwachung.

Das sieht jedenfalls ein Forderungskatalog des Ex-Bundesinnenministers vor, der für die Koalitionsverhandlungen erstellt worden ist. Neben „mehr Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen“ und einem erneuten Vorstoß zur „Vorratsspeicherung von Daten“ geht es um den Ausbau der Telekommunikationsüberwachung an deutschen Internetknotenpunkten.

Einer der weltweit größten Netzknoten, der DE-CIX (*German Commercial Internet Exchange*), befindet sich in Frankfurt am Main. Praktisch alle großen Internet Service Provider sind daran angebunden. Bis jetzt kann der BND solche Knoten für Auslandsüberwachungen nach bestimmten Wörtern durchsuchen, wobei diese Möglichkeit eng begrenzt ist. Würden wie geplant komplette Netzknoten überwacht, könnte die Internetkommunikation von Personen lückenlos nachvollzogen werden, egal ob über WLAN, Smartphone oder Internetcafé gesurft wird. Technisch wäre dies inzwischen machbar, weshalb Sicherheitsbehörden entsprechenden Druck ausüben. „Das wäre NSA pur“, so Ulrich Maurer, Mitglied der G10-Komission, einem 4-köpfigem Gremium, das die Überwachungsmaßnahmen der Geheimdienste prüft – was bei Umsetzung der Pläne in Anbetracht der Menge der Daten nicht mehr möglich wäre. 70% der Deutschen interessiert die mögliche Überwachung ihrer privaten Internetkommunikation nicht. Man habe ja nichts zu verbergen. Ex-Bundesinnenminister Friedrich zum Thema: „Datenschutz wird ein wichtiger Punkt sein.“

...und vernetzt Kontrollzentren.

Das neue Überwachungssystem der EU, EUROSUR (*European Border Surveillance System*), ist Anfang Dezember gestartet. Hiermit soll Ausspähen der EU-Außengrenzen, vor allem des Luftraums und des Mittelmeeres, noch effektiver gestaltet werden. Dafür werden die „nationalen Kontrollzentren“ der EU-Staaten miteinander vernetzt. Die Kommandozentrale des Netzwerks befindet sich am Hauptsitz der EU-Grenzschutzagentur FRONTEX in Warschau. Diese kann nun die Daten, die sie beispielsweise durch Satellitenaufklärung der nationalen Grenzüberwachungssysteme nahezu in Echtzeit erhält, nach eigenem Ermessen an die Kontrollzentren andere Staaten schicken. Hierbei kann jeder Staat selber beschließen, welche der Daten für polizeiliche oder militärische Mitteilungen verwendet werden und beispielsweise Kooperationen mit anderen Staaten zum gegenseitigen Datenaustausch beschließen. An EUROSUR angeschlossen sind zunächst 19 EU-Mitgliedsstaaten. In einem Jahr sollen sämtliche weiteren EU-Staaten, darunter die BRD, sowie Island, die Schweiz und Liechtenstein hinzukommen.

Aus den ausgetauschten Informationen soll FRONTEX außerdem Statistiken erstellen, auf deren Grundlage Prognosen und Risikoanalysen vernommen werden. Nach eigener Angabe diene EUROSUR zur Verfolgung internationaler Kriminalität und zur Rettung von Schiffbrüchigen. Allerdings ist FRONTEX zunächst mit der Prognose von Flüchtlingsströmen befasst – und meldete Anfang Dezember, dass aufgrund des neu aufgerüsteten Mittelmeeres neue Routen entstanden sind, unter anderem über die spanischen Enklaven Ceuta und Melilla.

...und kontrolliert automatisiert.

Die automatische Abfertigung von Passagieren bei der Ein- und Ausreise an deutschen Flughäfen soll Ende 2014 starten. Für das sogenannte ABC-System (*Automated Border Control System*), das die Grenzkontrollen effektiver gestalten soll, werden zunächst 90 elektronische Durchgangsschleusen in den Flughäfen in Frankfurt, München, Düsseldorf und Hamburg installiert. Beauftragt mit der Umsetzung sind die Berliner Bundesdruckerei und die Essener Secunet, die sich bei der entsprechenden europaweiten Ausschreibung gegen die Konkurrenz durchgesetzt haben.

Die ABC-Gateways besitzen ein Lesegerät, in das der Passagier einen elektronischen Reisepass der ICAO-Norm, einen neuen Personalausweis (nPa) oder einen elektronischen Aufenthaltstitel (eAt) schiebt, bevor er oder sie durch einen Gang geht, an dessen Ende sich eine Kamera befindet. Diese vergleicht das Gesicht des Passagiers mit dem biometrischen Foto des jeweiligen Ausweisdokuments. Den Grad der Übereinstimmung sehen Grenzbeamte hinter der Schleuse auf einem Balken. Parallel werden die auf dem Ausweisdokument gespeicherten Informationen ausgelesen und es läuft ein Datenbank-Check ab, um festzustellen, ob der Passagier besonders geprüft werden muss. Dann öffnet sich die Tür der Schleuse und der oder die Reisende wird entweder zur weiteren Prüfung zu Grenzbeamten gelotst oder kann weitergehen. So sollen GrenzbeamtInnen vier Schleusen gleichzeitig überwachen können.

Geplant ist außerdem, für Vielreisende ein Fingerabdruckssystem in die automatische Grenzkontrolle zu integrieren. Auch Iris-Kontrollen stehen zur Debatte. Der Dachverband der Fluggesellschaften IATA träumt sogar von Sensoren, die sich in den Wänden der Schleuse befinden und zum Beispiel Metallspuren und Flüssigkeiten erkennen oder die Pheromone des Reisenden messen, um festzustellen, ob er oder sie besonders nervös ist.

Zusammenstellung von Laura Fischer

Die Isolation durchbrechen

Zum Kampf um gesellschaftliche Teilhabe von Flüchtlingen in Rheinland-Pfalz

Der Kuchen aus Wohlstand, dessen Stücke an unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen verteilt werden, sei geschrumpft, wird in Krisenzeiten häufig suggeriert. Das heißt für immer mehr Menschen der sogenannten bürgerlichen Mitte: Die Ausländer, Zigeuner, Hartz IV-EmpfängerInnen wollen gerade jetzt von unserem Wohlstand profitieren – das geht nicht. Auswüchse dieser Stimmung zeigen sich in Hellersdorf oder Schneeberg. Andererseits hat ein karitativer Umgang mit der Situation Hochkonjunktur – man muss den armen Menschen doch helfen! Beides lässt den Abstand zwischen den gesellschaftlichen Gruppen wachsen.

Die Menschen, um die es eigentlich geht, weil ihnen ihre Kuchenstücke vorenthalten werden, bleiben bei solchen Diskussionen häufig stumm. Ausnahmen sind die Lampedusa-Flüchtlinge in Hamburg oder die Refugees am Oranienplatz in Berlin, die selbstorganisiert und selbstbewusst fordern, was sie brauchen. Dass dies nicht der Regelfall ist, ist durch die Lebensrealitäten der Betroffenen erklärbar – hier am Beispiel der Situation von Flüchtlingen in Rheinland-Pfalz.

Neben den „üblichen" Problemlagen in Sammelunterkünften für Flüchtlinge – katastrophale hygienische Zustände und die Verweigerung von Putzmitteln in Steineberg in der Eifel, ein Taschengeld von monatlich 137 Euro in Neustadt an der Weinstraße, welches an Ein-Euro-Jobs für 10 Stunden pro Woche gekoppelt ist, Duschen, die sich in einem anderen Gebäude befinden, in Ludwigshafen, und so weiter und so fort – hat hier vor allem die Isolation der Refugees fern ab vom Rest der Bevölkerung System. Die Menschen sind häufig in ländlichen Regionen untergebracht, ohne Anbindung an öffentlichen Nahverkehr, ohne Internetzugang, ohne Möglichkeit, Deutsch zu lernen, und warten auf das Ergebnis ihres Asylverfahrens, welches oft Jahre dauert. Zudem haben die Art der Unterbringung und die unklare Zukunftsperspektive eine psychisch zermürbende Wirkung. Eine Selbstorganisierung der Betroffenen in größerem Stil ist schwer vorstellbar.



Unhaltbar

„Um dem entgegenzusteuern, ist die konkrete Unterstützung der Flüchtlinge vor Ort beispielsweise durch Suchen nach geeignetem Wohnraum oder Deutschunterricht meist effektiver als das Anprangern der unhaltbaren Zustände ohne Beteiligung der Betroffenen", so Uli Tomaschowski vom *Netzwerk Konkrete Solidarität*. Dieses hat sich zum Ziel gesetzt, die Abschottung vom öffentlichen Leben (zunächst) in Rheinland-Pfalz und Hessen zu durchbrechen, um die gesellschaftliche und politische Handlungsfähigkeit der Refugees zu stärken. „Durch die Verbesserung der unmittelbaren Lebenssituation und durch die sozialen Kontakte zwischen Flüchtlingen und UnterstützerInnen wird die Ausgangssituation für ein aktives Agieren der Refugees erleichtert".

Auf einer *Anti-Isolation-Tour* besuchten Mitglieder des Netzwerks zusammen mit AktivistInnen der Flüchtlingsselbstorganisation *The Voice Refugee Forum* Flüchtlinge in gut 30 Unterkünften in Rheinland-Pfalz. Parallel wurden interessierte Menschen vor Ort gesucht, die an einer konkreten Unterstützung ihrer NachbarInnen mitwirken und Kontakte zu lokalen Gruppen und Initiativen hergestellt. „Natürlich schwingt hier ein paternalistisches Moment mit", erklärt Tomaschowski, „aber wenn wir warten, bis die Flüchtlinge von sich aus aktiv werden, hat die Isolation funktioniert. Denn das wird in den allermeisten Fällen nicht passieren. Wichtig sind die Perspektive und das Ziel, mit dem man an die Sache rangeht".

Ein Projekt des Netzwerks, *Teachers on the road*, bietet mittlerweile an fünf Orten regelmäßigen Deutschunterricht an, um eine Verständigung der Menschen zu ermöglichen und Informationen über das Asylverfahren und Möglichkeiten des Vorgehens gegen untragbare Zustände in den Unterkünften zu vermitteln. Gleichzeitig werden auf Seiten der Flüchtlinge notwendige Voraussetzungen für aktives Handeln hergestellt: Ein Überblick über lokale Strukturen, Infos über die Situation von Flüchtlingen in Deutschland, rechtliche Grundlagen und soziale Kontakte vor Ort, um die menschenunwürdige Situation aushalten und dabei handlungsfähig bleiben zu können.

Darüber hinaus bietet das Netzwerk Workshops und Vorträge für Interessierte mit dem Angebot des Mitmachens an. So haben sich inzwischen unter anderem in Mainz, Frankfurt und Wittlich zahlreiche Menschen gefunden, die Deutschunterricht geben. In der Südwestpfalz konnte für eine Frau mit einem behinderten Kind ein Rollstuhl organisiert werden. In Germersheim hielt der somalische Refugee Hassan einen Vortrag an der Uni und berichtete über seine Flucht aus Somalia, die mehrjährige Inhaftierung in der Ukraine und seine jetzige Situation. Auch in Landau, Darmstadt, Ludwigshafen und Karlsruhe startet das Projekt diesen Winter. Stück für Stück soll das System, die Flüchtlinge getrennt von „normalen Menschen" zu sehen, aufgebrochen werden.

Um die Flüchtlinge und UnterstützerInnen zu vernetzen und um die Aktivitäten in den unterschiedlichen Orten zu koordinieren, haben seit Anfang 2013 drei rheinland-pfalz-weite Flüchtlingskonferenzen stattgefunden. Die nächste ist für April 2014 in Landau geplant, ebenso die erste hessenweite Konferenz in Wiesbaden. Auch von der NoBorder-Lasts-Forever-Konferenz, die vom 21. bis 23. Februar 2014 in Frankfurt a. M. stattfindet, erhoffen sich die AktivistInnen des Netzwerks neue Impulse.

Laura Fischer

Infos zum Netzwerk: nksnet.wordpress.com

Fortsetzung von S. 1

In den USA, die am meisten ausgeben für ihr „Gesundheitswesen" (ca. 16% des BIP), sind zum Beispiel ca. 20% der Bevölkerung gar nicht versichert und damit auch nur rudimentär versorgt.

Das Geld fließt in Deutschland in eine ökonomisierte Apparate- und Pharmamedizin, an der die entsprechenden Konzerne, aber auch die niedergelassenen ÄrztInnen als KleineigentümerInnen enorm gut verdienen. Schlechte Planung, Doppelstrukturen und Überversorgung bei gleichzeitigem Mangel und schlechter Versorgung, schlechte Arbeitsbedingungen, hohe Profite und entsprechend hohe Ausgaben, die vorrangig die Arbeitenden über ihre Beiträge und als Individuen privat bezahlen, sind im Kapitalismus offenbar kein Widerspruch. Die aktuellen Kämpfe in den Krankenhäusern thematisieren bisweilen diesen Widerspruch und zeigen, dass mit der Ökonomisierung der Krankenhäuser und des Gesundheitswesens grundsätzlich etwas schief läuft. Sie zeigen auch, dass kapitalistische Ökonomisierung und gute Versorgung durch gute Arbeit im Gesundheitswesen nicht zusammen passen. Leider handelt es sich bei den VertreterInnen dieser Meinung um eine rare Spezies. Noch weniger findet man im Moment unter den Beschäftigten die Verallgemeinerung zu einer grundsätzlichen Kritik der Lohnarbeit.

Sara Katsani

Eine Volksgruppe als „Kulturschock"

Zur Situation der südosteuropäischen ArbeiterInnen in den Mannheimer Stadtteilen Jungbusch und Neckarstadt

Jungbusch und Neckarstadt-West sind die beiden Mannheimer Stadtteile, die früher Mal als proletarisch galten, heute als „asozial". Dabei wandelt der Jungbusch sein Gesicht gerade unter dem berüchtigten Aspekt der Gentrifizierung: Nachdem Xavier Naidoo 2003 hier seine Popakademie gebaut hat und nebenan ein modernes Studierendenwohnheim aufgezogen wurde, ersetzten hippe Bars das Rotlichtmilieu, und beim jährlichen „Nachtwandel" fallen bis zu 20.000 BesucherInnen in das ehemalige Hafenviertel ein. Trotzdem ist der Jungbusch noch einer der Stadtteile, die deutlich migrantisch geprägt sind.

Mannheim ist eine der Städte, in denen ein hoher Zuzug aus Osteuropa zu verzeichnen ist, insbesondere aus Bulgarien und Rumänien. Die offiziellen Schätzungen liegen bei 7.000 südosteuropäischen BewohnerInnen. Dass das Probleme mit sich bringt, liegt weniger am Zuzug als vielmehr an dem Umgang mit den „NeubürgerInnen": Kleine Mietwohnungen werden überfüllt, die VermieterInnen zocken gleich mehrfach ab. So ist z.B. im Jungbusch ein Fall bekannt geworden, in dem ein Vermieter gleich dreimal kassierte: Für das bezogene Zimmer, für eine Meldeadresse und für eine vorher bewohnte Zimmer, das angeblich nicht ordnungsgemäß gekündigt wurde. Die BewohnerInnen werden oftmals nicht angemeldet, so dass es an allem fehlt: Müllcontainer, Strom, Wasser. In mindestens einem Haus im Jungbusch ist das Wasser gesperrt, weil der Vermieter die an ihn gezahlte Wasserrechnung nicht an die Stadtwerke (MVV) weitergegeben hat.

Mannheim unattraktiv gestalten

Im November 2012 skandalisierte der SWR eine vermeintliche „Kapitulation" der Kommunalpolitik vor „Zuwanderern aus Bulgarien". Alarmistisch wurde über illegale Prostitution und „organisierte Kriminalität" berichtet, die sich ausbreite „wie ein Krebsgeschwür". Prompt sprang die Neonazi-Szene auf diese Klischees an: Am 16. Februar 2013 versuchten sie eine Kundgebung in Neckarstadt-West. Unter dem Motto „Sicherheit für Recht und Ordnung" konnten sich allerdings nicht einmal 10 Nazis unter der Blockade der AnwohnerInnen versammeln.

Ein Jahr später erbarmt sich der Bundespräsident höchstpersönlich, die Lage vor Ort anzuschauen. Die Ereignisse um den Besuch von Joachim Gauck veranschaulichen den Umgang mit den zugereisten OsteuropäerInnen sehr deutlich: Für den hohen Staatsbesuch wurde ein weiträumiges Parkverbot verhängt, PKWs wurden abgeschleppt, Müllcontainer beiseite geräumt. Das alles aber tatsächlich nur an den Wegen, die der Bundespräsident auch nahm – die Hinterhöfe und Seitenstraßen sahen aus wie immer. Und nicht nur das: Nach der Abreise des Präsidenten wurde schlicht alles stehen- und liegengelassen. Die Müllcontainer kehrten nicht zurück an ihren Standort, dafür blieben die – nun ignorierten – Parkverbotsschilder. Offenkundiger kann man sein Desinteresse kaum ausdrücken. Das ein Jahr zuvor präsentierte „Grundlagenpapier" der AG Südosteuropa der Stadt Mannheim findet eine deutliche Sprache und deutlich rassistische Maßnahmen: Von einer „Überschwemmung" der Neckarstadt und des Jungbuschs ist hier die Rede, vorgeworfen werden den MigrantInnen Kriminalität, Schwarzarbeit, Müll und „Transferleistungsmissbrauch". Die Gegenmaßnahmen lassen sich zusammenfassen als Plan, das Alltagsleben so schwer wie möglich zu gestalten, der „Durchmarsch durch die Institutionen" – gemeint sind die notwendigen Amtsgänge – soll „erschwert" und „unattraktiv gemacht" werden: „Keine sofortige Wohnungsanmeldungen ermöglichen" heißt es im Papier, bzgl. Gewerbeanmeldungen wird die Formulierung wiederholt. Das formulierte Ziel: „Mannheim für Massenzuwanderung durch diese Gruppen in den nächsten Jahren unattraktiv gestalten".

Ganz normaler Antiziganismus

Das klingt ganz anders als die Integrationsbeteuerungen der PolitikerInnen aller Parteien und der oftmals betonte Stolz auf die multikulturelle Arbeiterstadt. Die Doppelzüngigkeit wurde auch im Umfeld des Gauck-Besuchs deutlich: Sechs Tage nach der öffentlichkeitswirksamen Integrationsshow führte die Polizei mit 100 Beamten Razzien in der „südosteuropäischen Kneipenszene" durch. Denn auch die Mannheimer Polizei hat eine „Aufbauorganisation Südosteuropa", die Besuch von zwei bulgarischen Kollegen hatte, mit denen die Razzien durchgeführt wurden. Einen Grund für die Maßnahme gab es nicht, es reichte das Wissen um eine „südosteuropäische Szene" – *racial profiling* also: Verdachtsmoment Herkunft.

Dementsprechend wurden bei den Razzien kaum Gesetzesverstöße entdeckt, aber darum ging es auch gar nicht: „Es ging uns vor allem darum, Präsenz zu zeigen" gibt der Leiter der „Aufbauorganisation", Horst Wetzel, offen zu.

Den Vogel allerdings schießt in diesem Zusammenhang der bulgarische Botschaftsrat Georgi Nenov ab: Er entschuldigt sich bei den MannheimerInnen dafür, dass es unter den MigrantInnen auch „eine bestimmte Volksgruppe" gäbe, die für die Deutschen „ein Kulturschock" sei. Dass er die bulgarischen Roma meint, ist offenkundig. Es ist mittlerweile nichts neues mehr, dass durch ganz Europa eine frappierende Welle von Antiziganismus rollt. Man wundert sich aber dennoch immer wieder, für wie „normal" es offenbar Politiker und Medien, die so etwas unkommentiert drucken, halten, Roma als die kulturell so „Anderen" zu bezeichnen, so dass in jeder Silbe der ganze rassistische Ballast mitschwingt. Das macht einem einen verhinderten Naziaufmarsch gallig, denn offenbar braucht es keine Neonazis für die politische Rolle rückwärts.

Torsten Bewernitz

33 Jahre FAU Frankfurt

Ein Rückblick, der hoffnungsvoll stimmt

Etwa 150 ZuhörerInnen fanden sich am 14. Dezember im Café Exzess in Frankfurt zu einer geschlossenen Veranstaltung ein. Die dortige FAU hatte geladen, ihr 33jähriges Bestehen zu feiern. Der Abend wird sicherlich bei vielen – von fern angereisten Geburtstagsgästen, lokalen KampfgenossInnen und nicht zuletzt zahlreichen jüngeren Interessierten – bleibenden Eindruck hinterlassen: Bilder aus vier Jahrzehnten libertärer Bewegung in Frankfurt, Berichte dreier langjähriger FAU-Mitglieder, anarchistische Lieder mit Sigi Becker an der Gitarre und ein Beitrag der Frankfurter Campusantifa vermittelten anarchosyndikalistische Idee und Praxis hautnah: Die Vorgeschichte der FAU in den 1970er Jahren, das Erstarken einer jungen anarchistischen Szene in Frankfurt, die ersten kleinen aber doch beinahe überraschend schnell gewonnenen Arbeitskämpfe und die teils traumatischen Erfahrungen in den Auseinandersetzungen um die „Startbahn West" in den 1980ern, der allererste Streik gegen einen Leiharbeitsbetrieb in Deutschland überhaupt und der Aktionstag M31 im Jahr 2012 waren wichtige Wegmarken. Und dazwischen: Hausbesetzungen, Demos, Solidaritätsaktionen, kollektiv gelebte Dreistigkeit im Alltag – es ging eine ganze Menge in Frankfurt. Beim Autor dieses Beitrags (der einen großen Teil dieser Zeit in der westfälischen Provinz verbrachte) kam jedenfalls etwas Neid auf.

Genauso zieht sich polizeiliche Repression durch die Geschichte der FAU Frankfurt – sei es, dass der Staatsschutz beim Chef aufläuft und beim nächsten Chef wieder, oder dass zum wiederholten Mal reihenweise Wohnungen durchsucht werden oder auch geräumt. An Mut zum handfesten Konflikt mangelte es den Aktiven der ersten Generation nicht. Aber vielleicht waren die folgenreichsten Kämpfe, an denen die FAU zumindest einen gehörigen Anteil hatte, auch gar nicht die auf der Straße? Ein Bericht von den ÖTV-Tarifverhandlungen in den frühen 1990er Jahren führte vor Augen, wie radikale(re) Forderungen, obwohl sie zunächst nur von einer eher kleinen Gruppe offensiv vorgetragen wurden, zum Selbstläufer wurden und eine allzu handzahme Gewerkschaftsführung ins Schlingern gebracht haben. Zwar ist die FAU Frankfurt keine „Massenorganisation" geworden – doch ist es ihr gelungen, in Zeiten, in denen selbst in der „radikalen Linken" der Klassenkampf weitgehend ad acta gelegt wurde, syndikalistische Ideen lebendig zu halten und schlagkräftige Bündnisse aufzubauen. Und was nicht ist, das kann noch werden! Dass selbst StudentInnen von heute für den Klassenkampf von morgen noch nicht ganz verloren sind, bewies schließlich der Beitrag der Campusantifa, mit der sich – nach Überwindung anfänglichen Befremdens – im Krisenbündnis Frankfurt eine gute Zusammenarbeit entwickelt hat. Ausgelassen endete der Abend bei Ska-Polka der Band Revolte Tanzbein.

Auf hoffentlich viele weitere Jahre!

Thorsten Mitha

Die Befreiung der Arbeit

Räte und Selbstverwaltung - Eine kritisch-historische Betrachtung (Teil II)

Wie kann die Arbeitswelt in einer emanzipierten Gesellschaft von morgen aussehen? Und wie wurde diese Frage von der Linken bisher zu beantworten versucht? Im ersten Teil dieses Artikels[1] ging es um die historischen Versuche selbstorganisierter Betriebe und Gesellschaften. Dabei wurden die konkreten Erfahrungen mit Kollektiven im Kapitalismus, während einer Revolution sowie im Realsozialismus erläutert und ihre Funktionsweisen skizziert. In diesem zweiten und letzten Teil soll es schließlich um die dabei aufgekommenen Konflikte und Schwierigkeiten gehen. [Redaktion Zeitlupe]

Konfliktlinien und offene Fragen

Aus den bisher angehäuften Erfahrungen mit der Arbeiterkontrolle, den Räten und der Selbstverwaltung ergibt sich erheblicher Diskussionsbedarf. Dabei muss genau zwischen vollständiger Selbstverwaltung mit uneingeschränkter Arbeiterkontrolle und einer Praxis der Mitverwaltung oder der Teilhabe im Rahmen staatlicher Institutionen differenziert werden. In Zeiten großer Veränderungen und gesellschaftlicher Umbrüche regen sich Belegschaften in den Betrieben und erlangen nicht selten Handlungsmacht. Doch dadurch überwiegen praktische Momente und unmittelbare Handlungsweisen vor Ort, was häufig den Blick der Basisinitiativen trübt, um zu erkennen, dass noch andere Ziele, beispielsweise machtpolitischer Art, im Spiel sind. Auch von Vollversammlungen gewählte Räte und Komitees garantieren nicht automatisch das Verschwinden von hierarchischen Strukturen, und seien sie nur informeller Art. Die algerische Erfahrung mit der Selbstverwaltung 1962-1965 zeigt zudem, dass eine gesetzliche Absicherung bzw. Regulierung eher zur Aushöhlung der autonomen Strukturen in den Betrieben führt als zu ihrer Stärkung.

Selbst in Fällen (vorübergehend) erfolgreicher Revolutionen tauchten in größerem Umfang Probleme in den selbstverwalteten Betrieben auf. Eine der Konfliktlinien betraf das Spannungsverhältnis von Basismacht und Gewerkschaften. In Spanien 1936/37 waren die Fabrikomitees der CNT und UGT zwar demokratisch gewählt, aber ihre Interessen prallten auf diejenigen Teile der Belegschaften, die den Kampf gegen die Lohnarbeit fortsetzten.[2] Das Verhältnis von abseits stehenden Beschäftigten, den Betriebskomitees und den landesweiten Gewerkschaften scheint sehr konfliktreich zu sein. Die Komitees sind basisdemokratische Organe der gesamten Belegschaft, die von Vollversammlungen eingesetzt, kontrolliert und gegebenenfalls auch wieder abgesetzt werden. Die Gewerkschaften sind hingegen die Interessenvertretungen der organisierten Teile der Belegschaften, und zwar aller selbstverwalteten Betriebe. Betriebskomitees sind Organe einer einzelnen Arbeitsstätte und somit Ausdruck eines Arbeitsplatzes. Gewerkschaften hingegen sind Interessensgemeinschaften der gesamten Arbeiterklasse und somit nicht arbeitsplatzbasiert. Auch im autonomen Kampfzyklus der ArbeiterInnen 1967-1980 in Italien ergaben sich an ähnlichen Fragen größere Verwerfungen innerhalb der radikalen Linken. Diese spitzen sich zwischen dem Konzept der autonomen Arbeiterversammlungen in den Betrieben und den gewählten Fabrikräten zu. Operaistische und autonome Betriebsmilitante lehnten das Delegiertensystem der Fabrikräte ab und trugen damit dazu bei, dass die Gewerkschaften nach und nach ihren Einfluss in den Räten ausweiteten. Die Linksradikalen waren also an der Frage über die Beurteilung der Delegiertenräte gespalten und uneinig.

Doch nicht nur innerhalb der selbstverwalteten Betriebe brechen Konflikte auf. Spanien 1936/37 hat gezeigt, dass das Überleben einer sozialen Revolution entscheidend davon abhängt, ob eine alternative Struktur zur staatlichen Macht aufgebaut wird. Es braucht ein verbindliches Netzwerk aus Komitees, Kollektiven und Kommunen sowie eine landesweite, verlässliche Koordination des politisch-wirtschaftlichen Lebens. Ohne Zweifel muss den revolutionären Komitees und den Kollektivbetrieben auch eine freiwillige Miliz zur Seite gestellt werden, um die Entstehung oder Restaurierung eines Staatsapparates verhindern zu können. Die spanische Erfahrung lehrt, dass die Revolution nicht nach einem ersten großen Paukenschlag gewonnen ist, sondern viele Probleme damit erst anfangen. Daraus ergibt sich, dass eine nur auf selbstverwaltete Betriebe bezogene Strategie zwangsläufig scheitern muss. Das Schicksal eines Systems der Arbeiterselbstverwaltung wird im politischen Bereich entschieden. Selbst wenn eine Welle von erfolgreichen Enteignungen und Inbesitznahmen von Betrieben durch die Lohnabhängigen eine funktionierende libertäre Ökonomie in Gang setzt, entscheiden über den Fortgang der Kollektivwirtschaft die politischen Machtverhältnisse in der Gesellschaft.

Die historischen Erfahrungen der letzten einhundert Jahre haben gezeigt, dass die verschiedenen Formen der Arbeiterselbstverwaltung *auch* an ihren eigenen Begrenzungen gescheitert sind. Obwohl sich die ArbeiterInnen dabei oft in wichtigen Wirtschaftsbereichen der Kontrolle über die Produktionsmittel bemächtigt haben, haben sie es regelmäßig versäumt, die Selbstverwaltungsstrukturen in die Gesellschaft hinein auszuweiten. Dies gilt sowohl in wirtschaftlicher wie politischer Hinsicht. Ökonomisch muss die Arbeiterkontrolle von den Lohnabhängigen beständig ausgedehnt werden und müssen die einzelnen selbstverwalteten Betriebseinheiten in einem größerem Rahmen koordiniert bzw. aufeinander abgestimmt werden. Eine ökonomistische Bewegung, die gleichzeitig keine politische Macht von unten aufbaut, steht den gesellschaftlichen Gegenkräften bald hilflos gegenüber.

> **„Für die Anarchisten hat der Klassenkampf antistaatlich und antiautoritär zu sein; er müsse ein auf Selbstverwaltung beruhender Kampf sein, der außerhalb und gegen den Staat geführt wird ...“**
> (van der Walt/Schmidt: Schwarze Flamme, S.95)

Vorläufige Schlussfolgerungen

Isolierte selbstverwaltete Betriebe können den ungleichen Kräfteverhältnissen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene nicht standhalten. Jenseits von Betriebsegoismus müssen Bemühungen in Richtung wechselseitiger Planungsprozesse und gesamtwirtschaftlicher Koordination erfolgen. Selbstverwaltungsinitiativen müssen sowohl auf Betriebsebene wie auf gesellschaftlicher Ebene zur Geltung kommen, denn die Atomisierung der Selbstverwaltung war bisher ein ernsthaftes Problem. Daher muss eine sinnvolle Regelung für den Interessengegensatz zwischen einzelnen selbstverwalteten Betrieben und dem Allgemeinwohl, dem übergeordneten gesamtgesellschaftlichen Erfordernissen gefunden werden.

Es braucht also eine überregionale Koordination der selbstverwalteten Betriebe, Stadtteile und Kommunen. Und es wird eine landesweite und internationale Wirtschaftsplanung vonnöten sein. Doch auch diese politische und ökonomische Planung muss auf basisdemokratische Art und Weise, das heißt durch Räte von unten nach oben vonstattengehen.

Die bisher besprochenen Schwierigkeiten mit der Selbstverwaltung konzentrierten sich vor allem auf drei Faktoren:

a) Betriebsinterne Probleme,

b) Das politische Machtverhältnis zwischen Betrieb und Gesellschaft,

c) Überbetriebliche Ausweitung und überregionale Koordination.

Doch die soziale Emanzipation beinhaltet mehr als die Übernahme der Betriebe und die Ersetzung des Staates durch eine Rätedemokratie. Selbstverwaltung in der Ökonomie heißt Dezentralisierung und Autonomie in der Produktion sowie Entschleunigung der Wirtschaftsleistung, da die kapitalistischen Produktionsmethoden nicht einfach übernommen werden können. Es muss ein qualitativer Wandel stattfinden und die Trennung zwischen dem Politischen und dem Ökonomischen, das heißt zwischen Leben und Arbeit, aufgehoben werden. Dazu wird eine gesellschaftliche Kultur der Gleichheit vonnöten sein, die den bisherigen Geist der hierarchischen Autorität ersetzt. Das Rätewesen muss als klare Alternative zu den bisherigen ökonomischen und staatlichen Strukturen und Institutionen verstanden und praktiziert werden. Eine Art Mischform zwischen Räten und Parlamenten bzw. staatlichen Verwaltungen ist der allmähliche oder sofortige Tod einer jeden Rätebewegung. Doch Befreiung hat auch eine soziale Dimension und die äußert sich unter anderem durch einen neuen, auf den Menschen bezogenen Inhalt in den gesellschaftlichen Beziehungen. Wie bereits angeklungen, spricht vieles dafür, dass zur Emanzipation die Trennung von Produktion und Konsum, von Leben und Arbeit aufgehoben werden muss. Die Geschichte der bisherigen Arbeiterräte wirft diesbezüglich jedoch mehr Fragen auf als sie Antworten darauf gibt. Alle Versuche der Arbeiterselbstverwaltung praktizierten zwar eine interne Demokratie und waren weitgehend antibürokratisch bzw. antihierarchisch, doch niemand richtete bisher die kapitalistischen Produktionsmethoden neu aus, um eine nichtkapitalistische, libertäre Ökonomie zu etablieren. Dies scheint einer der Knackpunkte einer auf Selbstverwaltung aufgebauten Kollektivwirtschaft zu sein.

Roman Danyluk


Quelle: Bundesarchiv (CC-BY-SA)

Matrosen bilden in der Novemberrevolution 1918/19 einen Soldatenrat

Anmerkungen:

[1] siehe *DA* #220, Seite 8 oder www.direkteaktion.org/220/die-befreiung-der-arbeit

[2] siehe dazu auch das Buch *„Gegen die Arbeit“* von Michael Seidman

Quellen und Literatur zum Weiterlesen:

Dario Azzellini/Immanuel Ness (Hrsg.): *„Die endlich entdeckte politische Form.“ Fabrikräte und Selbstverwaltung von der Russischen Revolution bis heute.* Neuer ISP Verlag, Köln 2012

Roman Danyluk: *Befreiung und soziale Emanzipation. Rätebewegung, Arbeiterautonomie und Syndikalismus.* Edition AV, Lich 2012

Oskar Anweiler: *Die Rätebewegung in Russland 1905-1921.* E.J. Brill, Leiden 1958

Lucien van der Walt / Michael Schmidt: *Schwarze Flamme. Revolutionäre Klassenpolitik im Anarchismus und Syndikalismus.* Edition Nautilus, Hamburg, 2013

Sozialer Notstand à la US-Amerika

Die Immobilienblase ist schon lange geplatzt – leider nach wie vor nicht nur die

Der Bus 22 fährt als einzige Linie volle 24 Stunden von Palo Alto nach San Jose und zurück. Doch dieser Bus ist inzwischen nicht mehr nur ein reiner Nachtbus durchs reiche kalifornische „Silicon Valley", er ist vielmehr inzwischen auch Bleibe für viele Wohnungssuchende geworden. Dabei bleiben viele dieser „neuen" Obdachlosen über Nacht im Bus, bezahlen die $2 pro Fahrt oder gleich die $70 pro Monat, sofern sie sich das wenigstens leisten können. In dem Bus sind neben alleinstehenden Obdachlosen ebenso ein Familienvater und seine Kinder zu Gast. Er ist ein Sinnbild der vielen seit 2008 obdachlos gewordenen Menschen, die mangels Geld für eine neue Bleibe ähnlich „kreativ" bei der Suche nach Obdach sein müssen. Viele Unterkünfte sind überfüllt, in San Francisco müssen, laut einer Meldung von Anfang Dezember, Obdachsuchende inzwischen sieben Monate auf einen Platz warten.

Eine kürzlich im deutschen öffentlich-rechtlichen Fernsehen gesendete Dokumentation zeigte ähnliche Verhältnisse quer durch die USA. Ein besonderer Fokus waren die vielen kinderreichen Familien, die nun schon seit Jahren in billigen Motels dauerhaft wohnen müssen, wenn sie Glück haben. Vielen blieb nur noch das Auto oder eben der Nachtbus, wenn sie nicht die Straße auf und ab gehen und so tun, als wäre alles in Ordnung. Denn niemand der Betroffenen möchte sich die Blöße geben müssen, als Obdachloser auch nach außen zu leben – viele hatten vor Beginn der Finanzkrise 2007 ganz andere Perspektiven im Leben.

In der Nachbesprechung der Dokumentation sagte ein eingeladener Wirtschaftswissenschaftler, das ganze sei etwas für die USA Normales und deshalb nicht weiter zu dramatisieren. Dies spiegelt sehr treffend die Haltung breiter Teile in der US-Öffentlichkeit wider. Viel zu stark ist dort der Leistungsgedanke – nach dem Motto „der Stärkere wird reich" – tonangebend. Dass von der Obdachlosigkeit nach der Krise 2007/2008 aber zahlenmäßig in viel stärkerem Maße Familien mit Kindern betroffen sind, die ihre Wohnungen verloren haben, lassen viele dabei unberücksichtigt. Aktuelle Zahlen sagen zwar, dass die Obdachlosenrate im Zeitraum 2012-2013 leicht gesunken sei, dies betrifft im wesentlichen die ländlichen Bereiche. In New York und Los Angeles steigen die Zahlen hingegen. Grundsätzlich sind diese ersten Erfolge auf verbesserte Programme der Bundesstaaten sowie der Regierung in Washington zurückzuführen. Allerdings erfassen diese Zahlen nicht diejenigen, die sich aus Scham oder anderen Gründen „unsichtbar" machen und keine Hilfe in Anspruch nehmen wollen. Aktuelle Zahlen, die die auf der Straße lebenden Kinder betreffen, die vom Bildungsministerium in Washington in diesem Jahr herausgegeben wurden, zeigen jedoch besorgniserregende Entwicklungen.

In der im Oktober veröffentlichten Studie wird nachgewiesen, dass die Zahl der obdachlosen Kinder seit Beginn der Finanzkrise um sage und schreibe 72 Prozent gestiegen ist. Sie liegt aktuell bei 1.168.354 Kindern. Im letzten Untersuchungszeitraum, von 2011 bis 2012, stieg sie um zehn Prozent. Dabei sind 43 Bundesstaaten von dieser letzten Erhöhung betroffen, in einigen Staaten waren es über 50 Prozent mehr wohnungslose Kinder als im Vorjahr. Die größte Zahl an Kindern, die keine feste Wohnung hatten, lebte in den Staaten New York, Texas, Kalifornien und Florida. Dies sind zugleich die Staaten mit den höchsten Zahlen an Obdachlosen. Ein Großteil dieser Kinder, 72 Prozent, wohnen in „doubled-up" Situationen. Sie wohnen also in wechselnden Wohnungen, je nachdem, wie sich ihre Lage wieder verbessert oder gar weiter verschlechtert. 15 Prozent leben in Heimen, gar vier Prozent nur auf der Straße. Viele dieser letzteren „wohnen" also in ähnlichen Situationen wie im oben beschriebenen Bus 22.

Seit dem Platzen der großen Immobilienblase im Jahr 2007 ist es vermehrt zu dieser Situation gekommen. Viele hatten vorher den Verlockungen der Hypotheken- und Kreditwirtschaft nicht widerstehen können. In der Folge mussten sie danach bitter erfahren, wie wenig sich viele Institute um ihre teilweise falschen Versprechen scherten und einen nach dem anderen vor die Tür ihrer Privatwohnungen, aber auch Mietwohnungen setzten. Seitdem hat sich das Bild der Obdachlosen in den USA stark gewandelt: Heute sind es viele kinderreiche Alleinerziehende und Familien, die kein festes Heim haben. Paradoxerweise haben sogar viele von ihnen Arbeit, doch verdienen sie nicht genug in ihren Jobs. Die Arbeitslosenzahlen gehen zwar zurück, aber ähnlich wie in Deutschland wird dabei wenig gefragt, welche Jobs das sind, die diejenigen in „Lohn ohne Brot" halten.

Dabei stellt in den USA zweierlei ein Problem dar: Erstens sind gerade in den Gebieten, in denen sich viele Obdachlose aufhalten, die Mieten unbezahlbar. Viele der auf der Straße Lebenden müssten bei dem derzeitigen US-Mindestlohn von $7,25 24 Stunden am Tag in mehreren Jobs arbeiten gehen, um die Mieten in Ballungsräumen wie um San Francisco oder Los Angeles bezahlen zu können. In ländlichen Regionen hingegen gibt es keine ausreichende Infrastruktur zur Beherbergung von Obdachsuchenden. Außerdem ist das Jobangebot dementsprechend geringer. Das ist ein Grund, warum erneut viele dieser „neuen" Obdachlosen und andere am Existenzminimum Lebende Anfang Dezember erneut die großen Fast-Food-Ketten bestreikten (siehe dazu den Artikel in der vorherigen *DA*-Ausgabe). Sie fordern einen Mindestlohn von $10, um ihre Familien durchfüttern zu können und am sozialen Mindeststandard leben zu können.

Gabriele Roccia

Untote Handelsreisende

Ja ja, sie lebt noch – Kommentar zum WTO-Abkommen

Campino, Herbert Grönemeyer und Bob Geldof scheinen ihren politischen Zielen so nahe zu sein wie nie: Auf der Konferenz der Welthandelsorganisation WTO Anfang Dezember in Bali einigten sich die Regierungen von 159 Staaten im Groben auf den Abbau aller Handelsbeschränkungen und „wettbewerbsgefährdender" Subventionen, vor allem im Agrarsektor. Genau so etwas hatten die drei genannten in die Jahre gekommenen Sängerknaben in ihren Statements entlang von Großdemonstrationen anlässlich der G8-Gipfel immer gefordert. Globale Ungleichheit werde durch die Abwehrhaltung der Industrienationen gegenüber den ProduzentInnen in den so genannten Entwicklungsländern maßgeblich verursacht, wohingegen die Subventionierung von Agrarerzeugnissen in den reicheren Regionen den Markt in den ärmeren zerstöre. Auch *Oxfam* oder *Attac* hatten jahrelang ähnlich argumentiert; Attac scheint – zusammen mit der Finanztransaktionssteuer, die im Koalitionsvertrag der neuen Regierungsmehrheit im Deutschen Bundestag vorgesehen ist – nun tatsächlich die Realisierung ihrer jahrelangen Kernforderungen miterleben zu dürfen. Der überwiegende mediale Tenor verkündete nach dem WTO-Abkommen von Bali das Erreichen eines Meilensteins auf dem Weg zur Beseitigung von Ungleichheit in den internationalen Handelsbeziehungen, und die von Amts her beteiligten (Noch-) Minister Rösler, Niebel und Westerwelle betonten einhellig, wie sehr hier sowohl deutsche Interessen gewahrt wie auch gönnerhafte Hilfen für „die Entwicklungsländer" (Westerwelle) geleistet worden wären. Nachdem der erste Beifall abgeebbt war, begann eine etwas nüchternere Diskussion in den verschiedenen Formaten des Wirtschaftsjournalismus, und von beiden dominanten Denkrichtungen – neoliberal und keynesianisch – wurde die Halbherzigkeit des Abkommens bemängelt; die einen bejammerten Ausnahmeregelungen wie etwa die Absegnung des indischen Subventionsprogramms für nicht für den Export bestimmte Nahrungsmittel, die anderen bemängelten, es seien nicht ausreichend Anschubprogramme zur Steigerung des Wirtschaftswachstums in den ärmsten Ländern beschlossen worden. Attac formulierte die eigene Pressemitteilung so, dass vor allem das Unkonkrete in der Vereinbarung zum Abbau der Importbeschränkungen von Waren aus so genannten Entwicklungsländern als wesentlicher Kritikpunkt dieser Organisation von den Zeitungen aufgegriffen wurde. Dass aber die Forcierung dessen, was die WTO „Welthandel" nennt, zu einer Verschärfung des globalen Wettbewerbs und somit zwingend sowohl zu noch stärkerer ökologischer Verwüstung wie auch hemmungsloserer Ausbeutung führt, war für die meisten journalistischen und politischen KommentatorInnen kein Thema.

Verscherbeln oder Handeln?

Bis in die Attac-Ausführungen hinein scheint die publizistische Öffentlichkeit von einer Weltbevölkerung auszugehen, die komplett aus miteinander Handel treibenden MarkteilnehmerInnen besteht, und folgerichtig gelte es, im Geiste Ludwig Erhards eine globale soziale Marktwirtschaft zu etablieren. Dass die WTO von ihrer Funktion her höchstens gleiche Bedingungen für die Besitzenden dieser Welt herstellen kann, scheint niemanden grundsätzlich zu stören, hängt doch vor dem geistigen Horizont der wirtschaftspolitischen Publizistik das Wohl der entmündigten Massen eben von den Profitraten der Unternehmen ab. Für eine bessere Organisation des Welthandels müsste es aber gelten, diesen Begriff deutlich von dessen Verständnis gemäß der WTO abzugrenzen. Denn dieser Organisation bzw. den durch sie repräsentierten Staaten und ihren Industrien geht es ja nicht primär um einen Austausch von Gütern, sondern ist dies vielmehr Mittel zum Zweck der Umsatzsteigerung. Der Gegenentwurf einer demokratischen Entscheidungsfindung über das, was benötigt wird, und darüber, wie die gewünschten Produkte beschafft werden sollen, formuliert sich leicht als utopische Schnapsidee, ist aber weniger weit hergeholt als zunächst gedacht. Längst gibt es Kollektivbetriebe, die auf dem „Weltmarkt" tätig sind, indem sie politische Beziehungen zu anderen Kollektiven knüpfen und so ein Vertriebsnetz aufbauen. Für den direkten Kontakt zwischen kollektivierten Betrieben sind erleichterte technische und administrative Bedingungen, wie sie die WTO befördert, natürlich auch vorteilhaft. Doch die Staaten, die die WTO tragen, vertreten die Interessen der großen Konzerne und schreiben damit die Abhängigkeit der LohnarbeiterInnen von den Unternehmen fort.

Marcus Munzlinger

strug·gle [ˈstrʌgl]

Nachrichten von der Klassenfront

Kasachstan: Globale Solidaritätskampagne mit Ölarbeitern

Am 12. Dezember startete die internationale Gewerkschaft industriAll mitsamt einer Reihe anderer Organisationen eine Protestkampagne gegen die Verurteilungen 37 inhaftierter kasachischer Ölarbeiter. Diese hatten bereits im März 2012 begonnen, nachdem die Polizei einen Streik Ende 2011 gewaltsam eskalieren ließ. Sieben von ihnen erwarten jedoch noch ein Urteil und befinden sich in Untersuchungshaft. Ursprünglich geht es in dem Konflikt um eine 80prozentige Lohnerhöhung, die den Beschäftigten der Ölbranche schon 2008 in einer Regierungserklärung zugesichert wurde. Die Firmenleitung der kasachischen Energiegesellschaft – die eng mit der Familie des autokratisch regierenden Nasarbajew verknüpft ist – argumentiert hingegen, dass bereits das 1,8-fache des kasachischen Mindestlohns gezahlt würde. Das Öl ist ein wichtiger Faktor in der kasachischen Wirtschaft, es macht rund 70 Prozent der Exporte aus. Mehr zur Petition unter: www.labourstartcampaigns.net/show_campaign.cgi?c=2092

Kambodscha: Textilbranche weitgehend lahmgelegt

Am 30. Dezember blieben 80 Prozent der Textilproduktionsstätten geschlossen. An dem Ausstand beteiligten sich rund zwei Drittel der 600.000 vorrangig weiblichen Beschäftigten, Zehntausende protestieren auf den Straßen. Sie fordern den Mindestlohn von umgerechnet ca. 160 US-Dollar, derzeit erhalten sie lediglich die Hälfte. Sie sind daher gezwungen, bis zu 16 Stunden täglich zu arbeiten. Die lokalen Textilunternehmen weisen die Verantwortung von sich: Sie müssten sich dem internationalen Preisdruck der großen Modehersteller (Nike, Puma, H&M etc.) beugen, für die sie produzieren. Andernfalls sei der Standort gefährdet. Die Textilindustrie gehört zum wichtigsten Wirtschaftssektor des Landes, allein im Jahr 2013 setzte sie rund 5 Milliarden US-Dollar um.

Frankreich: Bodenpersonal der Lufthansa macht blau

In Paris meldete sich am 26. Dezember das Bodenpersonal der Lufthansa geschlossen krank. Auf dem Streckenflug München-Paris fielen zwei Flüge aus, die Passagiere mussten mit Bussen in die jeweils andere Stadt transportiert werden. Der nicht angekündigten Aktion liegen Sparpläne des Konzerns zugrunde, die vorsehen, die Passagierabfertigung an einen externen Dienstleister auszulagern – 199 Arbeitsplätze sind in Gefahr. Am Nachmittag desselben Tages wurde der Betrieb allerdings wieder regulär aufgenommen. Schon Ende November traten Mitarbeiter wegen der Sparpläne des Konzerns in einen Streik – rund 100 Flüge mussten gecancelt werden.

Großbritannien: Terroristische Gewerkschaft?

Die größte britische Gewerkschaft UNITE ist seit Mitte Dezember Gegenstand eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der sich mit angeblich terroristischen Methoden der Gewerkschaft befasst. Vorausgegangen war dem Ganzen ein Disput um den potenziellen Labour-Kandidaten Stephen Deans zur Nachwahl des Unterhauses im schottischen Falkirk, der als UNITE-Mitglied und kämpferischer Vorsitzender des Vertrauensleutekörpers der Belegschaft einer nachbarstädtischen Ölraffinerie den Unmut des rechten Parteiflügels und einiger Konservativer auf sich gezogen hatte. Labour verzichtete daraufhin auf seine Kandidatur, im Gegenzug wurde Deans vom Raffineriebetreiber INEOS suspendiert. Den darauffolgenden zweitägigen Streiks für seine Wiedereinsetzung entgegnete die Konzernführung mit der Drohung, die Raffinerie und ihre 3000 Arbeitsplätze aufzugeben. Nach ausbleibender Solidarität anderer Gewerkschaften sah sich UNITE gezwungen, für den Erhalt der Raffinerie eine Nichtstreikklausel zu unterzeichnen, die ebenso Lohn- und Rentenkürzungen sowie den Wegfall des Vertrauensleutekörpers beinhaltet. Die während der Streiks vor den Wohnsitzen der INEOS-Direktoren abgehaltenen Proteste sind es allerdings jetzt, die den parlamentarischen Terrorismusvorwurf auf sich ziehen. Bei einer Bejahung der Vorwürfe droht eine allgemein empfindliche Beschneidung gewerkschaftlicher Rechte in Großbritannien. Ein Abschluss der Untersuchungen wird vor dem Labour-Sonderparteitag im Frühjahr erwartet, bei dem viele politische Beobachter eine Neuregelung der bisher großen Einflussrolle der Gewerkschaften innerhalb der Partei erwarten.

Zusammengestellt von der Redaktion Globales

Die Krise als Katalysator der Reaktion

In Spanien besteht die Gefahr massiver Rückschritte im Kampf gegen die patriarchale Gesellschaft

Im Interview mit der Direkten Aktion *erklärt die Sozialarbeiterin, Therapeutin und Aktivistin Berta Vega aus Ourense in der spanischen Provinz Galicien den Zusammenhang von Austeritätspolitik, autoritärer Krisenverwaltung und Geschlechterdiskriminierung.*

Berta, erzähl doch erst mal von Deiner Arbeit – was machst Du?

Ich bin Sexualwissenschaftlerin und Pädagogin und biete als Selbstständige Kurse in den Bereichen Konfliktlösung, Selbst- und Fremdhilfe bei sexualisierter Gewalt, Stärkung der Fähigkeit zur Selbsteinschätzung und zur Stärkung des Selbstbewusstseins, zur Wiedererlangung sozialer Fähigkeiten nach traumatischen Erlebnissen oder in Fällen extremer Vereinzelung sowie zum gleichberechtigten Umgang zwischen Männern und Frauen an. Dazu gehören auch Sexual- und Paartherapie, die ich – jetzt unabhängig von meinen übrigen Kursen – in meinem Büro in Ourense anbiete.

Rahmen von Kursen zu Fragen von Geschlecht und Sexualität zu befassen. Damit beschränkt und behindert die patriarchale Gesellschaft eben nicht zuletzt auch Männer in ihrer Entfaltung und ihren Möglichkeiten zur Problemlösung. Mein grundsätzliches Anliegen, die freie Entwicklung aller Individuen gleich welchen Geschlechts auf der Grundlage von tatsächlicher rechtlicher und sozialer Gleichstellung, erscheint angesichts solcher fundamentaler Probleme als arg utopisch.

Von der gewaltförmigen Struktur der patriarchalen Gesellschaft zeugen auch in Deutschland die vielfältigen Einrichtungen, die notwendig sind, um Mädchen und Frauen in verschiedenen Krisensituationen zumindest notdürftig zu unterstützten. Welche Bedingungen würdest Du als die wichtigste Stütze der patriachal-machistischen Verhältnisse in Spanien ansehen?

Obwohl im Geiste des neoliberalen Verwertungswahnes alle möglichen sozialen Beziehungen kapitalisiert werden, würde ich immer noch 80 Prozent der in Spanien geleis-

che tätig sind, die entsprechend von der Regierung vor dem endgültigen Kollaps gerettet wird. Doch es ist klar, dass sich der ohnehin prekäre Charakter des „cuidado" im Zuge der Krise nochmals verschärft, die Frauen mit ihrer eigenen Situation und den immer schwierigeren Aufgaben überfordert sind. Daher stellt sich mir die sogenannte „Euro-Krise" auch tatsächlich als eine Krise des „cuidado" dar, in der alle Menschen in die Unsicherheit gestürzt werden, wie sie angesichts ihrer jetzt schon schwierigen Lage erst einmal im Alter oder im Falle von Krankheit zurecht kommen sollen. Und diese Unsicherheit wiederum verstärkt die psychischen und sozialen Spannungen, die sich dann in verschiedenen Formen gewalttätig entladen – und eben oftmals gegen Frauen.

Frauen sind also von der als „Euro-Krise" titulierten Situation besonders betroffen?

Wenn ich auf meine Region, die Provinz Galicien, mit der drittältesten Bevölkerung Spaniens blicke, wird besonders deutlich, welche immense Bedeutung die Tätigkeit





In der spanischen Provinz machen seit Beginn der Krise FeministInnen oftmals gemeinsam mit den ArbeiterInnen aus den Sozialberufen gegen die menschlichen Folgen der politisch-ökonomischen Verhältnisse mobil

Mit welchen Widrigkeiten musst Du bei der Ausübung Deines Berufes, mal gemessen an Deinen persönlichen Idealvorstellungen, am meisten kämpfen?

Die geschlechtsspezifischen Probleme, mit denen ich mich in meiner Arbeit auseinandersetzte, rühren von der sozialen Trennung in männlich und weiblich her; die Differenzierungen, die nach der bloßen Feststellung vor oder spätestens bei der Geburt von den Körperteilen Penis und Vulva vollzogen werden, konstituieren folgenschwere Ungleichheiten für eine riesige Menge von Menschen. An diese sozialhistorischen Ursachen in ihren unendlich verschiedenen individuellen Ausprägungen komme ich in meiner Arbeit natürlich nur äußerst rudimentär heran. Das beginnt schon bei der hauptsächlichen BesucherInnengruppe meiner Kurse, die ich seit sechs Jahren durchführe: Betroffene oder interessierte Frauen! Dabei geht es mir doch um die Geschlechterverhältnisse, und daher möchte ich natürlich gerade auch Männer erreichen. Doch diese kommen in der Regel nur, wenn sie arbeitslos sind und ihnen meine Kurse von den Behörden aufgebrummt werden; neben so genannten „Weiterbildungsmaßnahmen" im technischen oder administrativen Bereich gehört halt auch das Themenfeld „Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern" zum sozialtechnokratischen Repertoire der aktuellen Krisenverwaltung in Spanien. Für diese Männer ist es unter den gegebenen Bedingungen dann eben ein Zwang und somit eher eine Bestrafung als eine Bereicherung. Durch die Sozialisierung in Familie und Schule und auch ganz wesentlich durch die herrschende Kultur, wie sie sich durch die Massenmedien bis in die Sprache artikuliert, scheint es ein unausgesprochenes soziales Verbot für Männer zu geben, sich mit ihren Problemen im

teten Arbeit als Unbezahlte qualifizieren. Den Großteil davon machen Fürsorge und Pflege aus – mithin jene Tätigkeiten, die historisch als „weiblich" konnotiert sind. In Spanien gebrauchen wir den Sammelbegriff „cuidado" [zu Deutsch sowohl „Pflege" als auch „Obhut", aber auch „Vorsicht" oder „Vorbeugung", Anm. d. I.], um jene Tätigkeiten zu benennen, die auf die Wahrung des individuellen Wohls und der Teilhabe in physischer, materieller und sozialer Hinsicht zielen. In den tradierten Geschlechterbeziehungen sind Männer die Empfänger und Frauen die Bereitstellerinnen solcher Leistungen, ob nun in Familien oder in der professionalisierten Form der Sozialberufe. „Cuidar", das Sich-Kümmern um andere, ist eine im kapitalistischen Kontext als minderwertig eingestufte Arbeit, obwohl sie für die Reproduktion der Gesellschaft fundamental ist – zumindest zu Beginn und zum Ende unseres Lebens sind wir alle auf andere angewiesen. Das eigene Herausfallen aus der Verwertbarkeit, aus der Leistungsgesellschaft, wird aber als ein derart schwerwiegendes Verhängnis verklärt, dass die damit zusammenhängende Tätigkeit des „cuidado" pathologisiert und marginalisiert wird: sie wird in ihrer Mehrzahl zu einem vor-kapitalistischen Arbeitsverhältnis degradiert und somit unsichtbar. Die individuellen Folgen der sogenannten „Euro-Krise" in psychischer, physischer und sozialer Hinsicht fangen nun in erster Linie jene traditionell unbezahlten Kräfte auf: Mütter, Ehefrauen und Töchter, die sich um ihre verarmten Familienangehörigen kümmern. Dabei ist ihr eigenes Armutsrisiko in der Regel um einiges höher als das der meisten Männer, die zumindest noch um ihre Rentenansprüche kämpfen können oder die in einer „sichtbaren" und gesellschaftlich als wichtig anerkannten Bran-

des „cuidado" hat. Hier sind 21 Prozent der Bevölkerung über 65 Jahre alt, der Durchschnitt in Spanien liegt bei 16 Prozent. Nun sind in Galicien von jenen über 65-Jährigen aber 68 Prozent Frauen, von denen 43 Prozent verwitwet sind – wohingegen 77 Prozent der Männer über 65 in einer Ehe leben. Somit sind Frauen im Alter ohnehin einem besonderen Risiko der Vereinsamung und mit einhergehend dem Problem mangelnder Fürsorge ausgesetzt. Noch werden solche Aufgaben meist von Familienangehörigen – den Töchtern und Söhnen oder den Schwiegerkindern – übernommen, doch die ökonomische Situation macht es für viele immer schwieriger, sich neben sich selbst auch noch um andere zu kümmern. Und noch mal: etwa 84 Prozent aller Tätigkeiten im Bereich „cuidado" werden von Frauen ausgeführt, das gilt natürlich auch für die Sorge um die Gruppe der alleinstehenden Frauen über 65. Da nun in diesem speziellen Bereich ein immer größerer Bedarf an bezahlten Kräften herrscht, muss auch die kapitalisierte Form des „cuidado" betrachtet werden. Aufgrund der ländlichen Struktur weiter Teile Galiciens werden Pflege und Assistenz hier meist ambulant organisiert; die ArbeiterInnen – entsprechend der Tätigkeit eben meist Frauen – kümmern sich im Regelfall um acht bis zehn Personen im Schichtbetrieb und verdienen dabei zwischen 600 und 800 Euro netto im Monat. Wenn man die enormen Strecken, die sie zwischen den oftmals entlegenen Ortschaften zurücklegen müssen, berücksichtigt, ist das wirklich ein miserabler Hungerlohn. An diesem konkreten Beispiel wird deutlich, wie sich die Krise eben besonders auf Frauen auswirkt: wenn sie bedürftig werden, wird es immer schwieriger, ihnen Hilfe über die traditionellen Wege zukommen zu lassen, und um diesen

Bedarf nun finanziell befriedigen zu können, werden die als weiblich konnotierten Sozialberufe noch stärker ausgebeutet als zuvor. Ich habe bereits von den beiden Sektoren der spanischen Wirtschaft gesprochen – dem sichtbaren, anerkannten und bezahlten sowie dem unsichtbaren, nicht wertgeschätzten und unbezahlten. Die doppelte Ausbeutung ist ein historisches Problem der spanischen Arbeiterinnen: Von ihnen als Frauen wurde die Entrichtung unbezahlter Arbeit verlangt, aber als Angehörige der ArbeiterInnenklasse waren sie im Gegensatz zu bürgerlichen Frauen auch darauf angewiesen, ihre Arbeitskraft dem Markt zur Verfügung zu stellen. Dieses Problem ist heute wieder hochaktuell und betrifft immer mehr soziale Schichten, die ökonomisch abrutschen. Und es spielt der Politik der Austerität natürlich in die Karten, dass in einer Situation, in der immer mehr Menschen auf die Bereitstellung von Sozialer Arbeit angewiesen sind, diese entweder im Bereich der „cuidados" meist unbezahlt entrichtet wird oder aber die entsprechenden Tätigkeiten aufgrund ihrer traditionellen Geringschätzung und der politisch-ökonomisch schwachen Position der ArbeiterInnen – wir wissen: meist Frauen – im Niedriglohnsektor stattfinden.



Quelle: bit.ly/1cCxmrb

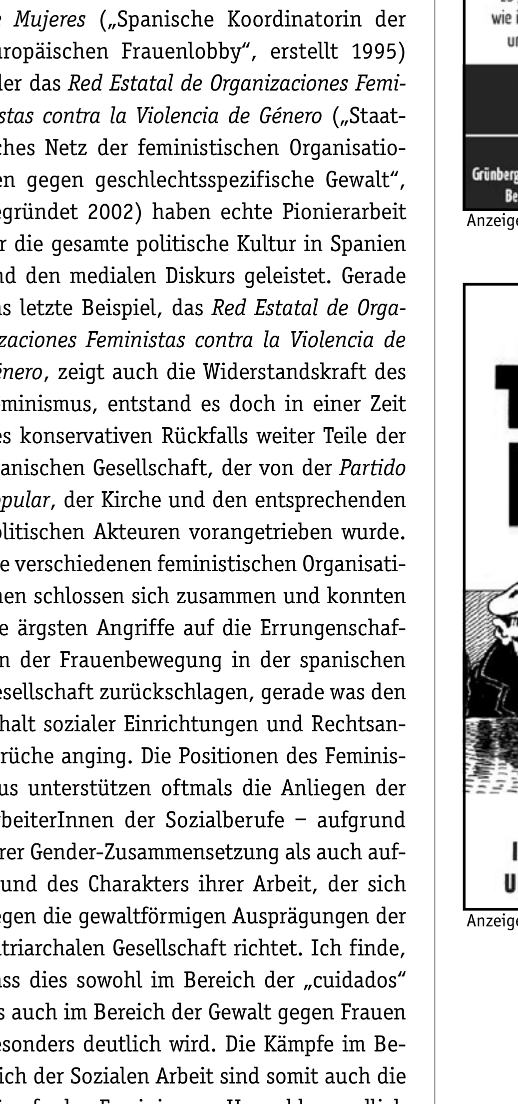
Kundgebung galicischer FeministInnen

Hat die Krise also zu gesellschaftlichen Rückschritten im Kampf gegen Geschlechterdiskriminierung geführt?

Die erste Krisenwelle, die die spanische Wirtschaft erfasste, hat große Schäden in der Baubranche, im Kraftfahrzeugsektor und der Stahlindustrie hinterlassen. Die zweite Welle erfasste dann die staatlichen Einrichtungen, was den Ausgangspunkt für die jetzige Austeritätspolitik markierte. Besonders betroffen waren alle Bereiche, die mit dem Aspekt des „cuidado" zu tun haben: das Gesundheitswesen, Betreuung und Fürsorge für SeniorInnen, Bildung usw. Die ohnehin angeschlagene Finanzierung des öffentlichen Sektors wurde endgültig unterspült, als durch Steuererleichterungen und Konjunkturprogramme die Folgen der ersten Krisenwelle für die Industrie und das Finanzwesen abgemildert werden sollten. Aufgrund der geschlechtsspezifischen Zusammensetzung jener Bereiche, in denen daraufhin Einrichtungen geschlossen, Stellen gestrichen und Gehälter gekürzt wurden, um die Privatwirtschaft in der Krise abzufedern, wurden massenhaft Frauen ökonomisch gegenüber Männern benachteiligt. Aber auch politisch wurden die Rückschritte und Angriffe auf die Gleichheit immer deutlicher: Einer der ersten Schritte bei der Etablierung der Austeritätspolitik war die Abschaffung des Gleichstellungsministeriums! Dies ist nicht nur ein deutliches Zeichen, welchen Stellenwert Gleichheit für die Politik hat, wenn es einmal hart auf hart kommt, sondern ist auch in dem Kontext der Durchsetzung der Austerität selbst zu sehen: Sind nun mal vor allem Frauen von den Kürzungen im öffentlichen Sektor betroffen, so werden logischerweise auch ihre Möglichkeiten beschränkt, sich dagegen zu wehren. Im von mir so betonten Kontext des Stellenwertes und der Organisation der „cuidados" ist es da auch erwähnenswert, dass das „Ley Dependencia", also das Gesetz, das einen Anspruch auf Fürsorge und Pflege im Alter festschreibt, im Zuge der Austerität gestrichen wurde; auf wen sich das nun besonders auswirken wird, dürfte mittlerweile klar sein. Mit dem allgemeinen Trend zur Privatisierung verbunden ist unter den Bedingungen der Krise eine noch stärkere Position all jener, von deren Investitionen das Wirtschaftswachstum abhängig ist. Bei einer zunehmend sowohl alternden wie auch verarmten Bevölkerung ist es logisch, dass im Feld der „cuidados" kaum Kapital akkumuliert werden kann, weshalb bei einem Rückzug des Staates eben hier kaum Geld zur Verfügung steht. Die vorkapitalistischen Arbeitsverhältnisse in diesem Bereich werden so verstärkt, vergrößert und verewigt. Aber selbst wenn wir auf den „sichtbaren" Bereich der Ökonomie schauen, wird die politisch-ökonomische Benachteiligung von Frauen deutlich: Europaweit sind die Löhne durchschnittlich im Zuge der Krise um 16,2 Prozent, in Spanien um 21 Prozent gefallen; die von Frauen dominierten Sektoren sind dabei am schlimmsten betroffen und tragen zum Gros dieser Zahlen bei. Auch von Kurzarbeit sind Frauen stärker betroffen als Männer. Innerbetrieblich lag das zum einen an geringerer Betriebszugehörigkeit durch Schwangerschaft etc., zum anderen daran, dass sie Kurzarbeit aufgrund ihrer mannigfaltigen anderen Aufgaben (erneut das Stichwort „cuidados") eher akzeptierten. Doch die Dramatik der Zahlen – 31,6 Prozent aller Frauen waren von Kurzarbeit bzw. Stundenstreichungen betroffen, aber nur 8,1 Prozent der Männer – erklärt sich natürlich vor allem dadurch, dass aus den weiblich konnotierten Berufen Kapital abgezogen wurde. Diese anhaltende ökonomische Entwicklung führt in allen Bereichen zu einem konfrontativen gesellschaftlichen Klima: Zuerst wurden die betriebliche Mitbestimmung, dann die gewerkschaftlichen Rechte und nun sogar das Demonstrationsrecht erheblich eingeschränkt. Zu den historisch erkämpften Formen der demokratischen Mitbestimmung, die nun geschleift werden, gehören selbstverständlich auch alle Gleichstellungsinstanzen, ob nun auf staatlicher oder privatwirtschaftlicher Ebene. Die Krisenverwaltung und die Durchsetzung ihrer Folgen werden autoritär praktiziert, als ob sie die Lunte des Dynamits der sozialen Ungleichheit entzünden wollten: Der Dialog um Gleichheit und die Möglichkeit, Geschlechterdiskriminierung argumentativ in den Institutionen und Unternehmen zu kritisieren, werden suspendiert. Gerade in den Unternehmen gab es ja den Trend, im Zusammenhang mit politischen Regelungen gegen die Diskriminierung von Frauen in höheren Positionen, aber auch allgemein gegen die Ungleichbezahlung, für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz vorzugehen. Dem Bemühen um solche Veränderungen möchte ich auch in keiner Weise die Berechtigung absprechen, doch ich sehe ganz klar, dass die Kämpfe im Zuge der Krise eben auch am Arbeitsplatz viel härter werden.

Welche Rolle nimmt denn der Feminismus in den aktuellen sozialen Kämpfen in Spanien ein? Und wie politisch aktiv sind die ArbeiterInnen aus den Sozialberufen?

Also, wenn wir nun einen Aspekt wie den der häuslichen und der sexuellen Gewalt betrachten, können wir gut sehen, wie das politische Wirken des Feminismus und der SozialarbeiterInnen Gesellschaft verändert: Vor wenigen Jahrzehnten hieß es noch, das sei ein Privatrecht der Männer, dann wurden es individuelle Fehltritte, und heute wird es allgemein als ein gesellschaftliches Problem betrachtet, über dessen Ursachen und Lösungen breit diskutiert wird. Eine andere historische Errungenschaft des Feminismus ist das 1983 unter der sozialistischen Regierung gegründete „Institut der Frau" (*Instituto de la Mujer*). Auch wenn dieses Institut als Regierungsbehörde der Willkür parlamentarischer Mehrheitsfindung und politischer Trends unterworfen ist, so leistet es durch seine empirischen Forschungen und seine Publikationen doch unendlich wichtige Aufklärungsarbeit. Die Daten über Ungleichbehandlung am Arbeitsplatz, über sexuelle Gewalt, unbezahlte Arbeit und vieles mehr sind wichtig, um ein Bewusstsein und eine Diskussion in der Gesellschaft zu verankern. Der Feminismus spielt in Spanien eine wichtige politische Rolle, auch jenseits aktueller sozialer Bewegungen; die verschiedensten Regierungen der Post-Franco-Ära mussten sich immer wieder gegenüber feministischen Positionen rechtfertigen. Das sieht man zum Beispiel an dem innenpolitischen Druck, den feministische Gruppen und Einzelpersonen in den neunziger Jahren entfalten konnten, als es mehrere internationale Abkommen zum Kampf gegen Gewalt gegen Frauen gab und sich der spanische Staat nur halbherzig beteiligte. Als im November 1999 die Dominikanische Republik mit 60 anderen Staaten den Tag der „Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen" beging, löste das im Jahr 2000 in Spanien anlässlich des 40. Jahrestages der Hinrichtung der Schwestern Mirabal [drei vom dominikanischen Diktator Rafael Trujillo 1960 hingerichtete Widerstandskämpferinnen, Anm. d. I.] an vielen Orten in Spanien spontane Demonstrationen, Kundgebungen und Feste aus. Daran sieht man, wie fest der Feminismus in der politischen Kultur Spaniens verankert ist. Jede neue Generation wächst in diese Kultur hinein, sodass der Feminismus immer auf der Höhe der Zeit bleibt – die Feministinnen gehörten in Spanien zu den ersten überhaupt, die das Internet als Medium zum Publizieren und Vernetzten nutzten. Die Formate *Mujeres en Red* („Frauen im Netz", gegründet 1997) oder Websites wie die der *Fundación Mujeres* („Frauenstiftung", erstellt 1994), die *Coordinadora Española para el Lobby Europeo de Mujeres* („Spanische Koordinatorin der europäischen Frauenlobby", erstellt 1995) oder das *Red Estatal de Organizaciones Feministas contra la Violencia de Género* („Staatliches Netz der feministischen Organisationen gegen geschlechtsspezifische Gewalt", gegründet 2002) haben echte Pionierarbeit für die gesamte politische Kultur in Spanien und den medialen Diskurs geleistet. Gerade das letzte Beispiel, das *Red Estatal de Organizaciones Feministas contra la Violencia de Género*, zeigt auch die Widerstandskraft des Feminismus, entstand es doch in einer Zeit des konservativen Rückfalls weiter Teile der spanischen Gesellschaft, der von der *Partido Popular*, der Kirche und den entsprechenden politischen Akteuren vorangetrieben wurde. Die verschiedenen feministischen Organisationen schlossen sich zusammen und konnten die ärgsten Angriffe auf die Errungenschaften der Frauenbewegung in der spanischen Gesellschaft zurückschlagen, gerade was den Erhalt sozialer Einrichtungen und Rechtsansprüche anging. Die Positionen des Feminismus unterstützen oftmals die Anliegen der ArbeiterInnen der Sozialberufe – aufgrund ihrer Gender-Zusammensetzung als auch aufgrund des Charakters ihrer Arbeit, der sich gegen die gewaltförmigen Ausprägungen der patriarchalen Gesellschaft richtet. Ich finde, dass dies sowohl im Bereich der „cuidados" als auch im Bereich der Gewalt gegen Frauen besonders deutlich wird. Die Kämpfe im Bereich der Sozialen Arbeit sind somit auch die Kämpfe des Feminismus. Um schlussendlich auf die aktuelle Situation zu kommen: Am 20. Dezember 2013 hat die Regierung das reaktionärste Abtreibungsgesetz verabschiedet, das Spanien seit dem Ende der Diktatur je gesehen hat. Es sieht die Möglichkeit zu einem Schwangerschaftsabbruch in der Regel nur noch in extremen Fällen einer „Missbildung des Fötus" vor. Ausnahmen bei einer „psychisch extremen Belastung" müssen beantragt werden, was einen Behördenmarathon und mehrere Gutachten – politisch und nicht medizinisch bestimmter Stellen! – erfordert. Konkret bedeutet das: Frauen müssen „Pro-Vida"-AktivistInnen [spanischer Ableger von „Pro-Life", Anm. d. I.] von ihrem Anliegen einer Abtreibung überzeugen! Dass die Verabschiedung dieses Gesetzes trotz der starken Position des Feminismus überhaupt möglich war, zeigt wohl deutlich die angespannte gesellschaftliche Situation, in der wir uns befinden, und dass Dialog und Diskussion kaum mehr gewollt sind. Wir müssen zusammen gegen die machistische Reaktion, die mit der Krise einhergeht, angehen.



Liebe Berta, danke für dieses Interview!

Geführt von Marcus Munzlinger



Quelle: bit.ly/1g9jE3e

Feministische Demonstration 2013 in Bilbao

Ein Desaster für Lohnabhängige

Von der europäischen Finanz- und Bankenkrise zur Staatsschuldenkrise

Schlägt man dieser Tage die Zeitungen auf, sind fast täglich neue Horrormeldungen über die europäische Krise zu lesen. Europa ist heute zweigeteilt – einem (noch) stabilen, prosperierenden Norden steht der wirtschaftlich abgehängte Süden Europas gegenüber. Die Arbeitslosenquoten des Südens haben schwindelerregende Höhen erreicht, während sie im Norden, speziell im wirtschaftlichen Schwergewicht Deutschland, auf scheinbar niedrigem Niveau weiterhin sinken. Die Botschaft lautet: Dem Norden, vor allem Deutschland, geht es gut, der Süden muss an seiner Wettbewerbsfähigkeit arbeiten. Was ist geschehen?

Wir erinnern uns: 1992 wurde mit dem Vertrag vom Maastricht die Währungsunion besiegelt. Diese wurde bis 2011 (1999 Deutschland, Frankreich, Italien Belgien, Niederlande, Luxemburg, Österreich, Finnland, Spanien, Portugal, Irland; 2001 Griechenland; 2007 Slowenien, 2008 Zypern, Malta; 2011 Estland) schrittweise eingeführt. Die nationalen Zentralbanken gaben die Hoheit der Geldpolitik an die politisch unabhängige Europäische Zentralbank ab und man einigte sich auf ein europaweites Inflationsziel von knapp unter 2 Prozent. Die bis dato sehr unterschiedlichen Zinsen für Staatsanleihen konvergierten auch für die peripheren Länder Europas (trotz der „No-Bail Out"-Klausel[1]) binnen kurzer Zeit auf dem deutschen Niveau. Dies führte zu generell steigender Staatsverschuldung und trieb die Inflation im Süden Europas in neue Höhen. 2007 schwappte die US-amerikanische Immobilienkrise über den Atlantik und leitete die europäische Finanzkrise ein. Binnen kurzer Zeit mussten Banken in ganz Europa mit tausenden Milliarden Euro Steuergeldern rekapitalisiert werden, da ihre Abschreibungsverluste das komplette Finanzsystem zum Einsturz gebracht hätten. Die Folge war, dass die Zinsen auf Staatsanleihen sich wieder ausspreizten und neue Höhen erklommen.

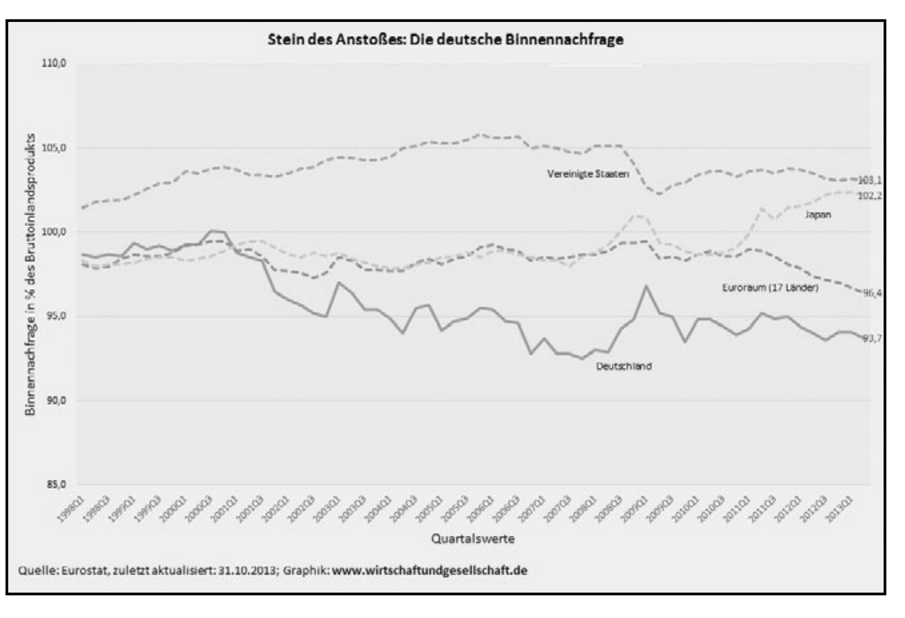
Die massive Rettungspolitik ließ die Staatsschulden ab 2008 sprunghaft ansteigen und plötzlich sprach niemand mehr von einer Finanz- und Bankenkrise, die europäische Staatsschuldenkrise war geboren. Einige Staaten, darunter Irland und Griechenland, standen auf Grund der massiven Rekapitalisierungsbedarfe ihres Bankensektors vor dem direkten Staatsbankrott und mussten mit Krediten ihrer europäischen Nachbarn „gerettet" werden. Seither wildert die so genannte Troika (Europäische Kommission, Internationaler Währungsfond, Europäische Zentralbank) in den betroffenen Staaten und überwacht die Umsetzung der im Zuge der Hilfszahlungen eingeforderten „Strukturreformen". Das Ziel: Über „Flexibilisierungen" und „Deregulierungen" vor allem der „Arbeitsmärkte" soll die verloren gegangene Wettbewerbsfähigkeit der peripheren Länder und damit der Zugang zum Kapitalmarkt wiederhergestellt werden. Das neu ausgemachte Problem ist also die fehlende Wettbewerbsfähigkeit der peripheren Euroländer mit den Kernländern Europas. Wie es zum so genannten „Verlust der Wettbewerbsfähigkeit" jener Länder kam und was die Ziele und Folgen der geforderten Flexibilisierungen sind, soll Thema dieses Textes sein.

„Beggar thy neighbour"-Politik[2] aus Deutschland – Die monetaristische Wende

Um die Problematik der europäischen Krise in Bezug auf die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Staaten besser zu verstehen, lohnt ein Blick in die Vergangenheit. Vor ziemlich genau 15 Jahren bildete sich in Deutschland mit der Koalition von SPD und Bündnis 90/Die Grünen eine „sozialdemokratische" Regierung unter der Kanzlerschaft Gerhard Schröders. Mit diesem Regierungswechsel vollzog sich wirtschaftspolitisch in der BRD eine Wende: weg von der nachfrageorientierten (keynesianistischen) hin zur angebotsorientierten (monetaristischen) Wirtschaftspolitik. Die Umorientierung der Wirtschaftspolitik hatte ein Ziel: In der historisch einmaligen Situation einer sich bildenden Währungsunion suchte die deutsche Politik einen Weg, die Wettbewerbsfähigkeit seiner Wirtschaft massiv zu erhöhen und damit einhergehend Marktanteile vor allem auf Kosten seiner europäischen Nachbarn zu gewinnen. Ab 1998 versündigten die DGB-Gewerkschaften zunächst an deutschen und in Folge auch an europäischen LohnarbeiterInnen, indem sie mit dem „Bündnis für Arbeit" in eine noch stärker korporatistisch geprägte Politik mit Arbeitgeberverbänden eintraten. Das Bündnis hielt bis 2003 und beinhaltete massive Flexibilisierungen des Arbeitsmarktes, die über eine Senkung der Lohnnebenkosten und Aufweichung von ArbeitnehmerInnenrechten die Kosten des Faktors Arbeit für Unternehmen senken und somit die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen sollten. Außerdem stimmten die Gewerkschaften weitreichenden Öffnungsklauseln für Flächentarifverträge zu, welche den Druck auf die Löhne noch erhöhten und somit einen generellen Rückgang des Lohnniveaus einleiteten.

Ab 2003 wurde mit der Agenda 2010 und den „Hartz-Gesetzen" diese Entwicklung konsequent verschärft weitergeführt. Diese Politik führte zu einer folgenschweren Umwälzung des deutschen Arbeitsmarktes. Der Niedriglohnsektor explodierte geradezu und Formen prekärer Arbeit wie Leih- oder Zeitarbeit nahmen, bei fallendem Reallohnniveau,[3] einen immer größeren Stellenwert ein. Diese Entwicklung, in der BRD gerne als „Jobwunder" betitelt, koppelte einen immer größeren Teil der lohnabhängig Beschäftigten vom Produktivitätszuwachs ab und bildete die Basis des größten Teils des deutschen Wachstums der letzten zehn Jahre. Durch die flächendeckende Lohnsenkung sanken die Preise deutscher Produkte im europäischen Vergleich erheblich, was den Exportboom der letzten Jahre fast gänzlich erklärt. Gleichzeitig nahm die Kaufkraft in diesem Zeitraum nicht mehr zu. Getrieben durch den Export billiger Waren, vor allem nach Europa, wuchs die deutsche Wirtschaft über dem europäischen Durchschnitt und sicherte sich immer größere Marktanteile. Die Stagnation der Binnennachfrage ist seitdem ungebrochen. Die neuesten Zahlen des statistischen Bundesamtes veranschaulichen in diesem Zusammenhang die Absurdität der Vorgänge: Im ersten Quartal 2013 sanken die deutschen Reallöhne um 0,1%, das zweite Quartal erreichte lediglich eine Stagnation bei 0%, während die Reallöhne im dritten Quartal erneut 0,3% unter dem Niveau des Vorjahres lagen. Wenn man die einhellige Meinung in Europa bedenkt, dass die „peripheren" Länder ein preislich begründetes Wettbewerbsproblem vor allem gegenüber der BRD haben, ist diese Lohnentwicklung ein völliges Desaster. Es ist ein Desaster für sämtliche Lohnabhängigen in Europa, da die noch immer sinkenden deutschen Reallöhne erheblichen Druck auf alle umliegenden Länder und deren Lohnpolitik ausüben.

Fassen wir also kurz zusammen: Während die südeuropäischen Staaten im Vergleich zu Deutschland wesentlich höhere Lohnabschlüsse zu verzeichnen hatten, übten sich ArbeitnehmerInnen in der BRD in erzwungener Lohnzurückhaltung. Dies führte zu massiven Konkurrenzvorteilen der deutschen Wirtschaft und vergrößerte ihre Marktanteile. Statistisch schlägt sich dieser Vorgang in erheblichen Leistungsbilanzüberschüssen[4] Deutschlands und starken Leistungsbilanzdefiziten der peripheren Länder nieder. Der Mythos von einer besonderen „deutschen Produktivität" und hoch technisierten Wirtschaft ist statistisch im Übrigen nicht belegbar. Beispielsweise verglichen mit der französischen Volkswirtschaft sind weder ein höheres absolutes Produktivitätsniveau, noch eine stärkere Produktivitätssteigerung messbar. Als Erklärung für den Gewinn von Marktanteilen gegenüber Frankreich finden sich alleine die Lohnzurückhaltung und die daraus resultierenden relativ niedrigeren Preise des deutschen Wirtschaftsraumes.



Das „deutsche Modell" wird exportiert

Da es unter den europäischen Staaten also eine völlig ungleich verteilte Wettbewerbsfähigkeit vor allem zur BRD gibt, existieren nun im Grunde aus systemstabilisierender Perspektive zwei Wege, dieses Problem zu lösen. Entweder die BRD senkt ihre Wettbewerbsfähigkeit, indem es die Löhne und damit die Preise ihrer Produkte erhöht. Dies würde automatisch zu steigender Wettbewerbsfähigkeit der Nachbarstaaten führen. Oder die jetzigen Krisenstaaten gehen denselben Weg wie in der BRD und erhöhen ihre Wettbewerbsfähigkeit, indem sie ihre Löhne und damit ihre Preise senken. In Europa wird zurzeit konsequent der zweite Weg gewählt. Das „deutsche Modell" zum Vorbild nehmend, diktiert die Troika den südlichen Staaten Europas drakonische Umbaumaßnahmen der lokalen Arbeitsmärkte und sozialen Sicherungssysteme. Griechenland befindet sich seit Beginn seiner „Rettung" in einer permanenten Depression: seit 2008 schrumpfte die griechische Wirtschaft jährlich um 4-8%. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 27%, die Jugendarbeitslosigkeit bei 55%. Und trotz (in Rekordzeit) fallender Löhne ist die griechische Wirtschaft dennoch weit davon entfernt, auch nur ein Promille Konkurrenzvorteil zu gewinnen. Dabei hat das vergleichsweise kleine Griechenland prinzipiell dieselben Wettbewerbsprobleme gegenüber der BRD wie die wirtschaftlichen Schwergewichte Spanien, Italien und Frankreich. Und natürlich haben die Flexibilisierungen und Deregulierungen dort sehr ähnliche Auswirkungen wie in Griechenland: Die Rechte der lohnabhängig Beschäftigten werden massiv beschnitten, das allgemeine Lohnniveau ist rückläufig und die Arbeitslosenzahlen eilen von Rekordhoch zu Rekordhoch (Spanien 26,7%; Italien 12,5; Frankreich 11,0%).

Zum einen ignoriert diese Politik die sozialen Folgen, welche die so genannten Reformen mit sich bringen. Zum anderen lassen sich die Mechanismen der BRD mit ihrem exportgetriebenen Wachstum nicht einfach auf Wirtschaftsräume übertragen, deren Wachstum deutlich stärker von der Binnennachfrage abhängt. Lohndumping zerstört dabei die Lebensgrundlage lohnabhängiger Menschen, was wiederum den Binnenmarkt negativ beeinflusst, von dem gerade diese Wirtschaftsräume in erheblichem Maße abhängig sind. Diese Politik bewirkt also nicht nur nicht was sie bewirken soll, sie stellt auch das „deutsche Modell" des permanenten Exportüberschusses in Frage: Wenn ein Land in einer Währungsunion ständig Wettbewerbsvorteile akkumuliert und dauerhafte Leistungsbilanzüberschüsse produziert, müssen zwingend die umliegenden Länder, die darüber hinaus die wichtigsten Handelspartner darstellen, permanente Leistungsbilanzdefizite verbuchen. Das erklärte Ziel über Reformmaßnahmen, die Wettbewerbsfähigkeit der südeuropäischen Länder zu stärken, um die Leistungsbilanzsalden wieder ausgeglichener zu gestalten, kann also nur in einer artbildenden Abwärtsspirale münden. D.h. der Druck in Land A auf die Löhne nimmt zu, um über sinkende Preise Wettbewerbsvorteile gegenüber Land B zu generieren. Der Prozess steigender Wettbewerbsvorteile in Land A übt nun wiederum Druck auf Land B aus, welches den Verlust der Wettbewerbsvorteile mit erhöhtem Druck auf die Löhne und damit Preise zu kompensieren versucht.

Genau diese Abwärtsspirale ist zurzeit in Europa zu beobachten. Die südeuropäischen Staaten und Irland nutzen die komplette Palette der politischen Mittel, um zum einen die Staatsverschuldung zu verringern und zum anderen ihre Wettbewerbsfähigkeit angebotsseitig zu steigern. Weitreichende Flexibilisierungen der Arbeitsmärkte, Ausweitung der Niedriglohnsektoren, Lohnkürzungen sowie Erhöhung des Renteneintrittsalters und tiefe Einschnitte in die sozialen Sicherungssysteme sind Maßnahmen, die der Internationale Währungsfonds von sämtlichen betroffenen Staaten fordert. Diese werden unter dem Druck von Troika und steigender Zinsen auf Staatspapiere zu Lasten der Lohnabhängigen auch nach und nach umgesetzt. Und zur selben Zeit sind die Zuwächse des Nominallohns im wirtschaftlich konkurrenzfähigsten Land der Europäischen Union – der BRD – so minimal, dass nach Abzug der Inflation ein Reallohnverlust zu Buche steht. An dem erwartbaren Höhepunkt der deutschen Lohnentwicklung, nämlich an dem Punkt, an dem über jahrelanges Lohndumping auf dem Rücken der lohnabhängig beschäftigten Menschen die umliegenden Volkswirtschaften systematisch in die Pleite konkurriert wurden, sind die Reallöhne also rückläufig. Die Lächerlichkeit dieses Umstands ist kaum zu überbieten.

Geldpolitisch bewegt sich Europa gerade hart am Rande zur Deflation. Das sinkende Lohnniveau hat den Druck auf die Preise erhöht, diese sind im Fallen begriffen. Da Deflation wirtschaftspolitisch verheerende Auswirkungen u. a. auf die Investitionstätigkeit hat, versucht die EZB mit der lockersten Geldpolitik seit ihrem Bestehen gegenzusteuern. Trotz extrem niedriger Zentralbankzinsen und einer Vollzuteilungspolitik von Krediten nimmt die Investitionstätigkeit allerdings keineswegs zu. Die Idee, einen negativen Zinssatz der so genannten Einlagefazilität[5] festzulegen, um die Banken so dazu zu bewegen, mehr Kredite zu vergeben und damit Investitionen anzuregen, hat den Beigeschmack von aufkommender Angst und Ratlosigkeit.

An dieser Stelle ist zu beobachten wohin, der Export jenes angebotsorientierten Dogmas führt. Die weitreichenden Flexibilisierungen, die Lohn- und damit Preissenkungen in großem Umfange führen geradewegs in die Deflation – ein Paradebeispiel für den Irrationalismus der herrschenden wirtschaftspolitischen Ideologie.

Die Währungsunion und ihr zentrales Thema: Die Inflation

Wenn man über die Idee einer Währungsunion nachdenkt, kommt man um das Thema der Inflation nicht umhin. Inflationsraten berechnen sich über den sich jährlich verändernden Wert eines Warenkorbes. Dessen Einzelposten sollen die durchschnittlichen Ausgaben eines durchschnittlichen Haushaltes widerspiegeln. Die wichtigste Größe zur Bestimmung der Inflation sind also die Preise

[1] Die „No-Bail Out"-Klausel wurde in Art. 125 des Vertrags über die Arbeitsweise der europäischen Union eingefügt. Sie besagt, dass ein Euro-Teilnehmerland nicht für die Verbindlichkeiten eines anderen Landes aufkommen darf. Diese Klausel wurde von Anfang an nicht ernst genommen. Potentielle „InvestorInnen" spekulierten von Beginn an darauf, dass diese Vertragsklausel nicht eingehalten und Verluste sozialisiert werden würden. Dadurch kam es dazu, dass die Zinsen für Staatspapiere sämtlicher Euroländer, trotz unterschiedlichster Rahmenbedingungen, auf dasselbe niedrige Niveau fielen.

[2] Etwa: Eine Politik die zum Ziel hat, „seine Nachbarn auszuplündern". Darunter versteht man den Versuch eines Landes, möglichst große Exportüberschüsse zu generieren. Dies geht zu Lasten der Handelspartner, da diese nun einen Importüberhang aufweisen. Diese Politik kann verheerende Folgen für die lokalen Arbeitsmärkte und die Verschuldungsquote von Staaten haben.

[3] Reallohn: Misst die Kaufkraft des Lohnes. Er berechnet sich über den Nominallohn abzüglich der Inflation. Nominallohn: Der tatsächlich ausbezahlte Lohn.

[4] Mit der Leistungsbilanz werden alle Bewegungen von Waren und Dienstleistungen zwischen Ländern gemessen. Sie stellt also dar, wie viel von einem Wirtschaftsraum importiert bzw. exportiert wurde.

[5] Ein Zins, den Banken von der EZB bekommen, wenn sie überschüssige Liquidität dort parken (zurzeit 0%)

[6] Die hier gewählte Darstellung bezieht sich lediglich auf ordoliberale Wirtschaftsvorstellungen, gibt daher in keinem Fall das angestrebte „Ideal" wider.

[7] „Vernünftig" ist hier nicht aus sozialrevolutionärer Perspektive zu verstehen, sondern spiegelt lediglich die scheinbare Logik, von ordoliberalen Wirtschaftsvorstellungen ausgehend, wieder.

[8] Unter Neoklassik versteht man verschiedene wirtschaftswissenschaftliche Ansätze ab der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts. Neoklassische Modelle unterstellen in aller Regel „vollkommene Märkte" und das Dogma des „homo oeconomicus".

[9] Gerade die CDU/CSU tut sich im Rahmen der bevorstehenden erweiterten Freizügigkeit der EU mit besonderer Hetze gegen MigrantInnen aus Rumänien und Bulgarien hervor. Sprachlich werden hier antiziganistische Vorurteile mit der „Unfinanzierbarkeit von Einwanderung in das deutsche Sozialsystem" verkleidet.

für Produkte und Dienstleistungen. Der zentralste Bezugspunkt der Preise für Produkte und Dienstleistungen sind wiederum die Löhne, die zur Herstellung der Güter gezahlt werden, da die Veränderung von Lohnkosten die Veränderung der Preise am schnellsten und nachhaltigsten beeinflusst. Daraus folgt, dass die Inflationsrate über die Preise für Produkte vor allem von der Lohnentwicklung abhängen sollte.[6] Sind die Steigerungen des Nominallohns so gering, dass nach Abzug der Inflation ein Reallohnverlust zu Buche steht, sinkt das Einkommen. ArbeitnehmerInnen können auf sinkende Einkommen nur reagieren indem sie ihre Ausgaben senken – die gesamtwirtschaftliche Nachfrage schrumpft.

Die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft eines Landes bemisst sich vor allem am Preis der angebotenen Güter und Dienstleistungen auf dem Weltmarkt. Sind also die Preise für Güter und Dienstleistungen in Land A höher als in Land B, so hat Land A beim Verkauf vergleichbarer Güter das Nachsehen. Die Wettbewerbsfähigkeit von Land A ist niedriger als die von Land B. Daraus folgt, dass die Wettbewerbsfähigkeit von Wirtschaftsräumen über die Lohnpolitik stark beeinflusst werden kann. Die Unterschiede des Lohnniveaus und damit der Wettbewerbsfähigkeit können zwischen Wirtschaftsräumen unterschiedlicher Währungen mit Hilfe des Wechselkurses abgefedert und gesteuert werden. Sind die Preise eines Landes so stark gestiegen, dass die Wettbewerbsfähigkeit leidet, hat es die Möglichkeit, den Wert der eigenen Währung abzuwerten, um so Wettbewerbsfähigkeit zurückzugewinnen. Diese Option haben Länder einer Währungsunion allerdings nicht mehr.

Hätten die „Väter“ (und wenigen Mütter) der Währungsunion die Idee einer gemeinsamen Währung zu Ende gedacht, wäre augenfällig geworden, dass eine gemeinsame Inflation von ca. 2% ohne massiven Verlust von Wettbewerbsfähigkeit untereinander nur erreicht worden wäre, wenn jedes Land seine Lohnentwicklung an diesem 2%-Inflationsziel (und zwar oberhalb der eigenen Produktivitätsrate) ausgerichtet hätte. Das Problem des europäischen Inflationsziels liegt in seiner Berechnung: Zwar wies die EZB in der Zeit der Währungsunion zumeist passgenaue Inflationsraten von ca. 2% für ganz Europa aus, jedoch bemisst sich diese Zahl am *Durchschnitt* aller Länder. Über die Inflation des einzelnen Landes sagt diese Zahl nichts aus. Im Zuge der Währungsunion kam es dadurch zwar zu einer etwa zweiprozentigen Inflationsrate im europäischen Durchschnitt, die Lohnentwicklungen und damit die Preisentwicklungen einzelner Länder wichen aber stark von diesem Ziel ab. In südeuropäischen Staaten, vor allem in Griechenland, wurden die Löhne zwar tendenziell (vor allem im Staatsektor) recht schnell erhöht. Dies stellte so lange kein Problem dar, wie sich der griechische Staat wegen der stark gesunkenen Zinsen für Staatsanleihen sehr billig verschulden konnte. Als im Zuge der Finanzkrise die Zinsaufschläge auf Staatsanleihen Höhen um 15-40% erreichten, war eine staatliche Refinanzierung über Staatsanleihen nicht mehr möglich. Bis zu diesem Zeitpunkt war die allgemeine Lohnquote im wirtschaftlich stärksten Land der Union, der BRD, allerdings bereits enorm gefallen, was die erwähnten Wettbewerbsvorteile maßgeblich beeinflusste. Das Problem, die fehlende Wettbewerbsfähigkeit von Staaten heute allein auf falsche Lohnpolitik in den peripheren Staaten zurückzuführen, ist daher einseitig und verkürzt.

Interessanterweise führt die Überlegung über Inflation und Lohnpolitik in einer Währungsunion dazu, dass ein zentraler Baustein des neoliberalen Dogmas, nämlich die gegenseitige Konkurrenz, ad absurdum geführt wird. Da der Auf- und Abwertungsmechanismus innerhalb einer Währungsunion nicht mehr existent ist, verbietet sich der gegenseitige Konkurrenzkampf über Lohnpolitik bereits durch logische Erwägungen. Die einzige Konkurrenz, die noch bestehen dürfte, ist die um Produktivität. Diese könnte jeder Wirtschaftsraum auf individuelle Weise nutzen, denkbar sind Lohnerhöhungen oder Arbeitszeitverkürzungen. Jeder andere Konkurrenzkampf erzeugt unweigerlich eben jene ungleich verteilten Leistungsbilanzsalden, die als zentrales Problem der Wettbewerbsfähigkeit heute so aktuell sind.

Aus der wirtschaftskooperativen Perspektive der „sozialen“ Marktwirtschaft wäre es daher „vernünftig“[7] gewesen, wenn jedes Land zur Erreichung von knapp unter 2% Inflation der Währungsunion, seine Löhne um eben jene ca. 2% (über der Produktivitätssteigerung) erhöht hätte. So hätten weder übertrieben inflationäre Tendenzen auftreten, noch deflationäre Tendenzen über schwindende Kaufkraft den jeweiligen Binnenmarkt zerstören können. Als einziges Land der Währungsunion hat Frankreich diese Logik erkannt und fast auf den Prozentpunkt genau umgesetzt. Wegen des Lohndumpings des deutschen Nachbarstaates steht heute dennoch ein massiver Verlust an Wettbewerbsfähigkeit zu Buche.

Der Arbeitsmarkt – Die Bankrotterklärung der Neoklassik[8]

Die Grundannahme, die den so genannten Reformen auf dem Arbeitsmarkt zu Grunde liegt, ist, dass sich Arbeitsmärkte modellhaft genau so verhalten wie Gütermärkte. Das bedeutet, dass sich Angebot und Nachfrage am Markt treffen und sich ein optimales Gleichgewicht herausbilden sollen. Die den Flexibilisierungen zu Grunde liegende These ist, dass Unternehmen bei einer Absenkung des Preises für Arbeit zunächst beginnen, arbeitsintensiver zu produzieren, was die Beschäftigung erhöht. Weiter lehrt dieses Dogma, dass die Produktion ausgeweitet würde, was sich angeblich ebenfalls positiv auf die Arbeitsmärkte wirken soll. Auf Gütermärkten mag die Idee, dass ein sinkender Preis zu erhöhter Nachfrage führt, noch einleuchtend sein. Wie sich allerdings ein sinkender Preis für Arbeit (also sinkende Löhne) positiv auf die Nachfrage nach produzierten Gütern auswirken soll, sodass Unternehmen auf Grund der Erwartung eines höheren Absatzvolumens ihre Produktion ausweiten und Beschäftigung schaffen, ist der Mythos der Neoklassik. Angebot und Nachfrage scheinen auf dem Arbeitsmarkt also in umgekehrter Reihenfolge voneinander abzuhängen. Nur wenn der Preis für Arbeit prinzipiell im Steigen begriffen ist, ist überhaupt erwartbar, dass der private Konsum steigen und somit Impulse zur Ausweitung von Produktion und Beschäftigung geben kann.

Die ständig geforderten Flexibilisierungen führen im besten Fall dazu, dass die vorhandene Arbeit anders verteilt wird. Dies geht mit dem Abbau von Vollzeitstellen und der massiven Ausweitung prekärer Formen von Arbeit einher. Dass nach diesem postfordistischen Transformationsprozess angeblich formal statistisch mehr Menschen eine Arbeitsstelle haben, sagt weder etwas über die Qualität der Beschäftigung aus, noch darüber, ob sich das Arbeitsvolumen generell erhöht hat. So hat sich bei der Teilung einer Vollzeitarbeitsstelle in zwei Teilzeitstellen die Menge an Arbeitsstellen zwar formal verdoppelt – das Arbeitsvolumen ist allerdings völlig gleich geblieben. Gleichzeitig wurden der Marktdruck allerdings an die Beschäftigten weitergegeben (schlechterer Kündigungsschutz etc.) und die Kosten der Arbeit (also die Löhne) generell gesenkt. Dies führt folgerichtig zu einem erneuten Rückgang der Nachfrage, was wiederum den Ruf nach erneuten Flexibilisierungen laut werden lässt.

Es gibt zahlreiche Statistiken über die insgesamt in einem Wirtschaftsraum geleisteten Arbeitsstunden. Wenn die Theorie, dass ein niedrigerer Preis für Arbeit und besondere Flexibilität zu einer generellen Steigerung des Arbeitsvolumens führt, richtig wäre, müsste sich die Arbeitsstundenzahl zumindest tendenziell erhöhen. Dennoch ist das Arbeitsvolumen selbst in Zeiten des „deutschen Jobwunders“ ständig rückläufig. Und da die jährlichen Produktivitätssteigerungen (ca. 1,5%), in der Vergangenheit fast nie zur Arbeitszeitverkürzung genutzt wurden, können sie diese Beobachtung nur ansatzweise erklären. An der stagnierenden Binnennachfrage ist dieselbe Tendenz ablesbar. Seit der Flexibilisierungsoffensive ab 1998 ist die Binnennachfrage in der BRD nicht mehr gestiegen. Dies ist ein eindeutiges Indiz dafür, dass sich die Senkung des Preises für Arbeit (der Löhne) massiv auf die Güternachfrage ausgewirkt hat. Man kann sagen, dass deutsche ArbeiterInnen in Zeiten des „Jobwunders“ lohntechnisch weit unter ihren Verhältnissen gelebt haben. Der Mythos, dass sich ein Rückgang des Lohnes nicht auf die Binnennachfrage auswirkt, kann nur dann aufgehen, wenn der Lohnausfall auf andere Weise kompensiert wird. Diese Kompensation könnte nur über massenweise Ausweitung von Kredit, also privater Verschuldung, erfolgen. Bedenkt man, dass die US-amerikanische Immobilienkrise sowie die Verschuldungsprobleme in Irland und Spanien vor allem die private Verschuldung zur Ursache hatten, so gewinnt man einen Eindruck davon, wie pathologisch der Glaube an die Neoklassik ist.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die neoklassische Theorie bezogen auf Arbeitsmärkte völlig versagt. Die Senkung von Löhnen und Gehältern und die Flexibilisierungen führen nicht wie gewünscht zu einer Ausweitung des Angebots von Arbeit, da die Senkung des Lohns einen generellen Nachfragerückgang bedingt und sich damit keine Impulse zur Produktionssteigerung ergeben. Einzig die Exporte können in dieser Wirkungskette profitieren, da sich die preisliche Konkurrenzfähigkeit der produzierten Waren erhöht. Dass allerdings die starre Fokussierung von Volkswirtschaften auf den Warenexport in einer Währungsunion aber auch im Weltmaßstab kein Konzept sein kann, ist einleuchtend. Es ist schlicht unmöglich, dass sämtliche Wirtschaftsräume einen positiven Außenhandelsbeitrag zum Bruttosozialprodukt aufweisen, da jedem Güterverkäufer (welcher den Verkauf positiv in seiner Leistungsbilanz verbucht) auch immer ein Käufer gegenüberstehen muss (dessen Leistungsbilanz und haargenau denselben Betrag negativ ist).

Politische Folgen in Europa – Der Rechtsruck

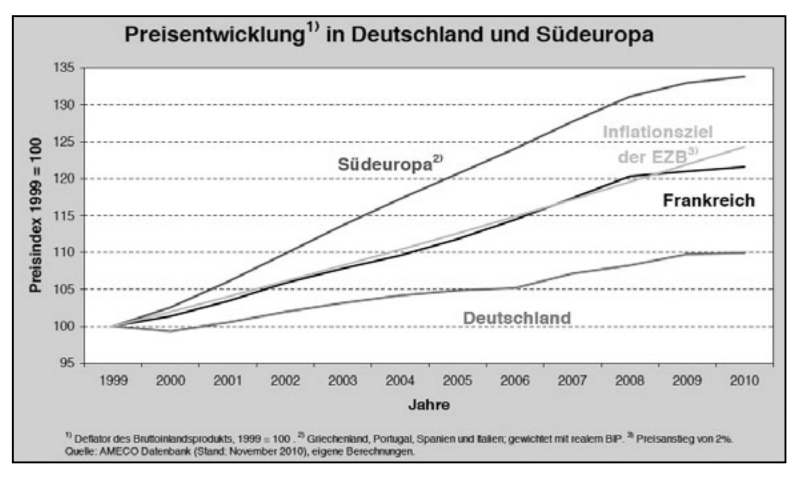
Kleinbürgertum und Bourgeoisie, ständig um den Erhalt ihrer Privilegien bedacht, vollziehen die rechte Wende. So kann es, den gegenwärtigen Entwicklungen nach zu urteilen, keinen Zweifel geben, dass die politischen Gewinner der skizzierten Tendenzen im rechten Parteienspektrum zu suchen sein werden. Diese Tendenz ist schon heute klar erkennbar: Die goldene Morgenröte in Griechenland ist mit knapp 8% im Parlament vertreten. In Österreich stellen rechte Parteien um die FPÖ 30% der Stimmen und Geert Wilders Rechtsaußenpartei ist mit 10% eine weiterhin relevante Kraft. Ganz ähnliche Tendenzen sind in Norwegen (FrP 16,3%)*, Schweden (SD 5,7%)*, Finnland (PERUS 19,1%), Dänemark (DF 12,3%) und Belgien (Vlaams Belang 7,7%) auszumachen. In Frankreich erfreut sich der Front National (bei Präsidentschaftswahlen 17,9%) unter Marine Le Pen wachsender Unterstützung – zuletzt wurden Wahlen in Südfrankreich und einem Pariser Arrondissement gewonnen. Und in Deutschland errang die CSU in Bayern bei der diesjährigen Landtagswahl mit 47,7% die absolute Mehrheit, welche die CDU/CSU-Fraktion[9] auf Bundesebene mit 41,5% nur knapp verfehlte. Der Einzug der neu gegründeten marktradikal-sozialchauvinistischen AfD ist mit 4,7% gerade noch gescheitert. Auch auf europäischer Ebene ist der Rechtsruck nicht zu übersehen: Ein Zusammenschluss rechter Parteien auf europäischer Ebene mit der Gründung einer Rechtsaußenfraktion im europäischen Parlament wird zurzeit in Angriff genommen. Die Bildung dieser antisemitischen, antiziganistischen und generell fremdenfeindlichen Koalition im europäischen Parlament gilt als wahrscheinlich, ein allgemeines Erstarken nationalistischer Tendenzen ist jedenfalls ohne Zweifel auszumachen.

Da der Export des deutschen Dumpinglohnmodells (mit all seinen Auswirkungen auf lokale Arbeitsmärkte) auf ganz Europa in vollem Gange ist, besteht leider Grund zur Annahme, dass die Bauernfänger des rechten Parteienspektrums mit ihren grundlegend falschen und verkürzten Schuldzuweisungen (vor allem in Richtung von marginalisierten Bevölkerungsgruppen) auch weiterhin profitieren werden. Es ist sicher nicht vollständig von der Hand zu weisen, dass die deutsche Politik diese Entwicklungen mit ihrer vehementen Forderung nach Deregulierung und so genannter Flexibilisierung in besonderer Weise befeuert.

Entwicklung der Reallöhne von 2000 bis 2008 in Prozent*

Rumänien	331,7
Lettland	188,5
Estland	132,5
Litauen	104,4
Ungarn	66,7
Bulgarien	51,9
Tschechien	49,1
Slowakei	48,1
Slowenien	40,3
Griechenland	39,6
Irland	30,3
Großbritannien	26,1
Dänemark	19,0
Polen	19,0
Finnland	18,9
Schweden	17,9
Zypern	12,8
Niederlande	12,4
Frankreich	9,6
Luxemburg	8,1
Malta	7,9
Italien	7,5
Belgien	7,2
Spanien	4,6
Portugal	3,3
Österreich	2,9
Deutschland	-0,8

* Realeinkommen pro Kopf aus unselbstständiger Arbeit einschließlich Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung; Werte für 2008 aus der Frühjahrsprognose der EU-Kommission
Quelle: Europäische Kommission, WSI



Kapitalistische Kontinuität: die bürgerliche Klasse revolutioniert die Produktionsbedingungen

Die europäische Krise begann als eine Krise des Finanzsystems. Die konsequente Vergemeinschaftung der aufgelaufenen Schuldtitel hat letztlich auch Staaten an den Rand des Bankrotts getrieben. Auf diese Weise traten die vor allem durch das deutsche Lohndumping verursachten immensen Wettbewerbsunterschiede zu Tage. Wird das Dumpinglohnmodell in Zukunft auf die europäischen Nachbarstaaten übertragen, droht die Finanzkrise zu einer europaweiten Krise der lohnabhängigen Bevölkerung zu werden. Wir erleben zurzeit eine fortwährende Revolution der Produktionsbedingungen. Getrieben durch das Bedürfnis, die eigenen Privilegien zu sichern und zu vergrößern, ist es erneut die bürgerlich-reaktionäre Klasse, die die Veränderungen der Produktionsbedingungen diktiert und vorantreibt. Die Klasse der Lohnabhängigen trägt in diesem Prozess sämtliche Lasten, ihr Einfluss ist geringer denn je.

Um wenigstens den schlimmsten Folgen dieser Transformation zu entgehen, ist eine Kehrtwende nötig. Die bedeutet aus dem Blickwinkel des Ordoliberalismus, dass es, zur Ausgleichung der Wettbewerbsunterschiede, massive Lohnerhöhungen der ArbeiterInnen in der BRD[10] geben muss. Gleichzeitig müssen Verbesserungen der Lebensstandards der übrigen Länder angegangen werden. Der Weg, das skizzierte Dumpinglohnmodell zu europäisieren, führt zu sozialer Not und Elend – Umverteilungen von oben nach unten sind zwingend geboten. Dass diese Forderungen weit entfernt davon sind, echte Systemkritik zu üben und die Produktionsbedingungen grundlegend zu ändern, sondern lediglich Symptome lindern können, ist leider richtig und benennt die Schwäche dieses Textes. Dennoch muss klar sein, dass eine „Reform der Reformen“, unmöglich ist – der Ordoliberalismus kann nie die Lösung sein. Dieses bürgerlich links-liberale Mantra muss überwunden werden. Das kapitalistische System ist mitnichten nur krisenanfällig, es ist die Krise selbst. Dabei zeigt sich der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit am Beispiel der Eurokrise mal wieder mustergültig. Alleine der sozialrevolutionäre Zusammenschluss der Arbeiterklasse kann es leisten die unvernünftige und konkurrenzgetriebene kapitalistische Produktionsweise zu beenden und die Klassengegensätze aufzuheben.

Sergej Keck

[10] Der beschlossene Mindestlohn in Deutschland ist in diesem Zusammenhang nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Der einzige Hoffnungsschimmer ist, dass er zum Vorbild dienen und generell höhere Lohnabschlüsse einleiten könnte. Diese Hoffnung erscheint angesichts der herrschenden Machtverteilung leider verschwindend gering.

Robert Brack leistet Detektivarbeit zur Identifizierung eines Rebellen

KP fragt Robert Brack

Mit seinen Romanen bezieht Robert Brack eindeutig Stellung aus einem libertär geprägten Blickwinkel. Sei es mit *Blutsonntag*, in dem die Geschehnisse des Altonaer Blutsonntages thematisiert werden oder mit seinem zuletzt veröffentlichten Roman *Unter dem Schatten des Todes* über den holländischen Rätekommunisten Marinus van der Lubbe. Der habe mit seinem Brandanschlag auf den Reichstag „ein Fanal setzen wollen, um die Arbeiter aufzuwecken, endlich gegen die Nazis loszuschlagen“, sagt Robert Brack. Doch geht es ihm nicht um die Glorifizierung van der Lubbes. „Man muss ehrlich sein und sagen, dass die Aktion eindeutig schief gelaufen ist.“

Die Geschichte von van der Lubbe habe ihn besonders interessiert, da sie bis heute „immer noch die einer Verleumdung eines Individuums bzw. eines Kämpfers ist, der ja nun wirklich auf der Seite der Arbeiter oder der revolutionären Bewegung stand“. Dieser sei zuerst sowohl von der stalinistischen KPD als auch von den Nazis missbraucht worden, und später dann von einer breiten, eher linken und sozialdemokratisch orientierten Historikerschicht. Aber warum? „Dass die Kommunisten das gemacht haben, war klar. Das war deren Linie und deren Propaganda. Dass die Nazis ihn benutzt haben, das war auch klar. Aber warum haben eine ganze Reihe von Historikern, die keiner Ideologie verpflichtet und die auch keinem vordergründigen Machtinteresse dienen sollten, ihn so verleumdet? Die Behauptung, er sei Strohmann der Nazis gewesen, ist ja völlig aus der Luft gegriffen. Wie kann so etwas sein, dass Historiker so verbohrt sind in eine Idee, dass sie die ganze Zeit immer wieder ganz offensichtliche Unwahrheiten wiederkäuen und darüber auch große Schlachten führen und nur zur Verschleierung beitragen?“ Dann habe es noch die eher konservativen Historiker gegeben, die ihn als Einzeltäter verteidigt hätten. „Das war so aber auch nicht in Ordnung. Das war ein bestimmtes Kampfmittel zu einer bestimmten Zeit in der Historikerzunft, ein bestimmtes Thema zu besetzen“, resümiert Robert Brack. „Insgesamt ging es den Historikern ohnehin vor allem darum, die Deutungshoheit über ein Ereignis zu gewinnen, und nicht um die Wahrheit oder gar darum, einem Rebellen gerecht zu werden.“ Diese ganze Widersprüchlichkeit habe ihn dazu inspiriert, sich mit der Thematik des Reichstagsbrandes und der Person van der Lubbe auseinanderzusetzen.

„Wie van der Lubbe, der ja eine hochmoralische Tat – wenn auch ungeschickt – in die Wege geleitet hat, in das Räderwerk von Ideologen und Interpretationskämpfern gerät und dadurch vollkommen zerschlissen wird, so dass man am Schluss die Person gar nicht mehr sehen kann, ist natürlich eine Ungerechtigkeit. Das habe ich versucht, mit dem Buch wieder gerade zu rücken.“ Natürlich habe es einige wenige Bücher gegeben, die van der Lubbe gerecht wurden, aber die hat kaum jemand gelesen. „Das Gute an einem Kriminalroman ist ja, dass man eine Geschichte aufarbeiten kann, die jeder verstehen kann, weil sie einfach erzählt wird. Meine Intention war, ihn und die Geschichte verstehen zu wollen, mich zu fragen, was zum Teufel hat ihn dazu getrieben, das zu machen, was er gemacht hat. Wer war er? Wo kam er her? Ich wollte ihn kennen lernen. Ich wollte es endlich ganz genau wissen.“



Alles, was van der Lubbe in seinen Tagebüchern oder Briefen selbst über sich geschrieben habe, sei auch in den Roman eingearbeitet worden, so dass „nicht nur möglichst authentisch, sondern auch wahrhaftig geschildert wird. Auch das, was zweifelhaft ist an ihm. Ein Heißsporn war er auf jeden Fall, und sein großes Fanal hatte genau den gegenteiligen Effekt. Das ändert jedoch nichts daran, dass er jemand war, den man ernst nehmen muss.“

Wenn man sich mit dem Anarchismus oder der anarchistischen Bewegung befasse, sagt Robert Brack, komme man irgendwann auf van der Lubbe. „Da fragt man sich, wer war denn das jetzt? Wieso wird so viel über ihn behauptet, und wieso weiß eigentlich keiner was Richtiges über ihn? Das war für mich der Antrieb. Das hatte mich Jahrzehnte beschäftigt. Aber ich hatte nie die Gelegenheit, mal richtig nachzuforschen. In dem Moment, als ich die Idee für das Buch hatte, habe ich natürlich die gesamte Literatur zusammen gesucht, die ich finden konnte. Darin sind sehr viele O-Töne aus Polizeiakten und Befragungen abgedruckt, es gibt Selbstzeugnisse, seine Tagebücher, die bei genauem Lesen sehr interessant sind. Dann kommt man an den Menschen ran und kann entschlüsseln, was ihn angetrieben hat. Das war das Spannende. Eigentlich eine Detektivarbeit in Bezug auf die Identifizierung eines Rebellen.“

Und dann bleibt natürlich noch die Frage, wie es denn gewesen wäre, wenn Robert Brack zum damaligen Zeitpunkt selbst in Berlin gewesen und die Intention von van der Lubbe aufgegangen wäre? Eine Frage, auf die es keine Antwort geben kann. „Aber als Schriftsteller kann man sich einer Antwort nähern, indem man einen Protagonisten oder, in diesem Fall, eine Protagonistin stellvertretend in die Ereignisse führt. Im Roman ist das die Kommunistin Klara Schindler, die undercover in Berlin im März 1933 im Auftrag der Komintern herausfinden soll, wer van der Lubbe war und warum er den Reichstag anzündete. Die Antworten, die sie findet, lassen sie zur abtrünnigen Kommunistin werden, denn sie möchte sich nicht als kritisch denkendes Individuum von den Stalinisten missbrauchen lassen, auch wenn sie sich der Arbeiterbewegung zugehörig fühlt. Der Nazi-Terrormaschine entkommt sie nur, weil sie Kontakte zu Anarchisten hat, die ja auch schon sehr früh im antifaschistischen Widerstand aktiv waren.“

Gesprächs-Aufzeichnung und Fotos:
KP Flügel

Robert Brack
Blutsonntag
256 Seiten
(D) 13,90 Euro
(A) 14,30 Euro
ISBN 978-3-89401-728-6

Soliparty? Bankraub!

Die Blekingegade-Gruppe und ihr „Finanzierungskonzept“ für die Linke

Der legendäre US-amerikanische Bankräuber Willie Sutton soll einmal auf die Frage, warum er Banken ausraube, geantwortet haben: „Weil dort das ganze Geld ist!“. Ob die dänische Blekingegade-Gruppe, die rund zwei Jahrzehnte lang ebenfalls Banken ausraubte, dann und wann einen ähnlich nüchternen Zugang hatte, ist nicht bekannt. Ihre Motivation war aber auf alle Fälle eine andere, weil zutiefst politisch. Mit eben jener Gruppe politischer Bankräuber beschäftigt sich Gabriel Kuhn in seinem aktuellsten Buch *Bankraub für Befreiungsbewegungen. Die Geschichte der Blekingegade-Gruppe*. Die Anfänge und politische Basis dieser Gruppe sind im Jahr 1963 in einer kommunistischen und antiimperialistischen Organisation namens Kommunistischer Arbeitskreis (*Kommunistik Arbejdkreds*, KAK; nach einer Spaltung war es dann die Gruppe *Manifest – Kommunistik Arbejdkreds*, M-KA, die in diesem Zusammenhang relevant war) zu finden. Knapp 20 Jahre lang raubten Mitglieder der Blekingegade-Gruppe Banken aus, um das Geld vornehmlich an die *Popular Front for the Liberation of Palestine* (PFLP) weiterzuleiten. Antrieb hierfür war vor allem die sog. „Schmarotzerstaatentheorie“, die von einem Kreis dänischer KommunistInnen ausgearbeitet wurde. Diese besagt kurz zusammengefasst, dass die Arbeiterklasse der „imperialistischen Länder“ kein revolutionäres Potential habe, da auch sie von der Ausbeutung des Trikont profitiere und so „ein objektives Interesse an der Aufrechterhaltung des globalen Kapitalismus“ hätte. (S. 38) Es sei „sonnenklar“, dass „die Arbeiterklasse Westeuropas in den 1960er Jahren nicht revolutionär war“. (S. 38) Daher wurde das revolutionäre Subjekt nicht in Europa, sondern im Trikont verortet. Man könne den Kapitalismus folglich nur dann schwächen und stürzen, wenn man primär die Arbeiterklasse in diesen Ländern in ihren antikapitalistischen und antiimperialistischen Kämpfen unterstütze. Die Blekingegade-Gruppe tat das – mit viel Geld aus Banküberfällen. Theorie und Praxis dänischer AktivistInnen dieser Zeit unterschieden sich dabei auch stark von jenen der RAF oder den Roten Brigaden, glaubten diese doch an eine „westliche Front“ in diesem Kampf. 1988 wurde im Zuge eines Überfalls unbeabsichtigt ein Polizist durch einen Warnschuss getötet, was zu einer beispiellosen Fahndung führte. Ein Jahr später flog die Gruppe durch einen grotesken Zufall auf, wurde verhaftet und hinter Gitter gebracht.

Durch eine Einführung des Herausgebers, ein langes Interview mit zwei ehemaligen Mitgliedern und Originaldokumenten der KAK und M-KA wird ein direkter Eindruck von den politischen Ansichten und Aktivitäten der involvierten Personen vermittelt. Die Ausführungen zur „Schmarotzerstaatentheorie“ und die Frage nach dem revolutionären Potential der Arbeiterklasse in unterschiedlichen Teilen der Welt sind ebenfalls Themen, die zu diskutieren in syndikalistischen, sozialistischen und anarchistischen Kreisen auch heute noch spannend ist. Zudem hat die Geschichte fernab davon das Zeug zum Krimi-Bestseller und ist dementsprechend spannend zu lesen.

Sebastian Kalicha

Gabriel Kuhn (Hg.)
Bankraub für
Befreiungsbewegungen.
Die Geschichte der
Blekingegade-Gruppe
Unrast Verlag, Münster 2013,
232 Seiten, 14,00 Euro
ISBN: 978-3-89771-535-6



Invisible – im Schatten Europas

Besprechung des Filmes von Andreas Voigt

Im September war es ein Kurzmeldungsthema in den Medien: Flüchtlingsgruppen hatten den massiven Zaun gestürmt, mit dem die spanischen Exklaven Ceuta wie Melilla, Territorium der Europäischen Union, abgeschottet sind in Richtung Marokko. Hier beginnt der auf DVD erhältliche Film Invisible *über Menschen, die inoffiziell nach Europa gekommen sind, ohne Aufenthaltserlaubnis leben.*

Wellen schlagen heftig an den Strand, ein Mann schaut auf die Meerenge von Gibraltar: „Ich bin nur noch 25 km weg, aber ich kann nicht dort rüber, das macht mich wirklich krank. Da drüben ist Europa." Oumar hat es aus Guinea-Bissau bis nach Ceuta geschafft. Aber wer hier im Flüchtlingslager kaserniert lebt, kann nicht einfach 30 Euro bezahlen und mit der täglichen Fähre nach Spanien übersetzen. Oumar spricht in die Kamera: „Ich sehe die Reisenden jeden Tag, doch ich bin immer noch hier. Wenn hier eine Wüste wäre, dann wäre ich schon angekommen, wenn es ein Fluss wäre, dann würde ich schwimmen, aber hier ist das Mittelmeer und ich kann nicht rüber."

Der Film läuft bereits seit mehreren Minuten, Sequenzen aus dem Alltag verschiedener Menschen gegeneinander geschnitten waren zu sehen. Dann der Vorspann „Invisible – Illegal in Europa". Handwerklich gut gemacht irritiert die Nachlässigkeit beim Sprachgebrauch, als ob es den Slogan „Kein Mensch ist illegal" nicht geben würde. Der eigentliche Film beginnt an eben jener marokkanischen Küstenlinie, an der sich Afrika und die Europäische Union zum Greifen nah gegenüberliegen. Das Meer ist hier an einigen Stellen nur 14 Kilometer breit.

Oumar klaubt am Strand zwei alte Plastikkanister auf und bindet sie mit etwas Band zusammen: „Ich bin mit diesen Kanistern gekommen. Ich bin ein Afrikaner, ich muss mir was einfallen lassen. Das Problem ist das Meer, es ist zwischen uns und Europa." Er fiel der spanischen Grenzpolizei auf, die ihn aufgriff und ins Flüchtlingslager brachte.

Schnitt, die Kamera fährt eine Grenzbefestigung entlang. Alle paar Meter ein Flutlichtmast, zwei mehrere Meter hohe Zäune, obendrauf Nato-Stacheldraht, dazwischen ein Gang für Patrouillen. Ein Sachbearbeiter erklärt Oumar, dass sein Antrag auf Asyl abgelehnt wurde.

Der Dokumentarfilmregisseur Andreas Voigt verzichtet auf jeden eigenen Kommentar, lässt die ausgewählten Bilder und Interviewpassagen für sich sprechen. Ein Jahr lang hat er fünf Sans Papiers – Papierlose – in fünf Ländern der EU in ihrem Alltag begleitet, sie dabei gefilmt und interviewt: „Ich wollte von Menschen erzählen, die mitten unter uns leben – ohne Papiere, illegal. Es gibt keine genauen Angaben für Europa. Aber allein in Deutschland schätzt man die Zahl der Illegalen auf mehr als eine Million. Sie könnten Nachbarn sein, Menschen, denen ich täglich auf der Straße begegne. Wie ist ihr Alltag, was sind ihre Hoffnungen, ihre Träume? Davon wollte ich erzählen. Und davon, wie verschieden die Gründe sind, die Menschen dazu bewegen, ihr Zuhause zu verlassen, ihre Heimat", erklärt Andreas Voigt begleitend zu seinem Film. Voigt als routinierten Regisseur hat es offenbar gereizt, unsichtbare Menschen durch die Kamera sichtbar werden zu lassen. Und damit begnügt er sich auch.

Für Voigt hat die Kategorie *Heimat* Bedeutung, die Kritik antirassistischer Organisationen an der Illegalisierung von Menschen kommt dagegen nicht vor. So sind die martialischen Grenzanlagen an Spaniens Südküste die Bebilderung zu Oumars Schwierigkeiten, nach Europa zu kommen. Der Zuschauer erfährt aber nicht, dass diese Grenzanlagen von der EU finanziert werden und in den letzten Jahren massiv ausgebaut wurden – während gleichzeitig die Mittel für die spanische Seenotrettung eingefroren worden sind und jedes Jahr mehrere Hundert Flüchtlinge in der Meerenge ertrinken, von denen viele gerettet werden könnten, wie die sowohl in Spanien als auch in Marokko aktive Organisation „Dos Orillas", zwei Ufer, immer wieder betont.

Prince aus Nigeria sitzt in Abschiebehaft in Tilburg, Niederlande: „Ich hatte einen Job in einer Hühnerfarm. Dann kam mal eine Kontrolle, und ich hatte keine Papiere. Sie haben mich zur Polizeistation gebracht und dann hierher ins Gefängnis." Er wird in der kleinen Zelle gefilmt, und wie er kontrolliert wird. In entwürdigender Weise muss er sich vor einem Uniformierten ausziehen. Die Bilder, die davon in *Invisible* zu sehen sind, haben auch etwas Voyeuristisches. Zu nüchtern wird hier gezeigt, wie ein Mensch erniedrigt wird, zu sehr aus der Perspektive der Uniformierten. Dann ist der lange Gang mit vielen Zellen zu sehen. Es ist ein großes Gefängnis.

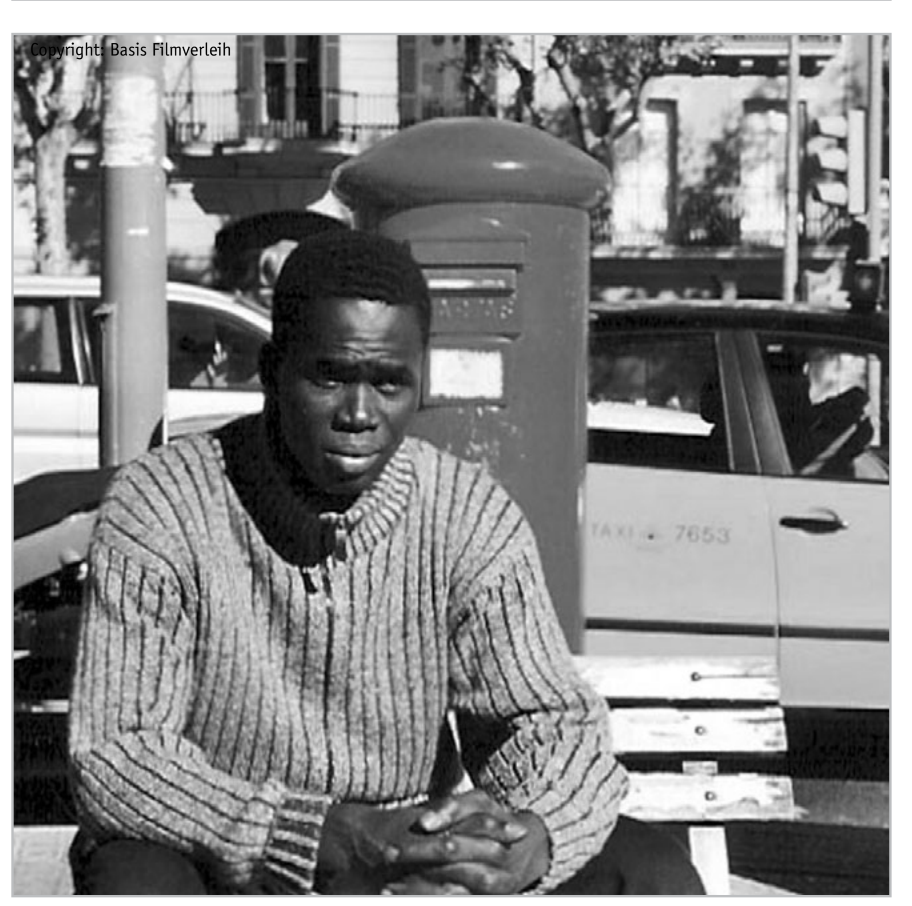
Prince verabschiedet sich vom Filmteam, aber später begegnen sie sich wieder. Er hat sich seiner Abschiebung widersetzt, ist wieder im Gefängnis. Diesmal in der speziellen Abteilung für diejenigen, die sich einer Abschiebung widersetzen. Er hat ein großes Pflaster auf der Stirn: „Nachdem ich mich geweigert habe, mitzufliegen, haben sie mich in einen Raum gebracht, wo sie meinen Kopf gegen die Wand geschlagen haben, daher das Pflaster."

Voigt interessiert sich für das Überleben der Papierlosen, aber wie Menschen illegalisiert werden, kommt nur vor, wenn ein gefilmter Papierloser unmittelbar mit der Staatsgewalt in Kontakt kommt: „Nicht Trauer und Angst stehen im Mittelpunkt, sondern die Kraft dieser Menschen, ihr Sich-Durchsetzen-Wollen und -Müssen", erklärt Voigt zu seinem Film. Die fünf Einwanderer aus Nigeria, Tschetschenien, Ecuador, Guinea-Bissau und Algerien – bis auf Prince nicht in Abschiebehaft – sind in alltäglichen Situationen zu sehen, wie sie ihr unsichtbares Leben organisieren: In kleinen, beengten Zimmern, in Flüchtlingsunterkünften oder in einer Wohnung, beim heimlichen Arbeiten in einer Imbissküche, beim Arbeiten auf einem Straßenstrich oder beim Eröffnen eines eigenen Schnellrestaurants.

Alle haben keine Papiere – bis auf Malika aus Tschetschenien und ihre Familie, die ein Schnellrestaurant in Warschau aufmachen und optimistisch in die Zukunft schauen. Auf den ersten Bildern, die von Malika zu sehen sind, lebt sie noch beengt in einer Flüchtlingsunterkunft. Nachdem sie Papiere bekommen haben, ist die Familie bald in einer eigenen Wohnung, und der Mann spricht davon, dass sie ein „Bisniz" planen. Genaueres wollten sie vor der Kamera erst nicht sagen, später sind sie in ihrem Schnellrestaurant zu sehen, Malika spricht als Inhaberin über alltägliches mit der Miliz. Deutlich wird, welche Bedeutung es für gesicherte Lebensverhältnisse hat, gültige Papiere zu haben. Malika, ihr Mann und ihre Tochter haben ein Jahrzehnt ohne Papiere hinter sich: „Am elften November 1994 sind die russischen Truppen in Tschetschenien einmarschiert, und am zwölften habe ich meine Arbeit niedergelegt. Wir mussten das Land dann verlassen, weil wir in Moskau gegen den Krieg gearbeitet haben."

Edita aus Ecuador lebt in Paris und freut sich vor der Kamera, als sie für drei Monate eine Duldung bekommt. Zuvor Bilder, wie sie auf einer Brücke über die Seine geht, dazu ihre Stimme aus dem Off: „Ich war ein stiller Homosexueller. Ein Junge, dem die anderen Jungen gefielen. Auch wenn ich hier noch keine legale, sichere Situation habe, im Alltag fühle ich mich sicher – mal abgesehen von der ersten Zeit hier, als sie mich immer wieder ausgewiesen haben. Ich glaube, ich bin fünfmal ausgewiesen worden. Aber auch, wenn sie mich immer wieder abgeschoben haben, ich bin eine Woche, einen Monat in Ecuador geblieben und wieder zurückgekommen. Europa ist – einen Traum haben, arbeiten, Geld verdienen … und Europa hat mir meinen Frieden gegeben. Um in Ecuador zu überleben, musst du leiden. Hier in Europa kann ich als Transsexuelle leben, kann mit meinem Körper Geld verdienen. Mit diesem Geld kann ich meine Familie in Ecuador unterstützen."


Copyright: Basis Filmverleih



Copyright: Basis Filmverleih

Die Traurigkeit ins Gesicht geschrieben steht dagegen Zakari, der in Deutschland ohne Papiere lebt: „Ich bin jetzt seit zehn Jahren hier. Ohne Papiere, ohne Zuhause, ohne Frau, ohne Kinder, ohne Arbeit. Sie haben mich gefragt, ob sie einen Film über mich drehen können. Ich habe ‚Ja' gesagt. Über das Leben von einem ohne Papiere. Das Leben eines Vagabunden. Warum ich mitmache? Ich will, dass alle erfahren, wie ich lebe, wie ich die zehn Jahre hier verbracht habe … mit meiner Angst, mit allem." Zakari ist fast nur allein zu sehen, leise erzählt er von sich. Einsam ist Zakari auch bei einem Job, versteckt in einer Imbissküche: „Einfach mal für zwei Euro ein Bier trinken gehen, das geht gar nicht. Aber wenn ich mal eine Woche Arbeit habe, dann kann ich mal 10, 15 Euro einfach so ausgeben, dann feiere ich zuhause ein kleines Fest nur für mich." Ein Leben in Ungewissheit, in ständiger Angst. Im Hintergrund flimmert zu Hause ein Fernseher, Zakari beugt sich über ein Papier und liest etwas stockend ein Urteil vor: „Die bei einer Rückkehr nach Algerien mögliche Todesstrafe wegen Desertion ist nicht als Asylgrund anzuerkennen…" Ein Urteil vom 30. März 1998. „Das ist mein Urteil", erklärt Zakari in die Kamera.

In Deutschland hat es, anders als in Spanien, Frankreich oder anderen EU-Ländern, noch nie eine Amnestie und Aufenthaltsrechte für Papierlose gegeben. Die Härte, mit der Menschen ohne gültige Papiere entrechtet werden, spricht aus einer in der Frankfurter Rundschau dokumentierten Presseerklärung des Bundesinnenministeriums vom Mai 2004 – wenige Monate nach Fertigstellung des Filmes: „Illegale entziehen sich der deutschen Rechtsordnung. Das kann genauso wenig geduldet werden wie Rechtsüberschreitungen deutscher Staatsbürger. Es wäre ein durch nichts zu rechtfertigendes Privileg, eine Art Sonderaufenthaltsrecht für Illegale einzuführen. Dass diese ‚Sans Papiers' manchmal auch ihre Kinder in diese illegale Existenz miteinbeziehen, ist ein zusätzlicher inhumaner Rechtsbruch." Zakari wurde einige Zeit nach den Dreharbeiten zu *Invisible* von deutscher Polizei festgenommen. Und abgeschoben. Ein Hinweis hierzu fehlt leider in dem Film.

Gaston Kirsche

Invisible – Illegal in Europa
Regie: Andreas Voigt. BRD 2004, 89 min, Farbe, Originalsprachen: frz., engl., span., poln., dt., arab. Mit voice over/deutsch,
17 Euro. Erhältlich beim Basis Film Verleih: www.basisdvd.de/shop/pi1/pd30.htm

Südmexiko: Kapitalismus wie früher

Marxisten streiten sich bis heute, ob die „sogenannte ursprüngliche Akkumulation" als einmaliger Prozess am Anfang des historischen Kapitalismus gemeint war oder als immer wiederkehrende Raubstrategie, um Kapital anzuhäufen. Wer sich den neuen Film „Wenn das Land zur Ware wird" des Vereins ZwischenZeit e.V. anschaut, kann nur zu dem Schluss kommen, dass der zweite Fall der zutreffende ist: Die gewaltsamen Landenteignungen für Agrar- und Tourismusprojekte im Süden Mexikos haben eine frappierende Ähnlichkeit mit der Zerstörung des Gemeineigentums in der frühen Neuzeit. Dorit Siemers und Luz Kerkeling geht es dabei auch darum, den aktuellen Begriff von „Entwicklung" zu kritisieren und damit auch das, was sich hierzulande Entwicklungshilfe schimpft und meist doch nichts anderes ist als die Förderung der eigenen Wirtschaft. Nicht zuletzt ist es der Widerstand vor Ort, der im Fokus des Filmteams steht: Das Produktionsteam lässt in erster Linie die Betroffenen zu Wort kommen und ihren Bezug zum Land erklären und dokumentiert die Protestformen.
(bew)

WENN DAS LAND ZUR WARE WIRD
Die Zerstörung der Lebensgrundlagen der indigenen Bevölkerung in Südmexiko
MEX/BRD 2013 - 71 min.
Produktion: Dorit Siemers, Luz Kerkeling Zwischenzeit e.V.
Preis: 14 Euro, Bestellungen an film@zwischenzeit-muenster.de

25 x 3: Jubiläums-Sampler

Welche Musik man hört, hat eigentlich mit der politischen Einstellung wenig zu tun. Nichtsdestoweniger gibt es tendenziell mehr Punkbands als andere, bei denen die politische Gesinnung an den Texten nachzulesen ist. Seit nun schon 25 Jahren ist Dritte Wahl aus Rostock eine davon. Titel wie „So wie ihr seid" oder „Greif ein!" sind der Polit-Soundtrack einer Generation.
Genannte Songs und noch 21 weitere covern auf dem Sampler „Dritte Wahl: 25 Jahre – 25 Bands" verschiedenste freundschaftlich verbundene Bands. Darunter alte Recken wie die Emils, Freygang und Reste von Toxoplasma und Daily Terror, aber auch Gothic- (In Extremo, Black Heaven, Mainpoint) und Metalbands (Heaven Shall Burn mit Mille von Kreator) sind vertreten – was besonders erfreulich ist, denn die politische Positionierung ist in diesen Genres doch weit seltener.
Wie alle Sampler, so kann auch dieser natürlich nicht von vorne bis hinten überzeugen, das liegt in der Genrebreite begründet. Mir persönlich gefällt die A-Seite (also die erste Hälfte der CD) wesentlich besser als die zweite. Trotzdem bleibt die CD ein schönes Geburtstagsgeschenk – für Dritte Wahl-Fans und wer weiß, wen noch…
(bew)

Was will die FAU-IAA?

Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft zum Ziel.

Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus.

Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik wie sie z.B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.



Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen Betriebs-, Branchen- und Ortsgruppen. Diese sind bundesweit (in der FAU) und international (in der IAA) zusammengeschlossen.

Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freiheitlicher Grundlage zu kämpfen.

Da die Macht und die Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der tagtäglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf.

Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

Alle Menschen, die in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten wollen, sind uns willkommen.

Der kleine Unterschied

Lösungswort der letzten *DA*-Ausgabe: „Lohnfortzahlung"

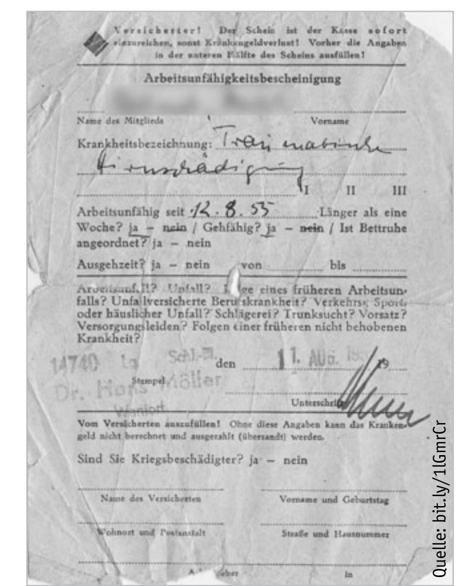
Für die jüngere Generation ist es heute eigentlich kaum vorstellbar, dass es früher einen Unterschied zwischen ArbeiterInnen und Angestellten gegeben hat. Dieser bestand unter anderem lange darin, dass ArbeiterInnen im Krankheitsfall keine Lohnfortzahlung bekamen.

Ebenfalls schwer vorstellbar ist wahrscheinlich für viele jüngere Menschen, dass die Gewerkschaften im DGB durchaus einmal kämpferisch waren. Vor allem die IG Metall hat häufiger lange Streiks geführt. Der längste Streik in der Geschichte der Bundesrepublik begann am 24. Oktober 1956 in Schleswig-Holstein und wurde von der IG Metall geführt. Sie hatte sich vorgenommen, den Unterschied zwischen ArbeiterInnen und Angestellten zu beseitigen. Ein wesentlicher Bestandteil dieses Unterschiedes war die fehlende Lohnfortzahlung für ArbeiterInnen im Krankheitsfall. Wenige Monate zuvor war eine Initiative für eine gesetzliche Regelung noch im Bundestag gescheitert. Für die ArbeitgeberInnenseite war klar, dass es hier um einen Präzedenzfall ging und dieser verhindert werden musste.

Neben der Lohnfortzahlung ging es auch um mehr Urlaub und die Einführung von Urlaubsgeld. 77,5 Prozent der Mitglieder waren bereit, dafür in den Streik zu ziehen. Die Ausgangsbedingungen waren gut, denn Deutschland befand sich gerade in Mitte des Wirtschaftswunders. Trotzdem war es das erste Mal, dass es in einem Streik nicht um Gehaltserhöhungen, sondern die Verbesserung der Bedingungen ging. Auch die Taktik der „flexiblen Eskalation" der IG Metall, zunächst nicht alle Betriebe zu bestreiken, um die Streikfront wachsen lassen zu können, war neu. So legten am 24. Oktober zunächst rund 20.000 WerftarbeiterInnen ihre Arbeit nieder. Bis zum Ende des Streiks wuchs die Zahl der streikenden ArbeiterInnen auf 34.000. Um auch die Öffentlichkeit zu gewinnen, erschienen tägliche Streiknachrichten. In größeren Städten gab es Kundgebungen und Filmveranstaltungen in Kinos. Die Schwestergewerkschaften im DGB solidarisierten sich und unterstützten den Streik finanziell und mit Sachspenden. Trotz der guten Öffentlichkeitsarbeit wurden nach zwei Schlichtungsversuchen, die am 7. und am 30. Januar 1957 mit großer Mehrheit von den Streikenden abgelehnt wurden, bereits damals Rufe laut, in die Tarifautonomie einzugreifen. Erst der dritte Schlichtungsversuch vom 8. Februar brachte einen Erfolg. Zwar wurde dieser ebenfalls von ca. 60 Prozent abgelehnt, allerdings reichte das Verhältnis nicht aus, um den Streik fortzuführen. Im Kompromiss wurde die Lohnfortzahlung angenommen, und nach 16 Wochen im Streik wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Im Zuge des Streikes wurde im Juni 1957 das erste Lohnfortzahlungsgesetz vom Bundestag verabschiedet, das zumindest einen Zuschuss der ArbeitgeberInnen zum Krankengeld regelt. Dadurch erhielten ArbeiterInnen für sechs Wochen immerhin 90 Prozent ihres Gehaltes. Erst 1969 wurde die vollständige Lohnfortzahlung für ArbeiterInnen Gesetz; und damit war einer von vielen Unterschieden zwischen ArbeiterInnen und Angestellten beseitigt. Der Streik von 1957 wird heute als wichtiger Durchbruch bei der Gleichbehandlung von ArbeiterInnen und Angestellten gewertet.

Morten Hefner


Versicherter! Der Schein ist der Kasse sofort einzureichen, sonst Krankengeldverlust! Vorher die Angaben in der unteren Hälfte des Scheins ausfüllen!

Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung

Name des Mitglieds Vorname

Krankheitsbezeichnung:

I II III

Arbeitsunfähig seit 12.8.55 Länger als eine Woche? ja – nein / Gehfähig? ja – nein / Ist Bettruhe angeordnet? ja – nein

Ausgehzeit? ja – nein von bis

Arbeitsunfall? Unfall? Folge eines früheren Arbeitsunfalls? Unfallversicherte Berufskrankheit? Verkehrs-, Sport- oder häuslicher Unfall? Schlägerei? Trunksucht? Vorsatz? Versorgungsleiden? Folgen einer früheren nicht behobenen Krankheit?

den 11. AUG. 19

Stempel Unterschrift

Vom Versicherten auszufüllen! Ohne diese Angaben kann das Krankengeld nicht berechnet und ausgezahlt (übersandt) werden.

Sind Sie Kriegsbeschädigter? ja – nein

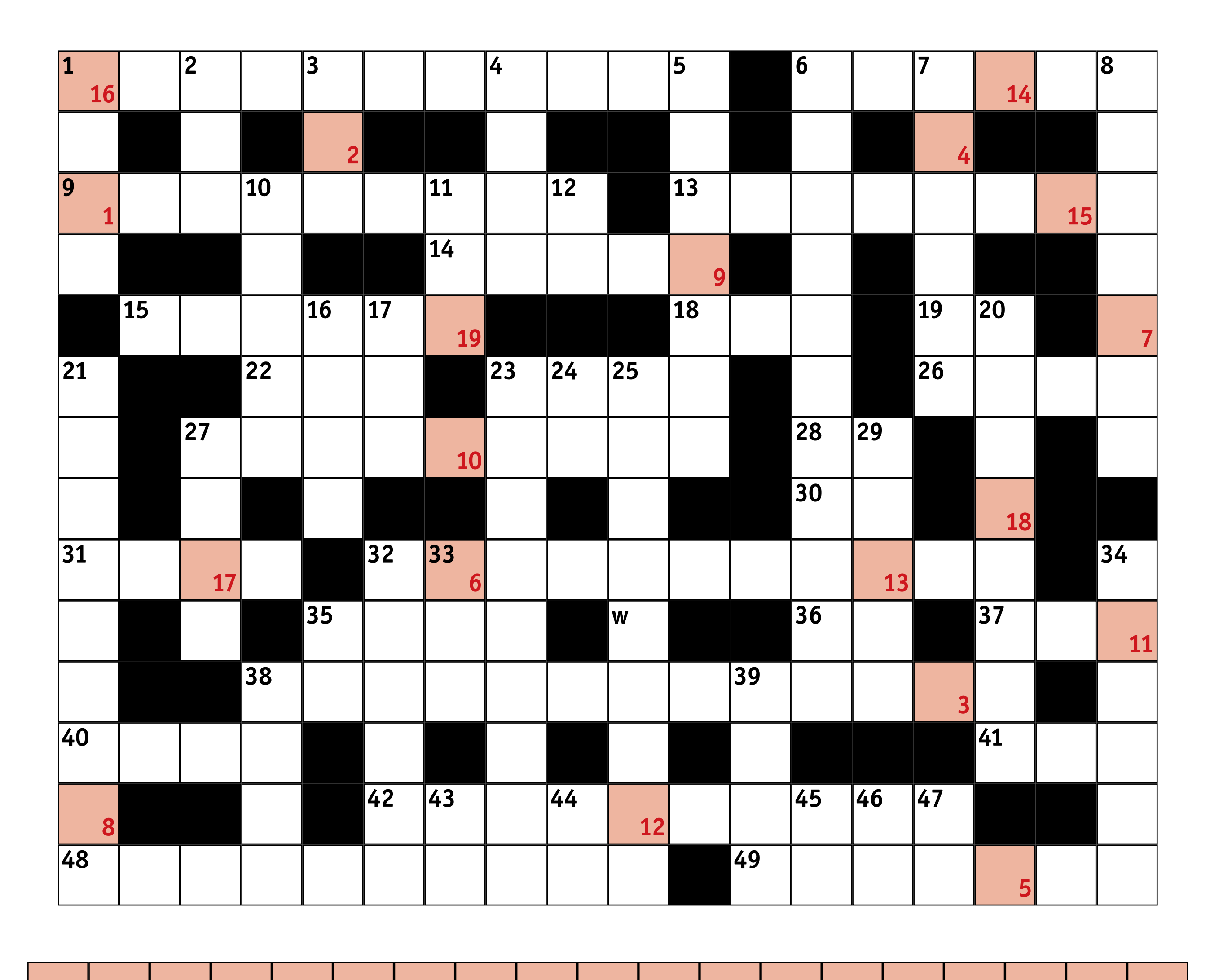
Name des Versicherten Vorname und Geburtstag

Wohnort und Postanstalt Straße und Hausnummer

Quelle: bit.ly/1lGmrCr

Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung von 1955

Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel Nr. 86



Hinweis zum Rätsel: Umlaute (ä, ö, ü) bleiben, das ß wird (falls vorhanden) als „ss" geschrieben.

Waagerecht

1. Mitgründer der „Münchner Lach- und Schießgesellschaft", Mitglied der Promi-Fußballmannschaft FC Schmiere u.v.a.m.; dieser Altmeister der politischen Satire starb 2013, Vorname: Dieter 6. Gefäß zum Zerkleinern harter Stoffe mit dem Stößel 9. Wie nennt man ein Wort wie „nennen" oder einen Namen wie „Anna"? 13. ehemaliger Profifußballer mit dem Spitznamen „Kopfballungeheuer", Vorname: Horst 14. Wertpapier oder Anteilsschein 15. BMW-Unternehmerfamilie, die der CDU im Herbst 2013 ein saftige Spende zukommen ließ; kurz darauf erstritt Bundeskanzlerin Merkel eine Schonung für deutsche Autokonzerne bei EU-Abgasnormen 18. selten 19. Abkürzung für „das heißt" <engl., lat.> 22. große Landschaft in Westindien, frühere portugies. Kolonie 23. Motorfahrrad <Kurzwort> 26. Nachsilbe an vielen Ortsnamen im Vogtland 27. kurdisch für „Unabhängigkeit" und Name einer PKK-Zeitung 28. Maßeinheit der Leistung eines Automotors <Abk.> 30. Was haben Meere und Beeren gemeinsam? 31. in der griechischen Mythologie einer der Haupthelden des Trojanischen Krieges 32. fragwürdig sein oder im Verdacht der Vetternwirtschaft stehen: ein ~ haben <schwäbisch> 35. Kurzform für elektronische Post oder Mitteilung 36. Was haben eine Fichte und ein Dachterrasse gemeinsam? 37. schnellste und komfortabelste Zugkategorie der Deutschen Bahn 38. verpatzen, vermasseln 40. veräppeln, reinlegen: jmdn. an der ~ herumführen 41. Kopf <schwäbisch> 42. in Großstädten, wo es an preiswertem Wohnraum mangelt, wohnen viele Menschen (v.a. neu Zugezogene) bei Bekannten zur ~ 48. siehe Senkrecht 21 <Um-die-Ecke-Wort!> 49. alter Sponti-Spruch: „Bürger lass das ~ sein, komm herunter, reih' dich ein!"

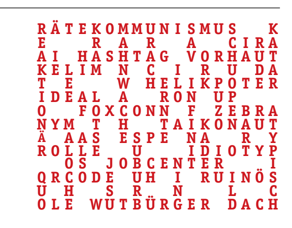
Senkrecht

1. aufgebauschte öffentliche Präsentation, aufsässige Werbung <engl.> 2. Abkürzung im Netzjargon für etwas Lustiges oder Lächerliches 3. der 2011 von der Bundesregierung beschlossene allmähliche Atomausstieg brachte Trubel in die Geschäfte dieses Energiekonzerns mit Sitz in Düsseldorf 4. blindwütig umherlaufen und andere töten: ~ laufen 5. Hauptstadt Irans 6. jmd., der nach dem Fall der Berliner Mauer Stücke als Souvenir abschlug 7. sehr groß 8. beschreibbare, leere CD 10. Vorstellung, die die Öffentlichkeit von einer Persönlichkeit, Firma o.Ä. hat; bei Arbeitskämpfen und ähnlichen Kampagnen kann es sinnvoll sein, diese gezielt anzukratzen 11. die ursprüngliche Bedeutung des Wortes „Sowjet" im Namen der UdSSR 12. Abkürzung in der Computertechnik für „maschinelle Übersetzung" <engl.> 16. eine Himmelsrichtung 17. „Ausbeutungsbarometer" der größten in Deutschland ansässigen Unternehmen <Abk.> 20. Begriff des deutschnationalen Lagers, das sogar bis nach dem Zweiten Weltkrieg einen ewigen Antagonismus gegen Frankreich sah 21. viele Männer sind angeblich so, wenn es um die Gesundheitsvorsorge geht <Um-die-Ecke-Wort!> 23. Messstab und im übertragenen Sinne Maßstab 24. Strom in Sibirien 25. als verschlagen geltender Mann (mit rotem Bart) 27. Hauptärgernis der AutofahrerInnen 29. Scientology ist eine, die SpartakistInnen wohl auch, vielleicht sogar die FDP 32. jmdm. den ~ machen = ihn töten 33. als die bolschewistische Führung im März 1921 entschied, die Festungsinsel Kronstadt zu erstürmen und den Matrosenaufstand zu unterdrücken, hätte ihr dieser natürliche Faktor beinahe einen Strich durch die Rechnung gemacht 34. ein Tor schießen <Fußballjargon> 35. englisch für „mich" und „mir" 38. Zeile einer Strophe 39. urwüchsig-knorrig oder -humorvoll 43. der neuere Teil der Bibel 44. das Wort „in" auf Französisch, Esperanto und einigen anderen Sprachen 45. Kfz-Kennzeichen für den Landkreis Emsland 46. Zusammenfassung der zu behandelnden Punkte auf einem geordneten Arbeitstreffen <Abk.> 47. französisch für „und"

Wieder gibt es ein DA-Abonnements (sechs Ausgaben) zu gewinnen. Wenn ihr bereits ein Abo habt, wird es einfach um sechs Ausgaben verlängert. Das Lösungswort könnt ihr der DA-Aboverwaltung schicken, entweder per E-Mail <da-abo@fau.org> oder per Post (DA-Aboverwaltung, Feldbergstraße 14, 79115 Freiburg).

Gewinner#220: Frank B. aus Krefeld

Auflösung #85





anarchosyndikalistische Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union (FAU-IAA)

Direkte Aktion
Abonnementverwaltung
Feldbergstraße 14
79115 Freiburg

ISSN 0949-1872

Redaktionsanschriften:
BuG: da-bug@fau.org
Globales: da-globales@fau.org
Hintergrund: da-hintergrund@fau.org
Kultur: da-kultur@fau.org
Zeitlupe: da-zeitlupe@fau.org
Schlussredaktion: da-schlussredaktion@fau.org
Anzeigen: da-anzeigen@fau.org

Verleger: Direkte Aktion e.V., c/o DFG-VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/M.

ViSdP: Patrick Lohner

Druck: Union Druck Berlin

Redaktionsschluss DA 222: 14. Februar 2014